

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

A. Problem

Mit dem Gesetz zum Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 17. Juli 2017 (BGBl. 2017 II S. 1026) und dem Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21. Dezember 2008 (BGBl. 2008 II S. 1419) ist auch das Land Brandenburg verpflichtet, seine bisherigen Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen Gewalt auf die Umsetzung der Vorgaben des Übereinkommens hin zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen.

Das im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) des Landes Brandenburg erstellte Gutachten zur Weiterentwicklung des Landesaktionsplans (LAP) zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder / LAP zu einer Landesstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention vom September 2021 (im Folgenden Gutachten „Istanbul-Konvention“) enthält diesbezüglich weitere konkretisierte Empfehlungen und Problembeschreibungen, auf die es mit entsprechenden Lösungen zu reagieren gilt.

In praktischer Hinsicht zeigt sich die Notwendigkeit für das Land Brandenburg, auf die Veränderungen im sogenannten Hellfeld auf Basis der Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zu reagieren. Danach ist eine erhebliche Zunahme an Fällen sogenannter häuslicher Gewalt im Verhältnis der Jahre 2019 zu 2020 in einem Umfang von circa 20 Prozent (2019: 4.101 Fälle, 2020: 5.073 Fälle) zu verzeichnen.

Anhand des mit dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (sogenannte Istanbul-Konvention) vorgegebenen Maßstabes, insbesondere hinsichtlich der Artikel 50 bis 56, ergeben sich Optimierungsmöglichkeiten auf landesgesetzlicher Ebene. Gemäß Artikel 53 Absatz 1 und 3 der Istanbul-Konvention (Kontakt- und Näherungsverbote sowie Schutzanordnungen) sind zum Beispiel die erforderlichen gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass angemessene Kontakt- und Näherungsverbote oder Schutzanordnungen für Opfer aller in den Geltungsbereich dieses Übereinkommens fallenden Formen von Gewalt zur Verfügung stehen. Verstöße dagegen müssen Gegenstand wirksamer, verhältnismäßiger und abschreckender strafrechtlicher oder sonstiger rechtlicher Sanktionen sein. Die Befugnissituation in den einzelnen Bundesländern erweist sich diesbezüglich als heterogen und lässt für die Rechtslage in Brandenburg in Teilen Anpassungsbedarfe erkennen.

Darüber hinaus bedarf es in Umsetzung der Ziele der Istanbul-Konvention auch passgenauer Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt, die mit der gefährdenden Person nicht oder nicht mehr in einer gemeinsamen Wohnung leben oder leben wollen.

Es sind auch weitere Gefährdungskonstellationen Teil der Lebenswirklichkeit, insbesondere von Frauen, die nicht mit häuslichen Tatkonstellationen zusammenhängen.

So gibt es immer wieder Personen, von denen erhebliche Gefahren für andere Menschen ausgehen, ohne dass es bereits vor Ausführung eines Schädigungsaktes ein sogenanntes Kennverhältnis zu den späteren Opfern gegeben hat.

Liegen Hinweise dafür vor, dass von einer Person eine solche Gefahr ausgeht, so muss der Staat auch dann zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger mit geeigneten Maßnahmen eingreifen können, wenn zwar bei einer Person keine beziehungsweise noch keine psychische Erkrankung festgestellt ist, aber dennoch von ihr eine ernsthafte Gefährdung für hochwertige Rechtsgüter anderer Menschen im Sinne des § 8 Absatz 3 Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz (BbgPsychKG) zwar unvorhersehbar ist, wegen der besonderen Umstände des Einzelfalles aber jederzeit zu erwarten steht. Aus Sicht der Opfer macht es keinen Unterschied, ob es zu einem schadensstiftenden Ereignis deswegen kam, weil der Täter an einer psychischen Erkrankung litt oder nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1977 im Rahmen eines laufenden Entführungsfall es festgehalten, dass Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes (GG) den Staat verpflichtet, jedes menschliche Leben zu schützen. Diese Schutzpflicht sei umfassend. Sie gebiete dem Staat, sich schützend und fördernd vor dieses Leben zu stellen; das heißt vor allem, es auch vor rechtswidrigen Eingriffen von Seiten anderer zu bewahren. An diesem Gebot haben sich alle staatlichen Organe, je nach ihren besonderen Aufgaben, auszurichten. Da das menschliche Leben einen Höchstwert darstellt, müsse diese Schutzverpflichtung besonders ernst genommen werden (BVerfGE 46, 160 ff, [164], 16.10.1977 - 1 BvQ 5/77).

Eine Ausprägung psychischer Gewalt gegen Frauen ist das sogenannte Stalking. Solche strafbaren Nachstellungen werden über einen längeren Zeitraum ausgeführt und können zu erheblichen Verletzungen ihrer Opfer führen. Der Schutz Betroffener darf bei begründetem Verdacht für eine derartige Gefahrenlage nicht erst mit der Verurteilung des Täters zusammenfallen, wenn der Schutz des Opfers im Mittelpunkt stehen soll.

B. Lösung

Die Befugnisse im Brandenburgischen Polizeigesetz (BbgPolG) sind vorrangig taterbezogen anzupassen beziehungsweise um zusätzliche Maßnahmen zu ergänzen, die bereits im Vorfeld konkreter Gefahren im tradierten Sinne eingreifen. Darüber hinaus sind weitere Landesgesetze auf die Bedarfe zum verbesserten Schutz der Opfer von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt anzupassen, um dieses Phänomen insgesamt besser erkennen und verhüten zu können.

Die Anpassungen betreffen

- die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung in sogenannten „Hochrisikofällen“ bei potentiellen Sexual- und Gewaltstraftätern, bei Nachstellungen mit hohem Schädigungspotential und erforderlichenfalls zur Kontrolle von Kontakt-, Näherungs- und Rückkehrverboten (§ 15b BbgPolG),
- die Anordnungen der Wohnungsverweisung und des Rückkehrverbotes bereits bei konkreten Gefahren und mit verlängerter Höchstfrist von zwei Wochen anstelle der bislang normierten zehn Tage (§ 16a Absatz 1 und 5 BbgPolG),
- anstelle der bloßen Beratung durch Polizeivollzugsbeamte vor Ort eine polizeilich zur Gefahrenabwehr veranlasste Kontaktaufnahme durch eine Beratungsstelle (§ 16a Absatz 4 BbgPolG),
- die Unterstützung bei der alternativen Unterbringung gefährdeter Personen in Schutzeinrichtungen (§ 16a Absatz 8 BbgPolG),
- die Möglichkeit zur Erteilung von Kontaktbeschränkungen (§ 16b BbgPolG),
- die Möglichkeit zur Erteilung von Verhaltensauflagen für potentielle Straftäter häuslicher Gewalt in Form der Beschränkungen für den Aufenthalt in der Wohnung unter Einfluss alkoholischer Getränke und in Form der verpflichtenden Teilnahme an Gewaltpräventionsberatungen (§ 16c BbgPolG),
- die Absicherung der Anordnungen durch Aufnahme entsprechender Bußgeldtatbestände (§ 16d BbgPolG),
- die Erweiterung des Schutzgewahrsams für eine Ordnungswidrigkeit nach § 16d BbgPolG (§ 17 Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG),
- Erweiterung der polizeilichen Möglichkeiten zum Opferschutz in sogenannten „Hochrisikofällen“ außerhalb der Anwendungsmöglichkeiten nach dem Zeugenschutzharmonisierungsgesetz (§ 35a und b BbgPolG),
- Befugnisse zur Einschränkung der Verwendung personenbezogener Daten zum Zwecke des Opferschutzes (§ 35b BbgPolG und § 11a Kindertagesstättengesetz (KitaG)),
- die Bündelung der Befugnisse der Ordnungsbehörden durch Verweis auf die §§ 16a und b sowie 16d BbgPolG (§ 23 Ordnungsbehördengesetz (OBG)),
- die Verbesserung der Hinweislage durch Einbeziehung weiterer Instanzen sozialer Kontrolle durch Schaffung einer Hinweismöglichkeit zu Verdachtslagen häuslicher Gewalt für Notfallsanitäterinnen und –sanitäter sowie Notärztinnen und Notärzte, aber auch Rettungsassistentinnen und –assistenten in den Grenzen der zeitlichen Befristung des § 6 Abs. 7 Landesrettungsdienstplanverordnung (LRDPV), (§ 19a Brandenburgisches Rettungsdienstgesetz (BbgRettG)).

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Die Änderungen sind zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt erforderlich. Untergesetzliche Regelungen sind im Rahmen von Grundrechtseingriffen nicht möglich.

II. Zweckmäßigkeit

Die beabsichtigten Regelungen sind für den Zweck unverzichtbar.

III. Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Für die Bürgerinnen und Bürger bedeuten die beabsichtigten Gesetzesänderungen einen großen Sicherheitsgewinn.

Für die Polizei bedeuten sie in geringem Umfang einen Mehraufwand, soweit es um die Umsetzung der Verhaltensvorgaben und die Kontrolle von Wohnungsverweisungen sowie die Überwachung mittels der elektronischen Aufenthaltsüberwachung gehen wird.

Weiterer Aufwand wird im Zusammenhang mit notwendigen Schulungen zum Einsatz von Kriminalprognoseinstrumenten (z. B. static 99, Ontario Domestic Assault Risk Assessment (ODARA)) sowie der verwaltungsseitigen Bereitstellung von Gewaltpräventionsberatungen verbunden sein. Ein etwaiger zusätzlicher Aufwand kann sich langfristig durch die damit verbundene Verhütung andernfalls stattfindender neuer Polizeieinsätze sowie von Fällen von Kindwohlgefährdungen bei Jugendämtern teilweise kompensieren.

Durch die Beschaffung und den Unterhalt der notwendigen technischen Mittel für die elektronische Aufenthaltsüberwachung (eAÜ) entstehen dem öffentlichen Haushalt in geringem Umfang zusätzliche Kosten.

Nach vorliegenden Informationen der „Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)“, welche für die bundesweite Umsetzung aller Maßnahmen der Elektronischen Aufenthaltsüberwachung (technische Überwachung) zuständig ist, entstehen (zusätzliche) Kosten pro Maßnahme beziehungsweise Einzelfall, welche mit dem betroffenen Bundesland separat abgerechnet werden. Prognostizierbar werden bei sechsmonatiger Nutzung (max. Anordnungszeitraum) und maximal sieben gleichzeitig laufenden Anordnungen zusätzliche jährliche Kosten von circa 15 000 Euro angenommen.

Die Durchführung der eAÜ zur gefahrenabwehrenden Nutzung gemäß Polizeigesetz ist hierbei im Rahmen der Amtshilfe möglich.

Weitere Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen der Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder (GÜL) entstünden nicht.

Gemäß „Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder (GÜL)“ – insbesondere Artikel 7 – und „Verwaltungsvereinbarung über den Betrieb und die Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (eAÜ)“ – insbesondere Punkt 6 – aus dem Jahr 2011 erfolgt die Verteilung des Großteils an Kosten nach dem „relativen Königsteiner Schlüssel“ auf die betroffenen Länder. Die personellen und technischen Ressourcen der GÜL sind aktuell noch nicht ausgeschöpft, weshalb eine Nutzung nach dem Polizeirecht zurzeit insoweit keine Erhöhung der bisherigen Kosten für das Land Brandenburg zur Folge hätte. Unabhängig davon, ob ein Land das System nur für die Zwecke der Führungsaufsicht, für Überwachungsmaßnahmen nach dem Aufenthaltsgesetz oder zusätzlich für gefahrenabwehrende polizeiliche Maßnahmen heranzieht, bleiben die Kosten je Land insgesamt daher gleich. Allenfalls unterscheidet sich landesintern der jeweilige Kostenträger (z. B. Innen- bzw. Justizressort). Somit beteiligen sich die Bundesländer an den grundsätzlichen Kosten, wie zum Beispiel Personal, technische Ausstattung der GÜL, et cetera unter Verwendung des „Königsteiner Schlüssels“, unabhängig von der Art der Nutzung der eAÜ sowie der Anzahl an Personen, die in dem einzelnen Bundesland einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung unterliegen.

Aufgrund der zu erwartenden geringen Anzahl an sogenannten „Hochrisikofällen“, die auf Basis vergleichbarer Regelungen in anderen Bundesländern jährlich im unteren einstelligen Bereich liegen sollten, sind keine zusätzlichen Kosten für die speziellen Opferschutzmaßnahmen nach den §§ 35a und b BbgPolG zu erwarten.

Bezüglich der haushalterischen Auswirkungen für die Gewaltpräventionsberatung wird eine Fallpauschale in Höhe von circa 1 300 Euro angenommen. Es wird derzeit von etwa 60 Beratungen im Jahr ausgegangen.

Diese Prognose orientiert sich an der Anzahl der Mehrfachtatverdächtigen bei Straftaten der Gewaltkriminalität im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt im Jahr 2021. Bei diesem Ansatz wird davon ausgegangen, bereits vorhandene Infrastrukturen der Gewaltpräventionsarbeit mit Tätern und Täterinnen im Land Brandenburg ebenfalls zu nutzen. Für den Projektstart „Täterarbeit bei häuslicher Gewalt in Brandenburg“ im Jahr 2019 wurden konzeptionell Mittel in Höhe von jährlich circa 79 000 Euro vorgesehen. Mittel in gleicher Höhe sind für die Gewaltpräventionsberatung vorgesehen.

Die Änderungen im Brandenburgischen Rettungsdienstgesetz und im Kindertagesstättengesetz führen zu keinen zusätzlichen Kosten.

D. Verfahrensbeteiligte im Sinne des Kapitels I Nummer 1 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg

Gelegenheit zur Stellungnahme hatten der Deutsche Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg, der dbb beamtenbund und tarifunion Landesbund Brandenburg e.V., der Deutsche Richterbund (Landesverband Brandenburg), die Neue Richtervereinigung (Landesverband Brandenburg), der Städte- und Gemeindebund, der Landkreistag Brandenburg, die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege (Spitzenverbände im Land Brandenburg DRK Landesverband Brandenburg e.V.), die

Koordinierungsstelle des Netzwerkes der brandenburgischen Frauenhäuser e.V., das Berliner Zentrum für Gewaltprävention (BZfG) e.V., die Gewerkschaft der Polizei, der Bund deutscher Kriminalbeamter der WEISSE RING e.V. (Landesbüro Brandenburg), die Landesärztekammer Brandenburg, die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht und die Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlins.

Zum Gesetzentwurf sind im Rahmen der formellen Ressortabstimmung sieben Stellungnahmen eingegangen. Die Anregungen und Bedenken wurden sorgfältig geprüft und zum Teil in den Normtext oder die Begründung eingearbeitet.

Die Neue Richtervereinigung (NRV) hat eine erste Stellungnahme von der Auswertung des Protokolls der 49. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz vom 8. September 2021 abhängig gemacht, was der Vereinigung bislang nicht möglich war. Von der angebotenen Gelegenheit einer ersten vorläufigen Stellungnahme wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht (LDA) wurde bereits bei der Erstellung des ersten Arbeitsentwurfs erstmalig angehört. Von einer erneuten inhaltlichen Stellungnahme zum entsprechend angepassten Entwurf hat die LDA aufgrund von Arbeitsüberlastung abgesehen und sich stattdessen in Abhängigkeit vom weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens eine ergänzende Stellungnahme vorbehalten. Im Rahmen der ersten Stellungnahme hat die LDA insbesondere zu den Regelungen zum Einsatz der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (§ 15b BbgPolG-E) und der Information in Gefahrenlagen (§ 19a BbgRettG-E) ausführlich und detailliert ausgeführt. Die letztgenannte Regelung hat im weiteren Verfahren umfangreiche Änderungen erfahren, sodass eine Darlegung der diesbezüglichen geäußerten Anregungen hier nicht länger angezeigt war.

Die wichtigsten Anregungen und deren Bewertung werden im Folgenden dargestellt.

Zu Artikel 1

Die LDA hat für die Anordnungsvariante des § 15b Absatz 1 Nummer 1 BbgPolG-E angeregt, die Eingriffsschwelle zur Anordnung einer eAÜ von einer konkretisierten Gefahr auf eine konkrete Gefahr hin anzuheben, da der im ersten Arbeitsentwurf vorgesehene Maßstab zur Untermauerung der eingriffsbegründenden Gefahrenlage zu gering gewesen sei. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 01. Dezember 2020- 2 BvR 916/11 -, Rn. 1 - 406) zur Verfassungsmäßigkeit des strafprozessualen Einsatzes der eAÜ unter der Voraussetzung einer konkretisierten Gefahr sei auf den präventiven Bereich nicht übertragbar. Denn für die im strafprozessualen Kontext vorzunehmende Gefährdungsprognose spiele das festgestellte einschlägige Vorverhalten eine entscheidende Rolle. Wenn dieses im präventiven Bereich nicht vorliege und die eAÜ ausschließlich auf ein prognostiziertes Verhalten gestützt werden solle, könne aus Gründen der Verhältnismäßigkeit nicht auf das Vorliegen einer konkreten Gefahr verzichtet werden. Insoweit verweist die LDA auf § 34c Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 PolG NRW (vgl. auch § 30 Absatz 1 Nummer 3 Hmb. PolDVG). Die Anordnungsvariante des § 15b Absatz 1 Nummer 1 BbgPolG-E wurde daraufhin entsprechend angepasst, sodass auf polizeiliche Erkenntnisse zu festgestelltem und unter kriminologischen Gesichtspunkten risikoerhöhendem Vorverhalten abgestellt wird (vgl. insoweit z.B. § 34c Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 PolG NRW). Die Kriterien sind dabei

enger gefasst, als vergleichbare Regelungen anderer Bundesländer (vgl. Bayer (Artikel 34 Bay. PAG), Sachsen (§ 61 Absatz 2 i. V. m. § 21 Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 3 SächsPDVG) und Saarland § 38 Absatz 1 Nummer 1 SPolIDVG), sodass die Eingriffsschwelle für die Anordnungsvariante der Nummer 1 nicht auf eine konkrete Gefahr hin anzuheben war. Eine solche Anhebung hätte andernfalls zur Folge, dass zum einen im Stadium der konkretisierten Gefahr stattdessen auf die für den Betroffenen grundrechtsintensivere Maßnahme einer längerfristigen Observation (zu dieser Wertung vgl.: BVerfG a.a.O., Rn. 297) zurückzugreifen wäre und zum anderen die eAÜ polizeitaktisch zur Abwehr zu spät käme beziehungsweise diese ungeeignet wäre. Zu der als Beispiel angeführten Regelung des § 34c Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BbgPolG wird daher auch in der Konsequenz dessen rechtspraktische Unanwendbarkeit angenommen (vgl. BeckOK PolR NRW/Barczak PolG NRW § 34c Rn. 18).

Die LDA hat darüber hinaus eine Befristung sowie eine Evaluierung der Regelung angeregt. Mit § 15b Absatz 5 BbgPolG-E ist dementsprechend eine Berichtspflicht an den Landtag vorgesehen. Eine Befristung ist vor dem Hintergrund zu erwarten, der geringer Fallzahlen hingegen nicht geboten. Auf Basis eines ersten Berichts sollte der künftige Landtag weiterhin die Möglichkeit haben gegebenenfalls eine erneute Evaluierung anzufordern, wenn zum Beispiel die Datengrundlage bis zum Jahr 2026 noch keine belastbaren Aussagen zulassen sollte. Losgelöst von einer Befristung gesetzlicher Regelung bestünde ohnehin stets die Möglichkeit zur Gesetzesänderung, die auch in einer späteren Streichung der Befugnis bestehen kann.

Zu § 16c Absatz 1 BbgPolG-E regt der dbb an, neben Alkohol auch andere Rauschmittel (z.B. Crystal Meth oder Metamfetamine) einzubeziehen, soweit diese zur Erhöhung des Aggressionspotentials führen können.

Dem wurde im Ergebnis nicht gefolgt.

Im Gegensatz zum Besitz und Konsum von Alkohol ist der Besitz von Rauschmitteln wie zum Beispiel Crystal Meth, soweit dies ohne ärztliche Verschreibung erfolgt, bereits ohnehin gesetzlich verboten. Übrig blieben daher nur solche Substanzen, deren Besitz und damit Konsum nicht verboten ist. Zu insoweit verbliebenen Stoffe und Substanzen, denen eine dem Alkohol vergleichbare Wirkung beizumessen ist und denen in der Praxis bislang im Phänomenbereich der häuslichen Gewalt eine relevante Bedeutung zukommt, fehlen bislang entsprechende Lageerkenntnisse.

Hinzu kommt, dass eine solche Anordnung in der polizeilichen Einsatzpraxis schwer umsetzbar ist.

Eine Anordnung dürfte sich nicht nur auf bestimmte handelsübliche Präparate beziehen. Im Falle einer bestehenden Betäubungsmittelabhängigkeit wird mit einer Befolgung der Anordnung in der Praxis auch nicht zu rechnen sein. Sollte dem Konsum eine ärztliche Verordnung zu Grunde liegen, wäre ein diesbezüglicher Überkonsum als solcher polizeilich vor Ort auch nicht unmittelbar feststellbar. In quantitativer Hinsicht kommt dem Konsum solcher Rauschmittel im Phänomen der häuslichen Gewalt auch keine dem Alkoholkonsum vergleichbarer Stellenwert zu. In nur circa 6 Prozent der Sachverhalte steht der Störer (auch) unter (strafbarem) Drogeneinfluss. Ob und in welchem Ausmaß dabei der Drogeneinfluss auch zugleich gefahrenauslösend gewirkt hat, lässt sich dem polizeilichen Lagebild nicht entnehmen und wäre ohnehin nach der konkreten Wirksubstanz zu bestimmen. Im Hinblick auf

die gegenwärtige Diskussion zur Legalisierung bestimmter Rauschmittel bleibt abzuwarten, ob sich aufgrund einer veränderten Gefährdungslage in Zukunft ein Anpassungsbedarf ergeben wird.

Zu Artikel 2

Der Städte- und Gemeindebund sieht in seiner Stellungnahme vom 21. Oktober 2022 in der Erweiterung der Befugnisse für Ordnungsbehörden zur Abwehr gegenwärtiger Gefahren häuslicher Gewalt eine ausgleichspflichtige Standarderhöhung im Sinne von Artikel 97 Absatz 3 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg. Zu Begründung führt er aus, dass die Abwehr von Gefahren durch Straftaten bislang alleinige Aufgabe der Polizei sei. Dies ergebe sich unmittelbar aus § 1 Absatz 1 OBG im Umkehrschluss zu § 1 Absatz 1 Satz 2 BbgPolG, wonach die Aufgabe der Straftatenverhütung nur im Aufgabenbereich bei der Polizei benannt wird.

Diese Ansicht ist unzutreffend.

Eine konkret bevorstehende Straftat stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und insbesondere bei Erfolgsdelikten zugleich für das jeweils durch die Strafnorm geschützte Rechtsgut dar. § 1 Absatz 1 OBG erfasst die Aufgabe der Abwehr konkreter Gefahren auch dann, wenn damit zugleich, wie im Falle häuslicher Gewalt, die Verwirklichung eines Straftatbestandes verbunden ist. Die Aufgabe der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten betrifft demgegenüber das Vorfeld konkreter Gefahren (die sog. Kriminalprävention). Ausweislich der damaligen Gesetzesbegründung sollte die Wahrnehmung der Aufgaben der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten in unterschiedlicher Form erfolgen können, zum Beispiel durch Beobachtung der kriminellen Szene oder durch polizeiliche Beratungsprogramme (vgl. BB LT Drs. 2/1235, Seite 64 der Begründung). Dementsprechend verweist § 23 OBG auf keine Eingriffsbefugnisse im Polizeigesetz, die dort gegen potentielle Straftäter im sogenannten Gefahrenvorfeld vorgesehen sind (vgl. zum vergleichbaren § 1 Absatz 4 HSOG: BGH Beschl. v. 10.6.2020 – 3 ZB 1/20, BeckRS 2020, 52183 Rn. 37 m. w. Nachw.). Dies deckt sich auch mit den Ausführungen im Jahr 2004 zur Einführung des § 16a BbgPolG (vgl. BB LT-Drucksache 3/7213). Die dort getätigten Erwägungen, weshalb ein Verweis in § 23 OBG auf § 16a BbgPolG nicht geregelt wurde, wären nicht erforderlich gewesen, wenn für die Ordnungsbehörden bei dieser konkreten Gefahrenlage insoweit ohnehin keine sachliche Zuständigkeit bestanden hätte. Gegenwärtig haben die Ordnungsbehörden im Rahmen ihrer Aufgabe zur Abwehr konkreter Gefahren häuslicher Gewalt nur die Möglichkeit der Ingewahrsamnahme nach § 17 Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG. Diese Befugnis ist im Falle der gegenwärtigen Gefahr durch die Begehung von Straftaten einschlägig. Die dort genutzte Formulierung einer unmittelbar bevorstehenden Begehung oder Fortsetzung einer Straftat ist in diesem Sinne zu verstehen (vgl. hierzu bereits die Ausführungen BVerwG, Urteil vom 26. 2. 1974 - I C 31/72 (Kassel)) zu § 47 Absatz 1 Nr. 2 HSOG a.F. jetzt § 32 Absatz 1 Nummer 2 HSOG, NJW 1974 Seite 807 ff, [808 ff]). Die Änderungen des § 23 OBG führen dazu, dass die Ordnungsbehörden zur Erfüllung ihrer Aufgabe der Gefahrenabwehr nun mildere Maßnahmen als eine Ingewahrsamnahme zur Verfügung stünden.

Im Ergebnis eines Gesprächs zwischen Vertreten des Ministeriums des Innern und für Kommunales und des Städte- und Gemeindebundes, in der die vorstehenden Argumente ausgetauscht wurden, lehnt der Verband mit Schreiben vom 23. November 2022 eine Ergänzung ihrer Befugnisse weiterhin ab. Der Städte- und Gemeindebund regt demgegenüber nun sogar eine Streichung des bisherigen gesetzlichen

Verweises aus § 23 Nummer 1 Buchstabe f OBG auf § 17 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 BbgPolG an.

Zur Begründung dieses Streichungsbegehrens wird ausgeführt, dass die Ordnungsbehörden schon über keine eigenen Gewahrsamsräume verfügen und darüber hinaus der Verweis zu Missverständnissen bei der Zuständigkeitsverteilung zwischen Polizei und Ordnungsbehörden führen würde. Historisch gesehen seien die Ordnungsbehörden für Verwaltungsunrecht zuständig, wohingegen die Polizei für Kriminalunrecht zuständig wäre. Eine eindeutige Abgrenzbarkeit zwischen den Behörden müsse nach Ansicht des Städte- und Gemeindebundes auch in Zukunft erhalten bleiben. Hierfür habe sich Ende Juni 2022 auch das Präsidium des Verbandes ausgesprochen.

Der ergänzende Vortrag überzeugt weiter nicht.

Ingewahrsamnahmen durch Ordnungsbehörden sind, wie der Städte- und Gemeindebund selbst feststellt, äußerst selten, zumal die zwangsweise Durchsetzung einer Freiheitsentziehung in der Regel dabei in Form der Vollzugshilfe durch die Polizei erfolgt (§ 1 Absatz 3 BbgPolG, § 2 OBG i. V. m. §§ 50 ff. BbgPolG). Ordnungsbehörden benötigen daher nicht zwingend eigene Gewahrsamseinrichtungen.

Auf Basis eines Ersuchens einer Ordnungsbehörde kann in Form der Amtshilfe auch eine Gewahrsamseinrichtung der Landespolizei genutzt werden (§ 1 Absatz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Nummer 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG)). Zwar rechtfertigt diese Regelung grundsätzlich nicht den Ausgleich eines dauerhaften Defizites, insbesondere nicht zwischen Behörden verschiedener Rechtsträger (vgl. HK-VerwR/Berthold Kastner, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 5 Rn. 6). Allerdings ist die Regelung des § 5 Absatz 1 Nummer 2 VwVfG nach herrschender Meinung unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten weit auszulegen.

Unter dem Gesichtspunkt der Zumutbarkeit wird vertreten, dass in gewissem Umfang auch eine dauerhafte Hilfeleistung zulässig sein kann, wenn vom Aufgabenschnitt der ersuchenden Behörde der Hilfeleistungsfall so selten eintritt, dass die Bereithaltung einer entsprechenden Einrichtung völlig unwirtschaftlich wäre oder ein entsprechender sachkundiger Bediensteter gar nicht in ausreichendem Umfang (amtsangemessen) beschäftigt werden könnte (vgl. dazu BeckOK VwVfG/Funke-Kaiser, 57. Ed. 1.4.2022, VwVfG § 5 Rn. 11 m. w. Nachw.), was vorliegend der Fall ist. Da die Ordnungsbehörden Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis des Landes wahrnehmen, ist eine dauerhafte Unterstützung in Form der Nutzbarkeit der landespolizeilichen Gewahrsamseinrichtungen unter Effizienzgesichtspunkten angezeigt.

Die Zuständigkeit der Polizei für die Verfolgung von Kriminalunrecht ergibt sich aus § 1 Absatz 4 in Verbindung mit § 163 der Strafprozessordnung und wird von Artikel 2 dieses Gesetzentwurfs auch weiterhin nicht angetastet.

Im Kontext der gesetzlichen Aufgabe der Gefahrenabwehr kommt den Kategorien von Kriminal- und Verwaltungsunrecht keine unmittelbare Bedeutung zu. Letztere sind für die Abgrenzung des Strafrechts insbesondere zum Ordnungsrecht von Relevanz. Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel der Abwehr von Gefahren durch Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und nicht die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten. Der Aufgabenbereich der „öffentlichen Sicherheit“ stellt eine

vom Land übertragende Aufgabe dar, deren Kosten im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zur Bestimmung der Verbundquote stets berücksichtigt wird. Die seitens des Städte- und Gemeindebundes nun vertretene Aufgabenabgrenzung zwischen der Polizei und den Ordnungsbehörden dergestalt, dass nur die Polizei zur Abwehr solcher Gefahren, die im Falle der Realisierung einen Straftatbestand erfüllen würde, zuständig sein soll, findet in dieser Form im Gesetz keine Stütze und würde zur partiellen Rückverlagerung der Aufgabe zur Gefahrenabwehr führen.

Die konkrete Gefahr der Straftatenbegehung stellt eine solche für die öffentliche Sicherheit, nämlich die Rechtsordnung selbst, dar. Die Streichung des Verweises in § 23 Nummer 1 Buchstabe f OBG würde dazu führen, dass die Möglichkeiten der Ordnungsbehörden zur Abwehr von Gefahren abnehmen würden und die Zuständigkeit der Polizei nach § 2 Satz 1 BbgPolG damit korrespondierend zunähme.

Dem Ziel dieses Gesetzes, den Schutz von Frauen gegen Gewalt zu verbessern, würde eine Streichung des Verweises in § 23 Nummer 1 Buchstabe f OBG sogar widersprechen. Denn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ordnungsbehörden würden bei Feststellung einer gegenwärtigen Gefahr häuslicher Gewalt dann nur der Rückgriff auf die Generalklausel des § 13 Absatz 1 OBG bleiben. Die ordnungsbehördliche Generalklausel würde nur in sehr begrenztem Umfang noch geeignete Maßnahmen zur Gefahrenabwehr ermöglichen.

Zu Artikel 3

Die Landesärztekammer des Landes Brandenburg (LÄK) lehnt eine dem § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) nachgebildeten Regelung zur Information der Polizei über bestehende Gefahren für Leib, Leben, Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung in Fällen häuslicher Gewalt ab.

Zur Begründung führt die Landesärztekammer zunächst aus, dass unter Verhältnismäßigkeitsgründen allein das Interesse an einer Verbesserung von polizeilichen Erkenntnismöglichkeiten zum Zweck der Gefahrenabwehr grundsätzlich keine ausreichende Begründung für Einschränkungen des verfassungsrechtlich garantierten und strafrechtlich abgesicherten Patientengeheimnisses und der ärztlichen Schweigepflicht bieten könne. Der Bundesgesetzgeber habe mit § 203 StGB entschieden, dass dem Patientengeheimnis unterfallenden personenbezogenen Daten grundsätzlich für Niemanden, auch nicht für die Polizeibehörden verfügbar sein sollen. Jede gesetzliche Einschränkung des Patientengeheimnisses zum Zweck der Gefahrenabwehr müsse diesen Maßstab des § 34 StGB abbilden und stets bei der Schaffung von Befugnisnormen zur Offenbarung von Patientengeheimnissen Berücksichtigung finden.

Diesem Maßstab entspreche § 19a Absatz 1 BbgRettg-E nicht, da dort keine Gefahrenlage feststehen muss, sondern ein bloßer Gefahrenverdacht ausreicht. Nach Ansicht der Landesärztekammer bestünde darin ein wesentlicher Unterschied zu § 34 StGB.

Nach intensiver Prüfung konnte sich dieser Sichtweise nicht angeschlossen werden.

Im strafrechtlichen Kontext wird zur Annahme einer Gefahr im Sinne des rechtfertigenden Notstandes nach § 34 StGB ein im polizeirechtlichen Sinn diesbezüglicher Gefahrenverdacht als ausreichend angesehen. So hat das Kammergericht

Berlin (KG, Urteil vom 27.6.2013 – 20 U 19/12, NJW 2014, Seite 640 f) im Zusammenhang mit der Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht zur Abwehr einer Wiederholungsgefahr der Kindeswohlgefährdung festgestellt, dass es nicht Aufgabe der Ärzte sei, einen Verdacht auszuermitteln. Ausreichend sei, dass die festgestellten Verletzungen typischerweise durch eine Kindesmisshandlung hervorgerufen werden können, so dass ein „*begründeter Verdacht*“ vorliegt. Der Polizei obliegt es daher auf Basis des Hinweises zu einem Gefahrenverdacht festzustellen, ob eine konkrete Dauergefahr tatsächlich vorliegt. Ausgehend davon ist der Wortlaut des § 19a Absatz 1 Satz 1 BbgRettG-E für die Rechtsanwender klarer, als der Wortlaut des § 34 StGB. Die gesetzgeberische Wendung „gewichtige Anhaltspunkte, die die Annahme [...] begründen“ oder auch die in § 19a Absatz 1 Satz 1 BbgRettG-E genutzte Formulierung „gewichtige Anhaltspunkte, die die Annahme [...] begründen“ sind der Rechtsordnung durchaus bekannt und dienen der Abgrenzung zur Voraussetzung des Vorliegens einer konkreten Gefahr, indem der Wahrscheinlichkeitsmaßstab auf einen Gefahrenverdacht hin abgesenkt wird. Derartige Formulierungen sind inzwischen weit im Polizei- und Ordnungsrecht verbreitet und werden zur Kennzeichnung des Gefahrenverdachts genutzt (vgl. Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts 7. Auflage 2021 Abschnitt E Rn. 134, Götz/Geis, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, 17. Aufl. 2022, § 12 Rn. 39; Poscher/Kingreen, Polizei- und Ordnungsrecht, 11. Aufl. 2020, § 8 Rn. 53; Schenke, Polizei- und Ordnungsrecht, 11. Aufl. 2021, Rn. 91).

Dementsprechend wird zu § 4 Absatz 3 KKG, der in seinen Formulierungen dem § 19a Absatz 1 BbgRettG zum Vorbild dient, kritisch angemerkt, dass es der Norm eigentlich nicht bedurft hätte, da die Konstellationen des § 4 KKG (und damit vorliegend des § 19a Absatz 1 Satz 1 BbgRettG-E) auch von § 34 StGB erfasst werde. Der Vorteil des § 4 Absatz 3 KKG für die Praxis bestünde darin, dass an die Stelle der sonst nach § 34 StGB erforderlichen Abwägung der widerstreitenden Interessen durch die Berufsgeheimnisträgerinnen und -träger eine eindeutige bundeseinheitliche Norm getreten ist (vgl. BeckOGK/Jox, 1.10.2022, KKG § 4 Rn. 71). Der Vorteil für die Berufsgeheimnisträgerinnen und -träger besteht somit darin, dass die Abwägung für den Fall der Wiederholungsgefahr einer Kindeswohlgefährdung mit § 4 Absatz 3 KKG bereits durch den Gesetzgeber vorgenommen worden ist (vgl. BeckOGK/Jox, 1.10.2022, KKG § 4 Rn. 60).

So verhält es sich auch im Falle des begründeten Verdachts einer „Wiederholungsgefahr“ häuslicher Gewalt im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG, wobei die jederzeitige Gefahr eines erneuten strafbewehrten Übergriffs auf die benannten Rechtsgüter eine konkrete Gefahr in Form der sog. Dauergefahr im polizeirechtlichen Sinne darstellt. Ob diese Dauergefahr tatsächlich besteht, muss der Berufsgeheimnisträger allerdings nicht abschließend bestimmen.

Die seitens der Landesärztekammer diesbezügliche Problematisierung, ob § 19a BbgRettG-E als Befugnisnorm unter Einschränkung des dem Bundesgesetzgeber vorbehaltenen Strafrechts geschaffen werden könne, da doch eine solche Einschränkung des § 203 StGB einer besonderen Rechtfertigung durch den Schutzbedarf übergeordnete Rechtsgüter bedarf, verfährt ebenfalls nicht.

Soweit nach Ansicht der Landesärztekammer eine Verhinderung der hier in Rede stehenden Gewaltstraftaten jedenfalls ohne weitere Differenzierung kein vergleichbar übergeordnetes Rechtsgut darstellen dürfe, welches eine niederschwellige Einschränkung des Patientengeheimnisses von vornherein rechtfertigen würde, wird die Zielrichtung des § 19a Absatz 1 BbgRettG-E verkannt. Die Norm soll nicht der

Verhinderung strafbaren Verhaltens dienen, sondern vorrangig dem Schutz der durch diese Straftaten gefährdeten und zugleich überragend wichtigen Rechtsgüter von Menschen; hier der Patientin oder des Patienten im Rettungsdienst.

Eine Information der Polizei nach § 19a Absatz 1 Satz 1 BbgRettG-E zielt auf die Abwehr „einer Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG“ ab.

Bezugspunkte des Gefahrenverdachts bilden danach unmittelbar die Rechtsgüter Leib, Leben, Freiheit und die sexuelle Selbstbestimmung einer Person. Diese Rechtsgüter fallen in die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsrechtlich höchste Kategorie der sogenannten überragend wichtigen Rechtsgüter. Darunter fasst das Bundesverfassungsgericht (es nutzt dabei die Bezeichnungen hochrangige, überragend wichtige oder auch besonders gewichtige Rechtsgüter synonym vgl. BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 27. Mai 2020 - 1 BvR 1873/13, Rn. 150) neben der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (vgl. BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 26. April 2022- 1 BvR 1619/17, Rn. 150), den Bestand des Bundes und der Länder (BVerfG a.a.O. Rn. 150), die Individualrechtsgüter Leib, Leben, Freiheit (vgl. BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 20. April 2016,- 1 BvR 966/09-, Rn. 108, 312) sowie die sexuelle Selbstbestimmung (vgl. BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 01. Dezember 2020 - 2 BvR 916/11 -, Rn. 277) einer Person. Mithin handelt es sich vorliegend bereits um die höchsten Rechtsgüter, deren Schutz von Beeinträchtigung am Maßstab des § 34 StGB ausgerichtet, das Interesse am Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts beziehungsweise des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung in aller Regel wesentlich überwiegt. Eben diese für die ärztliche Praxis offenbar schwierige Abwägungsentscheidung soll mit § 19a Absatz 1 Satz 1 BbgRettG-E für die besonderen Gefahrenlagen häuslicher Gewalt gesetzlich getroffen werden.

Indem die Landesärztekammer demgegenüber allein auf einen „Zweck der Verhinderung von Gewaltstraftaten“ abstellt, rückt sie somit bei ihrer Abwägung allein das Rechtsgut der öffentlichen Sicherheit in Form der Unverletzlichkeit der Rechtsordnung als zunächst in Abhängigkeit vom Straftatbestand grundsätzlich niedriger einzustufendes Rechtsgut in den Mittelpunkt. Diese Betrachtung greift im gefahrenabwehrrechtlichen Kontext zu kurz.

Soweit die Landesärztekammer auf diesem Ansatz aufsetzend weiter ins Feld führt, dass das Patientengeheimnis oder sonstige strafrechtlich geschützte Berufsgeheimnisse andernfalls zur Bekämpfung von Gewaltstraftaten ohne Weiteres ausgehebelt werden könnten, und dann strafgesetzlich geschützte Berufsgeheimnisse zur weitgehenden Disposition der Landesgesetzgeber stünden, ist zunächst festzuhalten, dass § 203 StGB keine abschließende inhaltliche Umschreibung der Schweigepflicht enthält. Die Rechtsnorm knüpft an bestehende Verpflichtungen an und setzt durch das Merkmal des „unbefugten Offenbarens“ rechtliche Regelungen voraus, aus denen sich erst die Befugnis oder das Verbot einer Offenbarung ergibt. Diese Regeln können auch durch Landesrecht gesetzt werden (vgl. Güntert/Alber/Lottermann Rettungsdienstgesetz Baden-Württemberg, Kommentar, Stand: 4. Nachlieferung, Dezember 2011, zu § 32 Absatz 2 Satz 3 RDG, S. 4). Derartige auch landesgesetzliche wie bundesgesetzliche Eingriffsregeln selbst müssen sich unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten im Verhältnis zum vom Patientengeheimnis geschützten allgemeine Persönlichkeitsrecht und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung (zu den Rechtsgütern vgl. BeckOK StGB/Weidemann, 55. Ed. 1.11.2022, StGB § 203 Rn. 2) als verhältnismäßig darstellen.

Eine Vielzahl an landesgesetzlichen Regelungen anderer Bundesländer sehen daher in diesem Zusammenhang die Möglichkeit zur Übermittlung personenbezogener Daten unter anderem auch an die Polizei zur Abwehr von Gefahren vor. Dabei werden nicht in jedem Bundesland, die Rechtsgüter konkret benannt werden. Die Möglichkeit besteht danach grundsätzlich auch in Baden-Württemberg (§ 32 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 RDG BW), in Berlin (§ 4 Absatz 3 Bln. RDG), in Hessen (§ 17 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 HRDG), in Thüringen (§ 30 Absatz 4 Nummer 3 ThürRettG), in Schleswig-Holstein (§ 9 Absatz 3 Satz 1 SHRDG), in Sachsen-Anhalt (§ 47 Absatz 3 Satz 2 Alternative 2 RettdG i. V. m. § 9 Absatz 2 Satz 1 Alternative 2 der Berufsordnung der Ärztekammer Sachsen-Anhalt), in Sachsen (§ 28 Absatz 3 Satz 2 SächsRettDG i. V. m. § 9 Absatz 2 Satz 1 Alternative 2 der Berufsordnung der Sächsischen Landesärztekammer), in Rheinland-Pfalz (§ 29 Absatz 1 Satz 2 RettDG i. V. m. § 39 Absatz 3 Satz 2 LBKG), im Saarland (§ 27 Absatz 1 Satz 1 SRettG i. V. m. § 7 Absatz 2 Nummer 1 SDSG) und in Hamburg (§ 7 Absatz 2 HmbRDG i. V. m. § 6 Absatz 2 Nummer 2 HmbDSG). In diesem Zusammenhang wäre auch auf § 19 Absatz 9 BbgRettG in Verbindung mit § 9 Absatz 2 der Berufsordnung der Landesärztekammer Brandenburg oder in Verbindung mit § 4 Absatz 3 KKG zu verweisen.

Problematisch bei diesen Regeln ist, insbesondere, soweit diese auf die entsprechenden Berufsordnungen Bezug nehmen, dass die Ärztin oder der Arzt weiterhin das (strafrechtliche) Risiko dahingehend tragen, dass im konkreten Fall eine Durchbrechung des Patientengeheimnisses zum Schutze eines „höherwertigen Rechtsgutes zwingend erforderlich ist“ (vgl. § 9 Absatz 2 der Berufsordnung der LÄK). Denn darin liegt die in der Praxis als schwierig umsetzbare Abwägungsentscheidung. Andere landesgesetzliche Regelungsformen fordern eine Abwägung zu schützender Rechtsgüter mit dem Geheimhaltungsinteresse des Betroffenen (vgl. § 32 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 RDG BW). Demgegenüber lässt das Land Hessen in § 17 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 HRDG die Datenverarbeitung zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung bereits bei „Erforderlichkeit“ zu. Kritisch ist bei dieser Regelung in Hessen, dass das Verhältnis zwischen datenschutzrechtlich zulässiger Verarbeitung und strafrechtlich unzulässiger Offenbarung von Patientengeheimnissen im Gegensatz zur baden-württembergischen Regelung des § 32 Absatz 5 Satz 1 RDG BW nicht ausdrücklich geklärt ist.

In § 19a BbgRettG-E wurde mit Aufnahme des Absatzes 2 insoweit dem Vorbehalt der Landesärztekammer begegnet, dass dort nun ausdrücklich darauf verwiesen wird, dass in Fällen der Datenübermittlung nach Absatz 1 Satz 1 ein befugtes Offenbaren im Sinne des § 203 StGB vorliegt.

Weiter gibt die Landesärztekammer zu bedenken, dass § 19a Absatz 1 BbgRettG-E dazu führen könnte, dass gefährdete Personen künftig den Rettungsdienst nicht in Anspruch nehmen beziehungsweise von den Gewalttätern gehindert werden, da diese sich dem Risiko einer etwaigen Strafverfolgung entziehen wollen. Befürchtungen vor weiterer Gewalt und Eskalation dürfe für die Opfer handlungsleitend sein, sodass diese bereits auf die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes verzichten könnten.

Eben diese Annahme, dass ein Offenbaren der Gefahrenlage zu einer weiteren Eskalation im häuslichen Kontext beitragen kann, sind in Phänomen stabiler Gewaltbeziehungen handlungsleitend dafür, dass gefährdete Personen keinen Schutz durch die Polizei, durch Inanspruchnahme der Möglichkeiten nach dem Gewalt-

schutzgesetz oder den strafrechtlichen Möglichkeiten zur Anzeigenerstattung nutzen beziehungsweise als letzte Möglichkeit sich selbst aus dem häuslichen Umgebung begeben; also vom dem Störer fliehen. § 19a Absatz 1 BbgRettG-E erkennt diese Gefahrensituation stabiler Gewaltbeziehungen an. Insoweit wird auf die Ausführungen in der Gesetzesbegründung zu Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe a Unterbuchstabe cc verwiesen.

Da § 19a Absatz 1 BbgRettG-E der Rechtsprechung zum § 34 StGB angewandt auf die vertyppte Gefährdungslage häuslicher Gewalt entspricht, besteht bereits jetzt die jederzeitige Gefahr für die den Rettungsdienst in Anspruch nehmenden Personen, dass entsprechende Daten offengelegt werden könnten. Dies betrifft im Land Brandenburg aktuell Fallkonstellationen nach § 19 Absatz 9 BbgRettG in Verbindung mit § 4 Absatz 3 Satz 3 KKG, § 34 StGB und nach Aufnahme in der Rettungsstelle § 34 BbgKHG i. V. m. § 4 KKG).

Zu berücksichtigen ist, dass entgegen des Wortlauts „sollen“ des § 4 Absatz 3 Satz 3 KKG, anders als die Landesärztekammer meint, in aller Regel von einer Übermittlungspflicht auszugehen ist (vgl. BeckOGK/Jox, 1.10.2022, KKG § 4 Rn. 68, Hahn, NZFam 2021 Seite 860 ff, [862]). Entsprechend negativen Erfahrungen müssten sich somit seit Einführung des § 4 Absatz 3 KKG oder in Bundesländern, die über entsprechenden Übermittlungsbefugnisse aus dem Rettungsdienst zur Gefahrenabwehr bereits verfügen (z. B. § 32 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 RDG BW) ergeben haben.

Da derartiges hier allerdings nicht bekannt und seitens der Landesärztekammer auch nicht vorgetragen ist, dürfte diese Wirkungshypothese auf einer überhöhten Vorstellung vom Umfang der Rechtskenntnisse, deren Vergegenwärtigung im Entscheidungszeitpunkt und dem diesbezüglich rationalen Entscheidungskalkül der Rechtsunterworfenen begründet sein, die keine ausreichende empirische Stütze in der Lebenswirklichkeit der Betroffenen finden. Die Gefahr erneuter häuslicher Gewalt zu Lasten desselben Opfers durch denselben Täter trotz vorherigen Einsatz des Rettungsdienstes ist hingegen bedauerliche Lebenswirklichkeit; auch im Land Brandenburg.

Neben den in § 19a Absatz 1 BbgRettG-E genannten Berufsgruppen der Notfallsanitäterinnen und –sanitäter sowie der Ärztinnen und Ärzte sind außerdem die Rettungsassistentinnen und –assistenten als Berufsheimnisträger zu beachten. In der Praxis können diese gemäß § 6 Abs. 7 LRDPV anstelle von Notfallsanitäterinnen und –sanitätern - befristet bis zum 31. Dezember 2025 - eingesetzt werden. Zur Klarstellung und Vermeidung von Rechtsunsicherheiten in § 19a Absatz BbgRettG-E wird die Bezugsnorm des § 6 Absatz 7 LRDPV mit aufgenommen.

E. Zuständigkeiten

Ministerium des Innern und für Kommunales

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf für ein

Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes

Das Brandenburgische Polizeigesetz vom 19. März 1996 (GVBl. I S. 74), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 6 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (GVBl. I Nr. 33 S. 6) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 15a wird die folgende Angabe eingefügt:
„§ 15b Elektronische Aufenthaltsüberwachung“.
 - b) Nach der Angabe zu § 16a werden die folgenden Angaben eingefügt:
„§ 16b Kontakt- und Näherungsverbot
§ 16c Verhaltensauflagen
§ 16d Ordnungswidrigkeiten“.
 - c) Nach der Angabe zu § 35 werden die folgenden Angaben eingefügt:
„§ 35a Opferschutzmaßnahmen
§ 35b Verarbeitung personenbezogener Daten für die Dauer von Opferschutzmaßnahmen sowie Geheimhaltung“.
2. In § 8 wird die Nummer 7 wie folgt gefasst:
„7. informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes) und Datenschutz (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg)“.
3. Nach § 15a wird folgender § 15b eingefügt:

„§ 15b

Elektronische Aufenthaltsüberwachung

(1) Die Polizei kann eine Person dazu verpflichten, sich ein technisches Mittel, mit dem der Aufenthaltsort dieser Person elektronisch überwacht werden kann,

anlegen zu lassen, es ständig in betriebsbereitem Zustand am Körper bei sich zu führen und dessen Funktionsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen, wenn

1. im konkreten Einzelfall

- a) die Person, der gegenüber die Anordnung getroffen werden soll, nach polizeilichen Erkenntnissen
 - aa) mindestens zwei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung begangen hat, wobei es bei mindestens einer dieser Straftaten zum Körperkontakt mit dem Opfer gekommen sein muss, oder
 - bb) mindestens zwei Straftaten begangen hat, wobei eine gegen die sexuelle Selbstbestimmung und die andere gegen Leib, Leben oder Freiheit einer Person gerichtet war,
- b) ihr Tatverhalten, ihre individuellen Verhaltensweisen sowie die Person betreffenden Lebensumstände eine wesentlich erhöhte Wahrscheinlichkeit der künftigen Begehung von Straftaten nach den §§ 176, 176a, 176b, 177, den §§ 182, 211, 212, 223 in Verbindung mit den §§ 224, 226 sowie nach § 239b des Strafgesetzbuches begründen,
- c) bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierten Weise eine solche Straftat zu Lasten eines ihr fremden Opfers begehen wird und
- d) die Überwachung und Datenverwendung zur Verhinderung der Straftat unerlässlich ist,

2. im konkreten Einzelfall

- a) die Person, der gegenüber die Anordnung getroffen werden soll, nach polizeilichen Erkenntnissen bereits eine Straftat nach § 238 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 und 2 Nummer 1 oder 2 oder mit Absatz 3 des Strafgesetzbuches begangen hat,
- b) bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie in absehbarer Zeit weitere auch im Einzelfall schwerwiegende Straftaten nach § 238 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 und 2 Nummer 1 oder 2 oder mit Absatz 3 des Strafgesetzbuches begehen wird und
- c) andere Maßnahmen der Gefahrenabwehr nicht oder nicht gleich erfolgsversprechend erscheinen oder

3. eine Überwachung und Datenverwendung zur Kontrolle der Befolgung einer nach den §§ 16a oder 16b getroffenen Maßnahmen unerlässlich ist, weil

- a) die betroffene Person wiederholt einer Anordnung zuwidergehandelt hat,
- b) ihr individuelles Verhalten die konkrete Wahrscheinlichkeit weiterer Zuwiderhandlungen mit dann im Einzelfall schwerwiegenden Rechtsgutsverletzungen begründet und

- c) die Kontrolle auf andere Weise nicht möglich oder wesentlich erschwert ist.

(2) Die Polizei erhebt und speichert mit Hilfe der von der betroffenen Person mitzuführenden technischen Mittel die Daten automatisiert über deren Aufenthaltsort sowie über etwaige Beeinträchtigungen der Datenerhebung. Soweit es technisch möglich ist, ist sicherzustellen, dass innerhalb der Wohnung der betroffenen Person keine über den Umstand ihrer Anwesenheit hinausgehenden Aufenthaltsdaten erhoben werden. Die Daten nach Satz 1 dürfen, soweit dies für die folgenden Zwecke erforderlich ist, ohne Einwilligung der betroffenen Person nur verarbeitet werden zur:

1. Verfolgung der in Absatz 1 benannten Straftaten,
2. Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung einer Person,
3. Feststellung von Verstößen gegen eine Wohnungsverweisung oder ein Rückkehrverbot nach § 16a oder gegen ein Kontakt- oder Näherungsverbot nach § 16b oder
4. Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des technischen Mittels.

Zur Einhaltung der Zweckbindung nach Satz 3 hat die Verarbeitung der Daten automatisiert zu erfolgen. Die in Satz 1 genannten Daten sind zu kennzeichnen und gegen unbefugte Kenntnisnahme und Verarbeitung besonders zu sichern. Sie sind spätestens zwei Monate nach Beendigung der Maßnahme zu löschen, soweit sie nicht für die in Satz 3 genannten Zwecke verwendet werden. Werden innerhalb der Wohnung der betroffenen Person über den Umstand ihrer Anwesenheit hinausgehende Aufenthaltsdaten erhoben, sind diese unverzüglich zu löschen und bis dahin nicht weiter zu verarbeiten. Die Tatsache ihrer Erhebung und Löschung ist zu dokumentieren. Die in der Dokumentation enthaltenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind nach 24 Monaten oder im Falle einer Datenschutzkontrolle innerhalb dieses Zeitraums nach deren Abschluss zu löschen. Die Sätze 2 und 7 bis 10 gelten entsprechend, soweit durch die Datenerhebung nach Satz 1 der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen ist.

(3) Die Maßnahme nach Absatz 1 darf nur durch das Gericht, bei Gefahr im Verzug auch durch die Behördenleiterin oder den Behördenleiter oder die jeweilige Vertretung angeordnet oder verlängert werden; in diesen Fällen ist unverzüglich eine richterliche Bestätigung einzuholen. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Polizeibehörde ihren Sitz hat. Für die gerichtliche Anordnung gilt Buch 7 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend, soweit hier nichts Abweichendes geregelt ist. Von einer Anhörung der betroffenen Person durch das Gericht und der Bekanntgabe der richterlichen Entscheidung an die betroffene Person ist abzusehen, wenn die vorherige Anhörung oder die Bekanntgabe der Entscheidung den Zweck der Maßnahme gefährden würde. Die nach Satz 1 durch die Behördenleiterin oder den Behördenleiter erlassene Anordnung oder Verlängerung tritt spätestens mit Ablauf des dritten Tages nach ihrem Erlass außer Kraft, wenn sie bis dahin nicht richterlich bestätigt wurde.

Erfolgt bis dahin keine richterliche Bestätigung, so dürfen bereits erhobene Daten nicht verwendet werden; diese Daten sind unverzüglich zu löschen. In der schriftlichen Anordnung sind anzugeben:

1. die betroffene Person, soweit bekannt mit Namen und Anschrift,
2. Art, Umfang und Dauer der Maßnahme,
3. die Angabe, ob die betroffene Person einer Wohnungsverweisung oder einem Rückkehrverbot nach § 16a oder einem Kontakt- oder Näherungsverbot nach § 16b unterliegt und
4. die Voraussetzungen und die wesentlichen Abwägungsgesichtspunkte; im Falle einer polizeilichen Anordnung nach Satz 1 Alternative 2 muss sich die Begründung auch auf die Gefahr im Verzug beziehen.

Die richterliche Entscheidung wird mit ihrer Bekanntgabe an die beantragende Polizeibehörde wirksam. Die Anordnung ist sofort vollziehbar und auf höchstens drei Monate zu befristen. Eine Verlängerung um jeweils höchstens drei weitere Monate ist möglich, soweit die Voraussetzungen fortbestehen. Die Maßnahme ist zu beenden, wenn ihre Voraussetzungen nicht mehr vorliegen oder die richterliche Bestätigung nicht unverzüglich beantragt worden ist. Die Beendigung ist dem Gericht anzuzeigen.

(4) Die Polizei kann die Wohnung der betroffenen Person zur Aufstellung der zur Überwachung des Aufenthalts in der Wohnung erforderlichen technischen Mittel betreten. Nach Abschluss der Maßnahme hat die betroffene Person auf Anforderung die technischen Mittel an die Polizei unverzüglich herauszugeben.

(5) Die Landesregierung berichtet dem Landtag bis zum 31. Dezember 2026 über die mit Einführung der Absätze 1 bis 4 erreichte Wirkung zur Gefahrenabwehr und damit verbundenen Grundrechtsbeeinträchtigungen.“

4. § 16a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „gegenwärtigen“ gestrichen, die Wörter „Leib, Leben oder Freiheit“ werden durch die Wörter „Leib, Leben, Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung“ ersetzt und die Angabe „Abs.“ wird durch das Wort „Absatz“ ersetzt.

bb) In Satz 3 werden die Kommata und die Wörter „insbesondere nach § 16“ gestrichen.

cc) Folgender Satz wird angefügt:

„Ein entgegenstehender Wille der gefährdeten Person ist regelmäßig unbeachtlich.“

b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die Polizei weist die betroffene Person auf Möglichkeiten zur freiwilligen Teilnahme an einer Gewaltpräventionsberatung hin.“

- c) Dem Absatz 4 werden folgende Sätze angefügt:

„Sie unterrichtet die gefährdete Person unverzüglich über die Dauer und den räumlichen Umfang einer Maßnahme nach Absatz 1 Satz 1. Die Polizei übermittelt die zur Kontaktaufnahme mit der gefährdeten Person erforderlichen Daten an eine geeignete Beratungsstelle, wenn dies zur Abwehr einer Gefahr erforderlich ist. Die gefährdete Person kann der Übermittlung widersprechen; § 13 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes gilt entsprechend.“

- d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „2“ durch die Angabe „3“ und werden die Wörter „des zehnten Tages“ durch die Wörter „von zwei Wochen“ ersetzt.

bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Eine einmalige Verlängerung der Frist um bis zu zwei Wochen ist zulässig, sofern die Anordnungsvoraussetzungen fortbestehen.“

cc) Im neuen Satz 3 werden die Wörter „des zehnten Tages“ durch die Wörter „von zwei Wochen“ ersetzt sowie die Wörter „in Satz 1“ und die Wörter „nach Satz 1“ jeweils durch die Wörter „nach den Sätzen 1 oder 2“ ersetzt.

- e) In Absatz 6 Satz 2 wird nach dem Wort „unverzüglich“ das Wort „erneut“ eingefügt.

- f) Folgende Absätze 7 und 8 werden angefügt:

„(7) Die Einhaltung eines erteilten Rückkehrverbots ist mindestens einmal während seiner Geltung durch die Polizei zu kontrollieren. Hierzu kann die betroffene Person verpflichtet werden, der Polizei ihren aktuellen Aufenthaltsort unverzüglich nachzuweisen.“

(8) Die Polizei kann die gefährdete Person unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 mit ihrem Einverständnis an einen anderen geeigneten Ort verbringen, wenn andernfalls die Beantragung oder Herbeiführung einer unabhängigen Entscheidung über den zivilrechtlichen Schutz vor Gewalt oder Nachstellung gefährdet ist. Das Verbringungsangebot soll im Haushalt lebende Kinder mit einbeziehen, soweit der gefährdeten Person für sie ein Sorgerecht zusteht und berechnigte Interessen Dritter dem nicht entgegenstehen. Das zuständige Jugendamt ist zu informieren. Für die Verbringung werden Gebühren und Auslagen nach der Gebührenordnung des Ministeriums des Innern und für Kommunales vom 21. Juli 2010 (GVBl. II Nr. 46), die zuletzt durch die Verordnung vom 15. September 2022 (GVBl. II Nr. 64) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung erhoben. Kostenschuldner ist die betroffene Person nach Absatz 1 Satz 1. Die Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 können unter der aufschiebenden Bedingung der Rückkehr der gefährdeten Person in die Wohnung angeordnet werden.“

5. Nach § 16a werden die folgenden §§ 16b bis 16d eingefügt:

Kontakt- und Näherungsverbot

Einer Person kann untersagt werden, sowohl

1. Kontakt zu einer gefährdeten Person, auch unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln, aufzunehmen, als auch
2. Zusammentreffen mit einer gefährdeten Person herbeizuführen,

wenn dies zur Abwehr einer Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung der gefährdeten Person erforderlich ist (Kontakt- und Näherungsverbot). § 16a Absatz 4 bis 7 gilt entsprechend.

Verhaltensauflagen

(1) Die Polizei kann der betroffenen Person nach § 16a Absatz 1 Satz 1 untersagen, sich in alkoholisiertem Zustand in der Wohnung sowie in deren unmittelbaren Umgebung aufzuhalten, wenn bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sich diese Person in absehbarer Zeit erneut in einen solchen Zustand versetzen wird und für die Dauer dieses Zustandes erneut eine Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 absehbar ist. Die Anordnung ist auf höchstens drei Monate zu befristen. Die Polizei unterrichtet die gefährdete Person unverzüglich über die Dauer und den räumlichen Umfang der Maßnahme.

(2) Das Gericht kann auf Antrag der Polizei die betroffene Person verpflichten, an einer von der Polizei benannten Gewaltpräventionsberatung über eine Dauer von drei Monaten in einem Umfang von insgesamt höchstens zwölf Stunden teilzunehmen, wenn das individuelle Verhalten der betroffenen Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass von dieser innerhalb eines übersehbaren Zeitraums eine erneute erhebliche Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 ausgehen wird und die Gewaltpräventionsberatung grundsätzlich geeignet ist, die diesbezügliche Wahrscheinlichkeit zu reduzieren. § 15b Absatz 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Die betroffene Person hat der Polizei auf Verlangen den Nachweis über die Teilnahme unverzüglich vorzulegen.

Ordnungswidrigkeiten, Verordnungsermächtigung

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer vollziehbaren Anordnung nach § 16a Absatz 1 Satz 1,
2. einer vollziehbaren Anordnung nach § 16b Satz 1 oder
3. einer vollziehbaren Anordnung nach § 16c Absatz 1 Satz 1

zuwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu fünftausend Euro geahndet werden. Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelsätze für Geldbußen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 zu erlassen.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne von § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Behörde, die die jeweilige Anordnung nach Absatz 1 erlassen hat.“

6. § 17 Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt geändert:

a) In dem Satzteil vor Buchstabe a wird nach dem Wort „Straftat“ das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und vor den Wörtern „zu verhindern“ die Wörter „oder einer Ordnungswidrigkeit nach § 16d Absatz 1 Nummer 2“ eingefügt.

b) In Buchstabe c nach dem Wort „Straftaten“ das Wort „oder“ durch Komma ersetzt und vor den Wörtern „als Störer betroffen“ die Wörter „oder Ordnungswidrigkeiten nach § 16d Absatz 1 Nummer 1 bis 3“ eingefügt.

7. § 31a Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Fahrzeugkontrollen“ die Wörter „im öffentlich zugänglichen Raum“ eingefügt.

b) In Satz 4 werden nach dem Wort „Fahrzeugkontrolle“ die Wörter „im öffentlich zugänglichen Raum“ eingefügt.

8. Nach § 35 werden die folgenden §§ 35a und 35b eingefügt:

„§ 35a

Opferschutzmaßnahmen

(1) Für eine Person, die Opfer einer Straftat wurde oder bei der davon auszugehen ist, dass sie in absehbarer Zeit Opfer einer Straftat werden kann (Schutzperson), dürfen auf Anordnung Urkunden und sonstige Dokumente zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung einer vorübergehend geänderten Identität (Tarn Dokumente) hergestellt, vorübergehend verändert und die entsprechend geänderten Daten verarbeitet werden, wenn

1. dies zu ihrem Schutz vor einer wahrscheinlich nicht nur vorübergehenden Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung erforderlich ist und
2. die Schutzperson für diese Schutzmaßnahme geeignet ist und ihr zustimmt.

Die Schutzperson darf unter der vorübergehend geänderten Identität am Rechtsverkehr teilnehmen. Unter den Voraussetzungen des Satzes 1 ist die Polizei für die Schutzperson staatliche Stelle im Sinne des § 20 Absatz 9 Satz 1 Nummer 3 des Infektionsschutzgesetzes.

(2) Soweit erforderlich, können Maßnahmen nach Absatz 1 auch auf Angehörige einer Schutzperson oder ihr sonst nahestehende Personen erstreckt werden. Absatz 1 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

(3) § 35 Absatz 2 findet auf die mit dem Schutz betrauten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten Anwendung, soweit ein Handeln unter einer Legende zur Vorbereitung, Durchführung, Lenkung oder Absicherung der Schutzmaßnahmen erforderlich ist.

(4) Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 dürfen nur durch die Behördenleiterin oder den Behördenleiter oder die jeweilige Vertretung angeordnet oder beendet werden.

(5) Wird die Schutzmaßnahme insgesamt beendet oder sind einzelne Maßnahmen nicht mehr erforderlich, unterrichtet die Polizei unter Berücksichtigung der Belange des Opferschutzes die beteiligten öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen. Die Polizei zieht Tarndokumente ein, deren Verwendung nicht mehr erforderlich ist.

§ 35b

Verarbeitung personenbezogener Daten für die Dauer von Opferschutzmaßnahmen sowie Geheimhaltung

(1) Die Polizei kann Auskünfte über personenbezogene Daten der nach § 35a Absatz 1 oder 2 zu schützenden Person verweigern, soweit dies aus Gründen des Opferschutzes erforderlich ist.

(2) Öffentliche Stellen sind berechtigt, auf Ersuchen der Polizei die Verarbeitung personenbezogener Daten einer nach § 35a Absatz 1 oder 2 zu schützenden Person einzuschränken oder diese nicht zu übermitteln. Sie sollen dem Ersuchen entsprechen, soweit entgegenstehende öffentliche Interessen oder schutzwürdige Interessen Dritter nicht überwiegen. Die Beurteilung der Erforderlichkeit der Maßnahme durch die Polizei ist für die ersuchte Stelle bindend.

(3) Die Polizei kann von nicht öffentlichen Stellen verlangen, personenbezogene Daten einer nach § 35a Absatz 1 oder 2 zu schützenden Person zu sperren oder nicht zu übermitteln.

(4) Bei der Datenverarbeitung innerhalb der öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen ist durch diese sicherzustellen, dass der Opferschutz nicht beeinträchtigt wird.

(5) Die öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen teilen der Polizei jedes Ersuchen um Bekanntgabe von in ihrer Verarbeitung eingeschränkten oder sonst von ihr bestimmten Daten unverzüglich mit.

(6) Wer mit dem Opferschutz befasst wird, darf die ihm bekannt gewordenen Erkenntnisse über Opferschutzmaßnahmen auch über den Zeitpunkt der Beendigung des Opferschutzes hinaus nicht unbefugt offenbaren. Personen, die nicht Amtsträger gemäß § 11 Absatz 1 Nummer 2 des Strafgesetzbuches sind, sollen nach dem Verpflichtungsgesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547), das durch § 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942)

geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung verpflichtet werden, sofern dies geboten erscheint.“

Artikel 2

Änderung des Ordnungsbehördengesetzes

Das Ordnungsbehördengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (GVBl. I S. 266), das zuletzt durch das Gesetz vom 7. Juni 2022 (GVBl. I Nr. 13) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 23 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe b wird die Angabe „Nr. 4, 5, 6 und 7“ durch die Wörter „Nummer 4 bis 7“ ersetzt.

bb) In Buchstabe d wird jeweils die Angabe „Nr.“ durch das Wort „Nummer“ ersetzt.

cc) Buchstabe e wird wie folgt gefasst:

„e) §§ 16, 16b und § 16d sowie zur Abwehr gegenwärtiger Gefahren § 16a Absatz 1 bis 6 und 8,“.

dd) In Buchstabe f werden die Wörter „mit Ausnahme des Absatzes 1 Nr. 4“ gestrichen.

ee) In Buchstabe g wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

b) In Nummer 2 wird in dem Satzteil vor Buchstabe a das Wort „Von“ durch das Wort „von“ ersetzt.

2. § 43 wird wie folgt geändert:

a) Nach Nummer 2 werden die folgenden Nummern 3 und 4 eingefügt:

„3. Freizügigkeit (Artikel 11 Absatz 1 des Grundgesetzes, Artikel 17 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg),

4. informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes) und Datenschutz (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg),“.

b) Die bisherigen Nummern 3 und 4 werden die Nummern 5 und 6.

Artikel 3**Änderung des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes**

Das Brandenburgische Rettungsdienstgesetz vom 14. Juli 2008 (GVBl. I S. 186), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 42 S. 11) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 19 folgende Angabe eingefügt:

„§ 19a Informationen zu Gefahrenlagen“.

2. Nach § 19 wird folgender § 19a eingefügt:

„§ 19a**Informationen zu Gefahrenlagen**

(1) Werden

1. Ärztinnen und Ärzten,
2. Notfallsanitäterinnen und -sanitätern

in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit im Rettungsdienst gewichtige Anhaltspunkte bekannt, die die Annahme einer Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 des Brandenburgischen Polizeigesetzes begründen, sind sie zur Abwehr dieser Gefahr berechtigt, die Polizei zu informieren. Die Berechtigung nach Satz 1 gilt auch für Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten, soweit sie anstelle von Notfallsanitäterinnen und -sanitätern nach § 6 Absatz 7 der Landesrettungsdienstplanverordnung eingesetzt werden.

Zu diesem Zweck dürfen die Personen nach Satz 1 und Satz 2 auch personenbezogene Daten besonderer Kategorien der gefährdeten Person an die Polizei übermitteln. Sie können zur Einschätzung, ob die Anhaltspunkte gewichtig sind, polizeiliche Beratung in Anspruch nehmen. Sie sind zu diesem Zweck befugt, der Polizei die dafür erforderlichen Daten zu übermitteln; vor einer Übermittlung der Daten sind die Daten zur gefährdeten Person zu pseudonymisieren. § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz geht vor.

(2) Werden personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 bis 4 weitergegeben, so handelt die Person, die sie weitergibt, auch insoweit nicht unbefugt, als sie zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungsvorschriften verpflichtet ist.“

3. In § 22 werden die Wörter „§ 15 Absatz 3 und § 19 wird das Grundrecht“ durch die Wörter „§ 15 Absatz 3, § 19 und § 19a werden das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes) sowie das Grundrecht“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung des Kindertagesstättengesetzes

§ 11a Absatz 3 Satz 1 des Kindertagesstättengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 2004 (GVBl. I S. 384), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (GVBl. I Nr. 34 S. 6) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„Der Nachweis nach Absatz 1 Satz 2 ist gegenüber der Leitung der Kindertagesstätte durch Vorlage

1. einer ärztlichen Bescheinigung nach Absatz 2 Satz 2,
2. einer Impfdokumentation nach § 22 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes,
3. einer Dokumentation nach § 26 Absatz 2 Satz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch oder
4. einer Bescheinigung im Rahmen von Opferschutzmaßnahmen der Polizei nach § 35a Absatz 1 des Brandenburgischen Polizeigesetzes, wonach ein Nachweis nach den Nummern 1, 2 oder 3 bereits vorgelegen hat,

zu erbringen.“

Artikel 5

Einschränkung von Grundrechten

(1) Das Grundrecht auf Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes, Artikel 9 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) wird durch die Artikel 1 Nummer 5 und 6 sowie durch Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe dd eingeschränkt.

(2) Das Grundrecht auf Freizügigkeit (Artikel 11 Absatz 1 des Grundgesetzes, Artikel 17 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) wird durch Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe a, c und e sowie Nummer 5 und 6 sowie durch Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc und dd eingeschränkt.

(3) Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes, Artikel 15 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) wird durch Artikel 1 Nummer 3 eingeschränkt.

(4) Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes) sowie das Grundrecht auf Datenschutz (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) werden durch Artikel 1 Nummer 3 und 4 Buchstabe b, c und f, Nummer 5, Nummer 7 Buchstabe a und b und Nummer 8 sowie durch Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc und dd und Artikel 3 Nummer 2 eingeschränkt.

Artikel 6

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Dr. Ulrike Liedtke

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Mit dem Gesetz zum Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 17. Juli 2017 (BGBl. 2017 II S. 1026) und dem Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21. Dezember 2008 (BGBl. 2008 II S. 1419) ist auch das Land Brandenburg verpflichtet, seine bisherigen Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen Gewalt auf die Umsetzung der Vorgaben des Übereinkommens hin zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen.

Das im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg erstellte Gutachten zur Weiterentwicklung des Landesaktionsplans (LAP) zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder / LAP zu einer Landesstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention vom September 2021 (im Folgenden: Gutachten „Istanbul-Konvention“) enthält diesbezüglich weitere konkretisierte Empfehlungen und Problembeschreibungen, auf die es mit entsprechenden Lösungen zu reagieren gilt.

In praktischer Hinsicht zeigt sich die Notwendigkeit für das Land Brandenburg, auf die Veränderungen im sogenannten Hellfeld auf Basis der Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zu reagieren. Danach ist eine erhebliche Zunahme an Fällen sogenannter häuslicher Gewalt im Verhältnis der Jahre 2019 zu 2020 in einem Umfang von circa 20 Prozent (2019: 4.101 Fälle, 2020: 5.073 Fälle) zu verzeichnen.

Anhand des mit dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (sogenannte Istanbul-Konvention) vorgegebenen Maßstabes, insbesondere hinsichtlich der Artikel 50 bis 56, ergeben sich Optimierungsmöglichkeiten auf landesgesetzlicher Ebene. Gem. Artikel 53 Absatz 1 und 3 der Istanbul-Konvention (Kontakt- und Näherungsverbote sowie Schutzanordnungen) sind zum Beispiel die erforderlichen gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass angemessene Kontakt- und Näherungsverbote oder Schutzanordnungen für Opfer aller in den Geltungsbereich dieses Übereinkommens fallenden Formen von Gewalt zur Verfügung stehen. Verstöße dagegen müssen Gegenstand wirksamer, verhältnismäßiger und abschreckender strafrechtlicher oder sonstiger rechtlicher Sanktionen sein. Die Befugnissituation in den einzelnen Bundesländern erweist sich diesbezüglich als heterogen und lässt für die Rechtslage in Brandenburg in Teilen Anpassungsbedarfe erkennen.

Darüber hinaus bedarf es in Umsetzung der Ziele der Istanbul-Konvention auch passgenauer Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt, die mit der gefährdenden Person nicht oder nicht mehr in einer gemeinsamen Wohnung leben oder leben wollen.

Es sind auch weitere Gefährdungskonstellationen Teil der Lebenswirklichkeit insbesondere von Frauen, die nicht mit häuslichen Tatkonstellationen zusammenhängen.

So gibt es immer wieder Personen, von denen erhebliche Gefahren für andere Menschen ausgehen, ohne dass es bereits vor Ausführung eines Schädigungsaktes ein sogenanntes Kennverhältnis zu den späteren Opfern gegeben hat.

Liegen Hinweise dafür vor, dass von einer Person eine solche Gefahr ausgeht, so muss der Staat auch dann zum Schutz seiner Bürger mit geeigneten Maßnahmen eingreifen können, wenn zwar bei einer Person keine bzw. noch keine psychische Erkrankung festgestellt ist, aber dennoch von ihr eine ernsthafte Gefährdung für hochwertige Rechtsgüter anderer Menschen im Sinne des § 8 Absatz 3 BbgPsychKG zwar unvorhersehbar ist, wegen der besonderen Umstände des Einzelfalls aber jederzeit zu erwarten steht. Aus Sicht der Opfer macht es keinen Unterschied, ob es zu einem schadensstiftenden Ereignis deswegen kam, weil der Täter an einer psychischen Erkrankung litt oder nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1977 im Rahmen eines laufenden Entführungsfalles festgehalten, dass Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 Satz 2 GG den Staat verpflichtet, jedes menschliche Leben zu schützen. Diese Schutzpflicht sei umfassend. Sie gebiete dem Staat, sich schützend und fördernd vor dieses Leben zu stellen; das heißt vor allem, es auch vor rechtswidrigen Eingriffen von Seiten anderer zu bewahren. An diesem Gebot haben sich alle staatlichen Organe, je nach ihren besonderen Aufgaben, auszurichten. Da das menschliche Leben einen Höchstwert darstellt, müsse diese Schutzverpflichtung besonders ernst genommen werden (BVerfGE 46, 160 ff. [164], (16.10.1977 - 1 BvQ 5/77)).

Eine Ausprägung psychischer Gewalt gegen Frauen ist das sogenannte Stalking. Solche strafbaren Nachstellungen werden über einen längeren Zeitraum ausgeführt und können zu erheblichen Verletzungen ihrer Opfer führen. Der Schutz Betroffener darf bei begründetem Verdacht für eine derartige Gefahrenlage nicht erst mit der Verurteilung des Täters zusammenfallen. Der Schutz des Opfers steht im Mittelpunkt.

Die Befugnisse im Brandenburgischen Polizeigesetz sind vorrangig täterbezogen anzupassen bzw. um zusätzliche Maßnahmen zu ergänzen, die bereits im Vorfeld konkreter Gefahren im tradierten Sinne eingreifen. Darüber hinaus sind weitere Landesgesetze auf die Bedarfe zum verbesserten Schutz der Opfer von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt anzupassen, um dieses Phänomen insgesamt besser erkennen und verhüten zu können.

Diese Anpassungen betreffen

- die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung in sogenannten „Hochrisikofällen“ bei potentiellen Sexual- und Gewaltstraftätern, bei Nachstellungen mit hohem Schädigungspotential und erforderlichenfalls zur Kontrolle von Kontakt-, Näherungs- und Rückkehrverboten (§ 15b BbgPolG),
- die Anordnungen der Wohnungsverweisung und des Rückkehrverbotes bereits bei konkreten Gefahren und mit verlängerter Höchstfrist von zwei Wochen anstelle der bislang normierten zehn Tage (§ 16a Absatz 1 und 5 BbgPolG),
- anstelle der bloßen Beratung durch Polizeivollzugsbeamte vor Ort eine polizeilich zur Gefahrenabwehr veranlasste Kontaktaufnahme durch eine Beratungsstelle (§ 16a Absatz 4 BbgPolG),

- die Unterstützung bei der alternativen Unterbringung gefährdeter Personen in Schutzeinrichtungen (§ 16a Absatz 8 BbgPolG),
- die Möglichkeit zur Erteilung von Kontaktbeschränkungen (§ 16b BbgPolG),
- die Möglichkeit zur Erteilung von Verhaltensauflagen für potentielle Straftäter häuslicher Gewalt in Form der Beschränkungen für den Aufenthalt in der Wohnung unter Einfluss alkoholischer Getränke in Form der verpflichtenden Teilnahme an Gewaltpräventionsberatungen (§ 16c BbgPolG),
- die Absicherung der Anordnungen durch Aufnahme entsprechender Bußgeldtatbestände (§ 16d BbgPolG),
- die Erweiterung des Schutzgewahrsams für eine Ordnungswidrigkeit nach § 16d BbgPolG (§ 17 Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG),
- Erweiterung der polizeilichen Möglichkeiten zum Opferschutz in sogenannten „Hochrisikofällen“ außerhalb der Anwendungsmöglichkeiten nach dem Zeugenschutzharmonisierungsgesetz (§ 35a und b BbgPolG),
- Befugnisse zur Einschränkung der Verwendung personenbezogener Daten zum Zwecke des Opferschutzes (§ 35b BbgPolG und § 11a KitaG),
- die Bündelung der Interventionsmöglichkeiten der Ordnungsbehörden durch Verweis auf die §§ 16a und b sowie 16d BbgPolG (§ 23 OBG),
- die Verbesserung der Hinweislage durch Einbeziehung weiterer Instanzen sozialer Kontrolle durch Schaffung einer Hinweismöglichkeit zu Verdachtslagen häuslicher Gewalt für Notfallsanitäterinnen und -sanitäter, Rettungsassistentinnen und -assistenten (in den Grenzen der gesetzlichen Befristung gemäß § 6 Absatz 7 LRDPV sowie Notärztinnen und Notärzte (§ 19a BbgRettG) und

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes)

Artikel 1 sieht Änderungen des Polizeigesetzes vor, in dem bestehende Regelungen angepasst und weitere Eingriffsbefugnisse zur Verhinderung von Gewalt insbesondere gegen Frauen und häuslicher Gewalt geschaffen werden. Für die hier erfassten Regelungen im Landesrecht dürften die bundesrechtlichen Regelungen des Gewaltschutzgesetzes keine Sperrwirkung entfalten, da es sich um zeitlich eng begrenzte Maßnahmen der polizeilichen Gefahrenabwehr handelt.

Nach Artikel 70 Absatz 1 GG haben die Länder das Recht zur Gesetzgebung, soweit das Grundgesetz nicht dem Bund Gesetzgebungsbefugnisse zuweist. Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung sind die Länder nach Artikel 70 und Artikel 72 Absatz 1 GG zur Gesetzgebung nur dann befugt, solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungsbefugnis keinen abschließenden Gebrauch gemacht hat. „Gebrauch“ im Sinne von Artikel 72 Absatz 1 GG macht der Bundesgesetzgeber nur, solange und soweit er für die betreffende Materie eine erschöpfende Regelung trifft oder treffen will. Dies ist vorliegend mit dem Gewaltschutzgesetz

nicht der Fall, soweit es um erforderliches sofortiges Einschreiten der Polizei geht. Der Gesetzesbegründung des Gewaltschutzgesetzes (GewSchG) ist zu entnehmen, dass zivilrechtlicher Rechtsschutz nach dem GewSchG „in den Fällen der häuslichen Gewalt nicht weiter [hilft], in denen ein sofortiges Einschreiten erforderlich ist“ (BT-Drs. 14/5429, S. 23 f.) und dass in solchen Fällen polizeiliche und polizeirechtliche Eingriffsmöglichkeiten „begleitend zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes [...] ausgestaltet und eingesetzt werden können“ (vgl. BT-Drs. 14/5429, S. 24).

Die polizeilichen Eilmaßnahmen dienen vor bzw. bis zur Erreichung des zivilrechtlichen Schutzes gerade der Abwehr der Gefahren, vor denen auch das Gewaltschutzgesetz schützen soll. Die Annahme einer über das Gewaltschutzgesetz vermittelten vollständigen Sperrwirkung gegenüber landesrechtlichen Regelungen würde dem Zweck desselben zuwiderlaufen, nämlich den Schutz vor Gewalt in sozialen Näheverhältnissen zu verbessern (vgl. zur Frage der Sperrwirkung bereits VGH Mannheim, Urteil vom 22.7. 2004 – 1 S 2801/03 BeckRS 2004, 24262; BeckOK PolR Bayern/Grünwald PAG Art. 16 Rn. 59). Daher sind die nachfolgenden Änderungen bzw. Maßnahmen im Polizeigesetz, soweit diese mit solchen nach dem Gewaltschutzgesetz vergleichbar sind, in zeitlicher Hinsicht auf eine möglichst schnelle und dabei gegenüber Anordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz auch zeitlich beschränkte Krisenintervention hin begrenzt.

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Die Inhaltsübersicht wird entsprechend den weiteren Änderungen in Artikel 1 angepasst.

Zu Nummer 2 (§ 8)

Hinsichtlich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 GG hat das Bundesverfassungsgericht die Anwendbarkeit des Zitiergebots nicht mehr kategorisch ausgeschlossen (BVerfG, Beschluss vom 01. Dezember 2020 – 2 BvR 916/11 –, Rn. 231 und insb. 341, vgl. dazu auch Muckel, JA 2021, 347 ff, [351], Sachs JuS 2021, 472 ff, [475]). Die Eingriffsbefugnisse im Polizeigesetz greifen in dieses Recht ein. Die Aufzählung wurde daher zur Klarstellung entsprechend ergänzt.

Zu Nummer 3 (Einführung des § 15b)

Ergebnis der Auswertung des Gutachtens zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (vgl. dort die Feststellungen im Gutachten „Istanbul-Konvention“, Seite 35 und 107) ist, dass für sogenannten Hochrisikofälle spezielle personenbezogene Maßnahmen erforderlich sind, die eine bessere Kontrolle gewalttätiger Person ermöglichen.

Durch die Regelung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (eAÜ) wird die Polizei im Land Brandenburg dazu ermächtigt, den Aufenthaltsort einzelner Personen elektronisch zu überwachen (Absatz 1). Damit wird ihr ein weiteres Instrument an die Hand gegeben, um Personen, von denen eine Gefahr für hochwertige Rechtsgüter ausgeht, zu überwachen, durch den Beobachtungsdruck in ihren Handlungsmöglichkeiten zu beschränken und an der Begehung der benannten Straftaten zu hindern. Dabei gilt, dass eine eAÜ nur in sogenannten Hochrisikofällen angewandt werden soll. Die hohen Anforderungen in Absatz 1 gewährleisten, dass es sich beim Einsatz einer eAÜ um eine „Ultima Ratio“ handelt.

Bislang kam für die dauerhafte Feststellung des Aufenthaltsortes von Personen in den Konstellationen, die nun von § 15b Absatz 1 BbgPolG erfasst werden, als polizeitaktisch gleichgerichtetes Mittel im Brandenburgischen Polizeigesetz nur die als verdeckte Maßnahme ausgestaltete vorübergehende Observation nach § 32 Absatz 1 BbgPolG oder eine „offene Begleitung“ gemäß § 10 Absatz 1 BbgPolG in Verbindung mit einer analogen Anwendung der Verfahrensregeln des § 32 BbgPolG in Betracht. Diese Maßnahmen sind bei zunehmender Dauer mit erheblichen Rechtsunsicherheiten belastet.

Anhand der übermittelten Standortdaten kann ein Interventionsbedarf unmittelbar festgestellt und das Erforderliche veranlasst werden. Dies ist mit der Kenntnisnahme im Zuge der offenen Begleitung in Teilen vergleichbar.

Der Einsatz der eAÜ ist gegenüber einer offenen polizeilichen Begleitung oder einer verdeckt durchgeführten Observation als grundrechtlich milderer Mittel einzustufen, da der Umfang an zu erhebenden personenbezogenen Daten erheblich geringer ist und entgegen der offenen Begleitung nicht die Gefahr einer Stigmatisierung der betroffenen Person und ihres sozialen Umfeldes besteht. Durch das Tragen des mittels Fußbandes angelegten Sendegerätes wird die eigenverantwortliche Lebensgestaltung in der Gesellschaft nicht wesentlich erschwert (vgl. zu dieser Tatsachenfeststellung: BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 01. Dezember 2020 – 2 BvR 916/11 –, Rn. 293). Die mit der eAÜ gleichsam verbundenen Einschränkungen der allgemeinen Handlungsfreiheit sind zum Schutz hochrangiger Rechtsgüter, wozu neben den Rechtsgütern Leib, Leben und Freiheit auch die sexuelle Selbstbestimmung Dritter zu zählen ist, auch im Vorfeld einer konkreten Gefahr verfassungsrechtlich grundsätzlich möglich (vgl. BVerfG a. a. O. Rn. 205 ff, 280, 366).

Absatz 1

In Absatz 1 erhält die Polizei die Befugnis, eine Person zu verpflichten, ein technisches Mittel, mit dem der Aufenthaltsort dieser Person elektronisch überwacht werden kann, anlegen zu lassen, es ständig in betriebsbereitem Zustand am Körper bei sich zu führen und dessen Funktionsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen.

Das Ziel der Maßnahme ist es, diese Person von der Begehung bestimmter Straftaten oder der Zuwiderhandlung gegen eine Anordnung nach § 16a oder § 16b BbgPolG abzuhalten, indem die Person ständig überwacht wird und ggf. die Straftat durch einen gezielten Zugriff verhindert werden kann. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung erhöht für die betroffene Person gleichzeitig das Risiko, bei der Begehung von Straftaten entdeckt zu werden und soll durch das Bewusstsein, dass der eigene Aufenthalt dauerhaft überprüft wird, von der Begehung einer entsprechenden Tat abschrecken.

Um die Grenzen der Verhältnismäßigkeit zu wahren, ist eine solche Maßnahme erst zu treffen, wenn andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht erfolversprechend erscheinen.

Ein solcher Fall der Unerlässlichkeit liegt vor, wenn die Umstände des Falles und/oder die vorliegenden Erkenntnisse über die beteiligten Personen zu der begründeten Annahme führen, dass trotz anderweitig getroffener Maßnahmen die Gefahr fortbesteht, d. h. ein Gefährdungsüberhang festgestellt werden kann. Dies kann sich zum Beispiel im Bereich der häuslichen Gewalt oder bei sogenannten Stalking-

Sachverhalten ergeben, wenn bei einer gewalttätigen Person eine Wohnungsverweisung, ein Rückkehr- bzw. Annäherungsverbot oder eine temporäre Ingewahrsamnahme nicht zum Erfolg geführt haben. Dies trifft auch auf Konstellationen zu, in denen ein Kontakt- oder Näherungsverbot nicht geeignet ist, weil die anzunehmende Täterpräferenz eine konkrete Bestimmung gefährdeter Personen oder potentieller Tatorte nicht zulässt.

Kriterien zur Beurteilung des Gefährdungsüberhangs können sich unter anderem aus einer Einschätzung der Persönlichkeit, der Lebensumstände dieser Person und deren Eingebundenheit in soziale Kontrollsysteme (zum Beispiel berufliche Tätigkeit, Vereine, Familie etc.), etwaiger Vortaten sowie ihrer tatsächlichen Möglichkeiten zur Tatbegehung ergeben.

Die in Absatz 1 festgelegten Pflichten schließt die Pflicht, den Akku des am Körper mitzuführenden Gerätes regelmäßig aufzuladen, mit ein. Absatz 1 sieht drei sich einander nicht vollständig ausschließende Varianten für die Anordnung einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung vor.

Absatz 1 Nummer 1

Im konkreten Einzelfall kann gemäß Nummer 1 eine Person mittels einer eAÜ überwacht werden, um diese von der Begehung einer Straftat nach den §§ 176, 176a, 176b, 177, den §§ 182, 211, 212, 223 in Verbindung mit 224, 226, sowie, 239b des Strafgesetzbuchs abzuhalten, wenn bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierten Weise eine solche Straftat begehen wird.

Die Voraussetzungen lassen sich in drei Bereiche aufteilen. Zunächst müssen polizeiliche Erkenntnisse eine grundsätzliche Gefährlichkeit der Person zur Begehung schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten begründen (Nummer 1 Buchstabe a und b). Aufsetzend auf dieser Prognose bedarf es bestimmter Tatsachen, wonach sich die Person mit der Ausführung einer solchen Straftat konkret trägt (Nummer 1 Buchstabe c). Als dritte Voraussetzung muss die Anordnung zur Verhinderung einer solchen Straftat unerlässlich sein (Nummer 1 Buchstabe d).

Die Auswahl der Straftatbestände in Nummer 1 Buchstabe b lehnt sich dabei zunächst an die Katalogtaten des § 66 Absatz 3 Satz 1 StGB an. Sie wird um Nichtkatalogtaten (§§ 176, 177 Absatz 1, und 239b StGB) ergänzt, soweit diese im Zusammenhang mit Gewalt insbesondere gegen Frauen und Kindern von praktischer Bedeutung sein können. Die benannten Straftatbestände dienen dem Schutz hinreichend gewichtiger Rechtsgüter (vgl. zu diesem BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 01. Dezember 2020 - 2 BvR 916/11 -Rn. 275, 277), nämlich Leib (§§ 177, 223 in Verbindung mit 224, 226 StGB), Leben (§§ 211, 212 StGB), Freiheit (§§ 177, 239b StGB) und der sexuellen Selbstbestimmung (§§ 176, 176a, 176b, 177) und beziehen sich auf die Verhinderung von Straftaten mit großem Gewicht (vgl. BVerfG a. a. O Rn. 306).

Die Zusammenstellung der Straftaten orientiert sich konzeptionell an der Zielrichtung dieses Gesetzes und richten sich an dem Bedrohungsszenario interpersoneller Gewalt zu Lasten einer Person aus, die ihrem Täter oder ihrer Täterin zuvor fremd ist (zu dieser Voraussetzung Nummer 1 Buchstabe c). Kennzeichen solcher Gefahrenlagen ist, dass die Auswahl der Opfer in der Regel im öffentlich zugänglichen

Raum und dabei zufällig oder symbolhaft (z. B. in Folge bestimmter Einstellungsmuster wie eine extreme Form der Misogynie) erfolgt, sodass polizeiliche Maßnahmen zur Tatverhinderung nur täter- bzw. täterinnenbezogen erfolgen kann.

Der Anwendungsrahmen der Nummer 1 wird sich daher auf wenige sog. Hochrisikofälle beschränken. Die Zielgruppe steuerungs- und einsichtsfähiger potentieller Straftäter oder Straftäterinnen beschränkt sich auf eine kleine Gruppe hochgefährlicher Personen. Denn als weitere Voraussetzung sind polizeiliche Erkenntnisse zu entsprechenden Vortaten der Person, zu ihren individuellen Verhaltensweisen sowie zu sie betreffende Lebensumstände erforderlich (Nummer 1 Buchstabe a und b). Im Rahmen einer einzelfallbezogenen Gesamtwürdigung anhand anerkannter Prognoseinstrumente und -methoden müssen diese Tatsachen die Annahme einer wesentlich erhöhten Wahrscheinlichkeit der künftigen Begehung solcher Straftaten (Kriminalprognose) begründen.

Zukünftiges menschliches Verhalten lässt sich kaum mit absoluter Sicherheit vorhersagen. Die – nahezu immer gegebene – bloße Möglichkeit einer zukünftigen Straftatbegehung reicht daher für eine Annahme nicht aus, weshalb mit der Begriffskombination „wesentlich erhöhte Wahrscheinlichkeit“ in Nummer 1 Buchstabe b klargestellt wird, dass der Eingriff eine Wahrscheinlichkeit höheren Grades erfordert, dass die Person in ihrer aktuellen Lebenslage gefährlich ist.

Dabei sind sämtliche der Polizei zugänglichen Erkenntnisse auf ihre Relevanz für Risiko- als auch Schutzfaktoren hin auszuwerten. Die Relevanz einer Information orientiert sich dabei an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu Merkmalen mit hoher prädiktiver Validität für die Erstellung einer Kriminalprognose zur Begehung von schweren Sexual- und Gewaltstraftaten (z. B. static 99).

Die polizeilichen Erkenntnisse zu etwaigen Vortaten erstrecken sich dabei im Sinne einer Tathergangsanalyse auf die Tatdurchführung, das Vor- und Nachtatverhalten, die Opferauswahl, das Annäherungs- und Kontrollverhalten, den sogenannten Modus Operandi als funktionaler Mitteleinsatz zur effektiven Tatdurchführung und der Erschwerung der strafrechtlichen Verfolgung der Tat, Opfercharakteristika, wie das Alter, Geschlecht oder die Täter-Opfer-Beziehung.

Individuelle Verhaltensweisen (Nummer 1 Buchstabe b) sind solche das Verhalten der Person betreffenden Tatsachen, die in keinem engen Zusammenhang zu einer nach polizeilichen Erkenntnissen anzunehmenden Vortat stehen, gleichwohl zur Bestimmung der Gefährlichkeit einer Person nach wissenschaftlichem Erkenntnisstand prognoserelevant sind, wie eine antisoziale Einstellung, Rauschgiftkonsum, Egozentrik, Mangel an Empathievermögen.

Die Person betreffenden Lebensumstände (Nummer 1 Buchstabe b) erfassen situative als auch biographische Faktoren (z. B. Verlust des sozialen Haltes durch Trennung, Arbeitsplatzverlust, Suchtrückfall). Denkbar sind z.B. Konstellationen, in denen bei einer Person die Führungsaufsicht aufgrund einer günstigen Prognose beendet wurden, die dabei relevanten protektiven Faktoren Jahre später hingegen entfallen und ggf. sogar weitere Risikofaktoren hinzugetreten sind.

Die unter Nummer 1 Buchstaben a Doppelbuchstaben aa und bb aufgeführten polizeilichen Erkenntnisse betreffen die kriminelle Vorgeschichte der Person, wobei eine Verurteilung eben nicht zwingende Voraussetzung ist und darüber hinaus auch

die Berücksichtigung von Straftaten und diesbezüglichen Verurteilungen in anderen Staaten ermöglicht (dazu nachfolgend unter Absatz 1 Nummer 2).

Die unter Buchstabe a Doppelbuchstabe aa aufgeführten Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erfordert mindestens eine sog. „hands on“-Straftat, also eine Straftat bei der es zu einem Körperkontakt mit dem Opfer gekommen ist. Die weitere Straftat kann auch ohne unmittelbaren Körperkontakt erfolgt sein. Dazu zählen insbesondere Straftaten nach den §§ 176a/b und e sowie die §§ 184 ff, StGB.

Die unter Buchstabe a Doppelbuchstabe bb aufgeführten Straftaten sollen ebenfalls die kriminelle Vorgeschichte zu Aspekten einer Verknüpfung von sexueller Devianz einerseits und einer Gewaltbereitschaft andererseits berücksichtigen.

Die nach Aktenlage durchzuführende Gefährlichkeitsprognose muss sämtliche nach wissenschaftlichen Erkenntnissen notwendige Informationen berücksichtigen („sowie“). Die Begriffskombination „im konkreten Einzelfall“ sichert dabei ab, dass neben dem statistischen Verfahren auch eine regelgeleitete Einzelfallprüfung zur Einschätzung der Person erfolgen muss, sodass Prognosefehler erkennbar werden und die Wahrscheinlichkeit von sog. Prognoseirrtümern (sog. falsch-positive als auch falsch-negative Fälle) auf einem möglichst niedrigen Niveau gehalten wird. Derartige Verfahren werden in der Praxis unter wissenschaftlicher Begleitung aus dem Strafvollzugs- und Maßregelvollzugskontext heraus zu adaptieren sein und bilden in der einzelfallbezogenen Gefährdungsbewertung einen Analysebaustein im diesbezüglichen polizeilichen Risikomanagement.

Erforderlich für die eAÜ ist damit das Bestehen einer vorrangig in personeller Hinsicht konkretisierten Gefahr, zu deren Abwehr kein gegenüber dem Einsatz der eAÜ als Überwachungsmittel milderer polizeiliches Mittel in Betracht kommen darf und dabei die Überwachung selbst „unerlässlich“ sein muss.

Die Anforderungen an die eingriffsbegründende Gefahrenlage entsprechen den vom Bundesverfassungsgericht im Rahmen des § 20k BKAG a. F. formulierten Mindestanforderungen (BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 20. April 2016 – 1 BvR 966/09 –, Rn. 112 und 213) für eine solche Maßnahme zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter, indem der Verdacht für eine hinreichend konkretisierte Gefahrenlage Voraussetzung ist (vgl. zuletzt BVerfG, Beschluss vom 27. Mai 2020 – 1 BvR 1873/13 1 BvR 2618/13, (Bestandsdatenauskunft II), Rn. 147 ff.). Der dabei vom Bundesverfassungsgericht bei der Verhinderung von Straftaten des internationalen Terrorismus definierte Maßstab ist grundsätzlich auch auf in der Bekämpfungslage vergleichbar schwierig zu verhindernde Kriminalitätsphänomene übertragbar (vgl. Saarl. VerfGH Beschl. v. 22.4.2022 (Lv – 1/21) Seite 52, Leisner-Egensperger, DÖV 2018, S. 677 [682], für das Land Baden-Württemberg § 49 PolG BW, Möstl, GSZ 2021, Seite 89 ff, [93], Thiel Stellungnahme an den Landtag NRW Drs. 17/651 Seite 5 f.).

Das Bundesverfassungsgericht hat die o. g. Gefahrenschwellen auch selbst auf Gefahren außerhalb solcher des internationalen Terrorismus angewandt (vgl. BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 27. Mai 2020 – 1 BvR 1873/13 – Rn. 149, vgl. auch Bäcker Liskén/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 7. Auflage 2021 Abschnitt D, Rn. 270). Dementsprechend hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss des Zweiten Senats vom 01. Dezember 2020 (- 2 BvR 916/11 -), den Einsatz der elektronischen Aufenthaltsermittlung (eAÜ) im Strafverfahren an diesem

Maßstab entlang geprüft (a. a. O. Rn. 205 und 280), wonach eine „hinreichend konkretisierte Gefahr“ zum Einsatz der eAÜ verfassungsrechtlich ausreicht. In der Konsequenz führt das Bundesverfassungsgericht zu den Voraussetzungen einer eAÜ im vorgenannten Beschluss aus, dass eine konkrete Gefahr zum Einsatz der eAÜ nicht gefordert ist (vgl. BVerfG, a. a. O., Rn. 280 und 366). Da sich die Entscheidung auf die Verhinderung erheblicher Straftaten mittels der eAÜ losgelöst von einem Terrorismusbezug bezog, bestätigt das Bundesverfassungsgerichts damit nochmals, dass es seinen Maßstab der konkretisierten Gefahr nicht allein auf die Verhinderung von Straftaten des internationalen Terrorismus beschränkt sieht.

Der Einsatz der eAÜ ist nur zum Schutz überragend wichtiger oder auch besonders gewichtiger Rechtsgüter, nämlich zur Verhütung schwerer Straftaten, möglich. Damit bleibt die Regelung trotz Herabsenkung der Anforderungen an die Vorhersehbarkeit des schadenstiftenden Kausalverlaufs verhältnismäßig.

Die Voraussetzungen nach Nummer 1 liegen dabei noch oberhalb derer für eine längerfristige Observation nach § 32 Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG, obwohl die Observation als verdeckte und zugleich umfangreichere Befugnis zur Datenverarbeitung vom Bundesverfassungsgericht vergleichsweise als die schwerer wiegende Maßnahme bewertet wird (BVerfG a. a. O. Rn. 297).

Die Befugnis adressiert zum einen nur eine Teilgruppe potentieller Straftäter, die aufgrund bestimmter Tatsachen zu einer Gruppe mit einem hohen Risiko der künftigen Begehung schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten zu zählen sind. Zum anderen ist der als statische Verweisung angelegte Katalog an zu verhindernder Straftaten gegenüber der Gesamtmenge an Straftaten von erheblicher Bedeutung (§ 10 Absatz 3 Satz 1 BbgPolG) enger gefasst und in der Tatbegehungsweise kriminalistisch zusätzlich eingeschränkt auf dem potentiellen Straftäter oder der potentiellen Straftäterin fremde Personen. Die zu verhindernde Straftat muss auch innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierten Weise zu erwarten sein. Hinzu kommt, dass der Einsatz der elektronischen Aufenthaltsüberwachung zur Straftatenverhinderung nicht nur erforderlich, sondern unerlässlich sein muss.

In diesem frühen Stadium der Gefahr, die von der gefährlichen Person ausgeht, sind weder das konkrete Tatopfer, die konkrete Tathandlung, noch Ort und Zeit bereits konkretisierbar, sondern in sachlicher, zeitlicher und personeller Dimension nur im Ansatz bestimmbar. Dies wird mit den Begriffskombinationen „innerhalb eines übersehbaren Zeitraums“, „zumindest ihrer Art nach konkretisierten Weise eine solche Straftat begehen wird“ sowie der Notwendigkeit, dass es sich um ein der gefährdenden Person zunächst fremdes Opfer handeln muss, in den Voraussetzungen deutlich. Fremd ist ein künftiges Opfer, wenn die Person dieses vor Tatbegehung nicht länger als 24 Stunden bekannt gewesen ist, sodass Fälle von intrafamiliärem Kindesmissbrauchs (dazu die alternativen Anordnungsmöglichkeiten nach Nummer 3) oder von Partnerschaftsgewalt (dazu die alternativen Anordnungsmöglichkeiten nach Absatz 1 Nummer 2 und 3) nicht unter die Anordnungsvariante der Nummer 1 fallen.

Da sich die Prognose auf „eine solche Straftat“ und nicht auf „solche Straftaten“ beziehen muss, wird deutlich, dass sich im Ansatz auch eine Binnendifferenzierung innerhalb der nach Nummer 1 aufgeführten Straftatbestände bereits anhand der „bestimmten Tatsachen“ ableiten lassen muss.

Dies können polizeiliche Erkenntnisse sein, wonach die betroffene Person eine diesbezüglich bereits im Laufe befindliche Straftatenserie fortsetzen könnte, ohne dass die Erkenntnisse bereits zur Annahme eines hinreichenden Tatverdachts ausreichen, oder Erkenntnissen, die auf eine entsprechende Tatvorbereitung i. S. eines Rückfalls oder einer Tatfortsetzung hindeuten. Auch andere Verhaltensweisen können den Schluss auf eine entsprechende Gefährlichkeit und diesbezügliche Vorbereitung zulassen, ohne dass diese für sich bereits den Anfangsverdacht für eine Versuchsstrafbarkeit bereits ausreichend begründen müssen. Möglich sind auch Zufallsfunde aus verdeckten Maßnahmen oder z. B. anonyme Hinweise in Form von Chatprotokollen aus dem sog. Darknet, wonach die betroffene Person Unterstützung oder Ratschläge zur Tatbegehung (z. B. Bezugsmöglichkeiten für sog. „KO-Tropfen“, Möglichkeiten der Spurenbeseitigung) zu erbitten scheint. Tatsachen können sich auch aus dem Ansprechen von Kindern in sozial stark kontrollierten jedoch atypischen Situationen (z. B. auf den Schulweg, am Spielplatz) ergeben. Erkenntnisse können sich auch aus der Befragung der betroffenen Person selbst gewinnen lassen.

Über diese Voraussetzungen ergibt sich im Verbund mit dem benannten Straftatenkatalog, dass die präventive Anordnung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung erheblichen Einschränkungen sowohl hinsichtlich des Adressatenkreises einer solchen Weisung als auch hinsichtlich der Schwere der zu erwartenden Straftaten unterliegt. Die Streubreite möglicher Anordnungen nach Nummer 1 ist damit sehr gering und betrifft nur sog. Hochrisikofälle, für die das BbgPsychKG aus unterschiedlichen Gründen keine Anwendung findet.

Eine weitere Verengung der Eingriffsvoraussetzungen auf eine konkrete Gefahr im klassischen Sinne würde demgegenüber dazu führen, dass die konkret zu verhindernde Straftat in seinen wesentlichen Zügen bestimmt sein muss, also in absehbarer Zeit die Schädigung einer Person, der diesbezügliche Tatort, die Tatzeit und die Tatbegehungsweise mit hinreichender Wahrscheinlichkeit feststünden. Vor dem Hintergrund der hier im Fokus stehenden Zielgruppe an gefährlichen Personen zu Lasten diesen gegenüber fremden Opfer würde dies nur Störerinnen und Störer erfassen, die sich zur jederzeitigen unmittelbaren Tatausführung erkennbar vorbereiten (z. B. sich mit den notwendigen Tatmitteln auf die Lauer legen, nach Opfern an geeigneten Örtlichkeiten suchen).

In diesen Fallkonstellationen einer konkreten Gefahr käme zum einen das reguläre Verfahren zur Beantragung einer gerichtlichen Anordnung nach Absatz 3 zu spät und die gesetzliche Ausnahmekonstellation der behördlichen Anordnung bei Gefahr im Verzug würde zum praktischen Regelfall. Zum anderen würde in dieser verdichteten Gefahrenlage ein Rückgriff auf die elektronische Aufenthaltsüberwachung mangels Geeignetheit in der Regel ausscheiden (vgl. dazu BeckOK PolR NRW/Barczak PolG NRW § 34c Rn. 17 f.). Denn das stets verbleibende Restrisiko, dass sich ein Störer von dem Umstand seiner nachträglichen Aufenthaltsnachverfolgbarkeit von der Straftatenbegehung nicht abhalten lässt, kann in Abwägung der zu schützenden Rechtsgüter bei einer solchen Erkenntnislage nicht hingenommen werden. In diesen Fällen wird es bereits zuvor im Stadium der konkretisierten Gefahr zu polizeilichen Maßnahmen zum Zwecke der Straftatenverhinderung gekommen sein müssen, ohne dass dies offenbar zur erforderlichen Verhaltensbeeinflussung hat beitragen können. Um die dann notwendige unmittelbare polizeiliche Interventionsmöglichkeit zu Abwehr derart schwerer Straftaten sicherzustellen, wird die Polizei in diesen Fällen zur Sicherung der unmittelbaren Interventionsmöglich-

keit stattdessen auf eine für die Grundrechte der betroffenen Person schwerer wiegende Observation nach § 32 Absatz 1 Nummer 1 oder Nummer 2 BbgPolG oder sogar in letzter Konsequenz auf eine Ingewahrsamnahme nach § 17 Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG wechseln müssen.

Hinzu kommt, dass eine Beschränkung der Nummer 1 auf Fälle der konkreten Gefahr im klassischen Sinne teilweise auch zu Abgrenzungsproblemen im Verhältnis zur Anordnungsvariante der Nummer 3 führen würde. Denn in dem Fall würde von einer bestehenden konkreten Dauergefahr zu Lasten einer der Polizei bereits bekannten Person auszugehen sein, sodass anstelle einer eAÜ nach Nummer 1 zunächst die Anordnung eines Kontakt- und Näherungsverbot nach § 16b BbgPolG als mildere Maßnahme zu nutzen wäre („unerlässlich“).

Weiter ist zu betrachten, dass die in Abhängigkeit von der anzunehmenden Tatbegehungsweise der Beginn der Tatausführung in der Bemächtigungssituation für die Polizei nicht erkennbar sein muss. Zum Beispiel können Störerinnen oder Störer ihre Opfer anlocken und zur weiteren geplanten Tatausführung zunächst an einen dafür geeigneten Tatort verbringen. Für Außenstehende und damit auch die Polizei würde sich die Situation zunächst als sozialadäquat und nicht als konkrete Gefahr darstellen.

Beispielsweise lauerte ein 20-jähriger Täter im Jahr 2014 mehrmals am Fluss Niers (NRW) Mädchen auf und missbrauchte letztlich fünf Opfer. Hierbei fuhr er mit seinem Motoroller die Strecke entlang der Tatorte auf der Suche nach Opfern ab. Mittels des Technikeinsatzes würde dem potentiellen Straftäter erkennbar, dass seine nachträgliche Rückverfolgbarkeit zum letzten bekannten Aufenthaltsort seines potentiellen Opfers bestünde. Der Umstand des scheinbar ziellosen Herumfahrens lässt sich für die Polizei gerade nicht zwingend als Situation der konkreten Gefahr erkennen. Sie kann demnach nicht aktiv rechtzeitig verhindernd eingreifen. Demgegenüber kann das Wissen einer tatgeneigten Person um die Erfassung ihrer Daten dazu führen, dass diese bei einer ansonsten zur Tatbegehung günstigen Situation dennoch nicht zur Tatausführung übergeht, weil sie im Anschluss aufgrund der Datenverarbeitung mit ihrer Entdeckung und dann auch Strafverfolgung rechnen muss.

Absatz 1 Nummer 2

Nach Nummer 2 ist die eAÜ im konkreten Einzelfall zur Abwehr einer konkretisierten Gefahr durch die Begehung einer Straftat nach § 238 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 und Satz 2 Nummer 1 oder 2 oder in Verbindung mit Absatz 3 StGB zulässig, wenn ein diesbezüglicher Gefahrenverdacht („Tatsachen die Annahme rechtfertigen“) vorliegt. Danach können die entsprechenden Maßnahmen auch gegenüber einer Person durchgeführt werden, die nach polizeilichen Erkenntnissen bereits eine Straftat nach § 238 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 und Satz 2 Nummer 1 oder 2 oder in Verbindung mit Absatz 3 StGB begangen hat (Nummer 2 Buchstabe a) und bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie eine weitere Straftat dieser Art nach § 238 StGB, die auch im Einzelfall schwer wiegen muss, begehen wird (Nummer 2 Buchstabe b) und andere Maßnahmen der Gefahrenabwehr nicht oder nicht gleich erfolgsversprechend sind (Nummer 2 Buchstabe c).

Die „polizeilichen Erkenntnisse“ dienen – wie in der Anordnungsvariante nach Nummer 1 - nur als ein Element für eine Prognose über das Bestehen einer Gefahr, die

von der betroffenen Person ausgeht und die es abzuwehren gilt. Neben den „polizeilichen Erkenntnissen“ zu vergleichbaren Tathandlungen nach Buchstabe a müssen zur Annahme der konkretisierten Gefahr zusätzlich „bestimmte Tatsachen“ vorliegen (Buchstabe b). Damit ist sichergestellt, dass allein ein entsprechendes Verhalten der betroffenen Person als Tatsache nicht ausreicht, sondern weitere Tatsachen hinzutreten müssen, die erst im Bündel eine entsprechende Annahme rechtfertigen können. In diesem Zusammenhang können auch Kriminalprognosemethoden und Werkzeuge (z. B. Ontario Domestic Assault Risk Assessment (ODARA)) zur Anwendung kommen, anhand dessen sich die gefahrenbezogene Relevanz bestimmter Tatsachen erst in ausreichendem Maße bestimmen und die Annahme der Gefährlichkeit zusätzlich validieren lässt.

Indem nicht jede Form einer strafbaren Nachstellung, sondern nur die Fallkonstellationen nach § 238 Absatz 2 Satz 1 und Satz 2 Nummer 1 und 2 oder Absatz 3 StGB erfasst sind, wird erreicht, dass mit der Straftatenbegehung die hochwertigen Rechtsgüter Leib und Leben in entsprechend schwerem Ausmaß betroffen sind, sodass die Regelung in Anbetracht des damit verbundenen Eingriffs in die Rechte der betroffenen Person verhältnismäßig ist. Die Einstufung der zu verhütenden erfolgsqualifizierten Straftat des Absatzes 2 als im verfassungsrechtlichen Sinne schwere Straftat findet ihren objektivierten Ausdruck im erhöhten Strafraumen. Dieser sieht eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren vor. Diese Strafanandrohung entspricht der des § 176b StGB und des minderschweren Falles des § 224 StGB. Die zu verhindernde Straftat muss dabei auch im Einzelfall schwer wiegen. Die Beschränkung auf besonders schwere Fälle der Nachstellung verhindert auch ein tatbestandliches Gefälle zu den Voraussetzungen der Nummer 1.

Der in der Begriffsdefinition nach Nummer 1 Buchstabe c enthaltene Zeithorizont eines „übersehbaren Zeitraumes“ kann dabei in Abhängigkeit vom Schadenspotential auch eine Zeitspanne von mehreren Jahren umfassen (vgl. zu § 15 HSOG: BGH Beschl. v. 10.6.2020 – 3 ZB 1/20, BeckRS 2020, 52183 Rn. 51 und zu § 45 BKAG: Schenke/Graulich/Ruthig/Ralf P. Schenke, 2. Aufl. 2018, BKAG § 45 Rn. 9-12). So hat das Bundesverfassungsgericht die Voraussetzung einer konkretisierten Gefahr für die Dauer einer Führungsaufsicht von fünf Jahren (vgl. BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 01. Dezember 2020 – 2 BvR 916/11 –, Rn. 20 f und 366) bejaht. Im Gegensatz zur Nummer 1 wird in der Fallkonstellation der Nummer 2 die zeitliche Dimension der konkretisierten Gefahr innerhalb derer bei ungehindertem Ablauf des objektiv zu erwartenden Geschehens ein Schadenseintritt mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, nicht auf einen „übersehbaren Zeitraum“ hin ausgedehnt. Die Begehung der abzuwehrenden Straftat muss stattdessen bereits in „absehbarer Zeit“ (vgl. Nummer 2 Buchstabe b) drohen.

Mit der gefahrenabwehrenden eAÜ nach § 15b Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG in den Fällen des § 238 Absatz Satz 1 und Satz 2 Nummer 1 und 2 und Absatz 3 StGB besteht nun gegenüber der strafprozessualen Deeskalationshaft eine mildere Möglichkeit zur Abwehr der Gefahr einer fortgesetzten Nachstellung.

Die Anordnung setzt weiter voraus, dass mit anderen Maßnahme der Gefahrenabwehr die Straftatenbegehung nicht oder nicht gleich erfolgsversprechend verhindert werden kann.

Mit Einführung der Befugnis des § 16b BbgPolG (Kontakt- und Näherungsverbot) existiert eine solche Maßnahme, die zumindest im Falle einer örtlich einschränkbarer Gefahrenlage zunächst zur Anwendung kommen könnte und den Anwendungsbereich auf wenige Ausnahmefälle begrenzt.

Die Anordnung einer solchen Maßnahme kann sich, wie auch das Kontakt- und Näherungsverbot nach § 16b BbgPolG, zu Gunsten des Grundrechtsschutzes gefährdender Personen auswirken, da die Anordnung einer Deeskalationshaft nach der Strafprozessordnung voraussetzen würde, dass die mildere Maßnahme einer polizeirechtlichen eAÜ nach Absatz 1 Nummer 2 im konkreten Fall nicht geeignet ist oder nicht realisiert werden kann.

Absatz 1 Nummer 3

Gemäß Absatz 1 Nummer 3 ist eine elektronische Aufenthaltsüberwachung auch dann möglich, wenn Maßnahmen nach § 16a oder b BbgPolG getroffen wurden und eine diesbezügliche begleitende Überwachung erforderlich ist. Der Begriff der „Überwachung“ ist in Abgrenzung zum Begriff der „Kontrolle“ in § 16a Absatz 7 BbgPolG als dauerhafte Kontrolltätigkeit zu verstehen.

Der Eingriffstatbestand der Nummer 3 setzt auf dem Bestehen einer konkreten (Dauer-)Gefahr für hochwertige Rechtsgüter auf, da eine Anordnung nach den §§ 16a oder b BbgPolG zunächst vorliegen muss. Diese Anordnungen nach §§ 16a oder b BbgPolG erfordern bereits eine konkrete Gefahr im tradierten Sinne.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass eine betroffene Person einer Anordnung nach § 16a oder b BbgPolG ggf. sogar verbunden mit einer Zwangsgeldandrohung oder aufgrund der Bußgeldandrohung nach § 16d BbgPolG Folge leisten wird. Diese Vermutung regeltreuen Verhaltens muss der Betroffene aufgrund wiederholter Zuwiderhandlungen gegen eine solche Anordnung in der Vergangenheit erschüttert haben (Nummer 3 Buchstabe a). Mit dem Wort „wiederholt“ wird deutlich, dass ein einmaliger Verstoß insoweit noch nicht ausreicht.

Die Überwachung mittels der eAÜ dient zur Abwehr derselben Gefahr und deckt insoweit aus der Bandbreite möglicher Geschehensabläufe das Risiko ab, dass die bereits ergriffene Maßnahme ungeeignet sein kann, weil sich die betroffene Person andernfalls nicht an die Anordnung halten wird.

Die Anordnung, auf die sich vorherige Zuwiderhandlungen bezogen, muss nicht dieselbe Gefahrenlage bzw. gefährdete Person zum Gegenstand gehabt haben, was mit der Formulierung „einer Anordnung“ anstelle der Begriffskombination „dieser Anordnung“ zum Ausdruck kommt.

Als weitere Tatsache erfordert die Nummer 3 Buchstabe b, dass das individuelle Verhalten der betroffenen Person die konkrete Wahrscheinlichkeit (zur Auslegung vgl. zu § 15 HSOG: BGH Beschl. v. 10.6.2020 – 3 ZB 1/20, BeckRS 2020, 52183) weiterer Zuwiderhandlungen begründet. Somit müssen zusätzliche verhaltensbezogene Tatsachen vorliegen, die die Annahme (Gefahrenverdacht) zulassen, dass die nach § 16a oder § 16b BbgPolG verpflichtete Person der konkreten Anordnung ebenfalls zuwiderhandeln wird und die damit verbundene Rechtsgutsverletzung auch im Einzelfall schwer wiegt. Der zeitliche Rahmen, innerhalb dessen die Zuwiderhandlung zu erwarten steht, ist durch die Dauer des Rückkehr-, oder Kontakt- und Näherungsverbots vorgegeben.

Durch die Voraussetzung einer mit der Zuwiderhandlung verbundenen schwer-wiegenden Rechtsgutsverletzung wird der erforderliche wertungsmäßige Gleichklang zu den Anordnungsvarianten der Nummern 1 und 2 erreicht und ausgeschlossen, dass die eAÜ zum Schutz der Rechtsordnung insgesamt bereits allein zur Verhütung einer Ordnungswidrigkeit nach § 16d Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG angeordnet werden kann.

Begrenzend wirkt sich weiter aus, dass die „Kontrolle auf andere Weise nicht möglich oder wesentlich erschwert sein muss“ (Nummer 3 Buchstabe c). Der Rückgriff auf die elektronische Aufenthaltsüberwachung ist damit nicht ohne weiteres möglich. Vorrang hat eine persönliche stichprobenhafte Kontrolle der Einhaltung der Maßnahmen vor Ort, wie sie in § 16a Absatz 7 und § 16b Satz 2 BbgPolG vorgesehen ist. Der Einsatz der eAÜ erfordert somit den Bedarf für eine dauerhafte Kontrolle. Der Einwand, es herrsche ein genereller Personalmangel um punktuelle Kontrollen durchzuführen, reicht für den Rückgriff auf die elektronische Aufenthaltsüberwachung nicht aus; gleiches gilt für die Erwägung, diese sei gegenüber einer bloß personalen Kontrolle nach § 16a Absatz 7 BbgPolG effektiver.

Im Hauptanwendungsfall werden Personen betroffen sein, bei denen im Zuge des Verstoßes mit der Anwendung erheblicher Gewalt zu Lasten der gefährdeten Person zu rechnen sein wird und daher andernfalls zur Abwehr einer Gefahr i. S. d. § 16a BbgPolG nur eine Ingewahrsamnahme nach § 17 BbgPolG in Betracht käme. Auch diesbezüglich kommt die Inanspruchnahme geeigneter Methoden zur Kriminalprognose wie z. B. ODARA in Betracht.

Absatz 2

Absatz 2 enthält die Rechtsgrundlage für die Erhebung und Speicherung der für die elektronische Aufenthaltsüberwachung erforderlichen Daten durch die Polizei.

Die Verarbeitung umfasst dabei nach Satz 1 grundsätzlich alle Aufenthaltsdaten, einschließlich der Daten über eine Beeinträchtigung der Erhebung. Dieser umfassende Ansatz ist erforderlich, um sämtliche in Satz 3 Nummer 1 bis 4 vorgesehenen Verwendungszwecke zu erfüllen und die mit der Überwachung angestrebten Wirkungen erreichen zu können. Der Befugnis zur Erhebung von Daten über etwaige Beeinträchtigungen bei der Datenerhebung bedarf es nicht nur für eine effektive Gefahrenabwehr, sondern auch, um davon unabhängige Funktionsbeeinträchtigungen erkennen zu können, die zum Beispiel eine Reparatur der vom Betroffenen mitgeführten Geräte erfordern.

Die Sätze 2 bis 7 dienen einem abgestuften Schutz der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung. Sie schreiben vor, dass die betroffene Person in ihrer Wohnung keiner Datenerhebung ausgesetzt sein darf, aus der sich mehr Informationen ergeben als ihre Anwesenheit (Satz 2 und 7 bis 10). Eine genaue Ortung innerhalb der Wohnung ist damit untersagt. Soweit dies technisch möglich ist, dürfen die genannten Aufenthaltsdaten gar nicht erst erhoben werden. Es existieren bereits heute die notwendigen technischen Möglichkeiten (sogenanntes „Home-Unit“), um die Erkenntnisse aus dem Inneren einer Wohnung auf die bloße Anwesenheit des Betroffenen zu reduzieren (sogenannte Präsenzkontrolle).

Sollte technisch ein Ausschluss dieser Daten nicht umgesetzt werden können, darf jedenfalls eine Verwertung dieser Daten nicht erfolgen. Sie sind unverzüglich zu

löschen, sobald eine Kenntnisnahme erfolgt ist, wobei die Tatsachen ihrer Erlangung und Löschung gemäß Satz 8 zu protokollieren sind. Der insoweit bestehende Umfang eines Eingriffs in den Schutzbereich des Artikels 13 Absatz 1 GG wird damit auf ein Niveau herabgesenkt, bei dem das staatliche Schutzinteresse an der Abwehr der benannten Gefahrenlagen überwiegt.

Absatz 2 Satz 3 regelt die einzelnen verarbeitungsbezogenen Verwendungszwecke für die an die Polizei übermittelten Daten.

Satz 3 Nummer 1 gestattet die Verwendung zur Verfolgung einer der in Absatz 1 benannten Straftaten und lässt damit eine Zweckänderung zu, indem vom Landesgesetzgeber zunächst zur Gefahrenabwehr erhobenen Daten für diesen geänderten Zweck der Strafverfolgung freigegeben werden. Es obliegt danach dem Bundesgesetzgeber zu entscheiden, ob diese Daten zu Beweis Zwecken genutzt werden können.

Dient die Anordnung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung der Verhinderung solcher in Absatz 1 benannten Straftaten, so ist die Möglichkeit zur nachträglichen Überprüfbarkeit, ob die Person dennoch eine solche Straftat begangen hat sowie die anschließende Verfolgbarkeit einer solchen Straftat für die verhaltensbeeinflussende Wirkung der Anordnung selbst notwendige Bedingung. Die Zweckänderungsmöglichkeit verfolgt daher nicht vorrangig der Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs bei schweren Gewalt- oder Sexualstraftaten, sondern weiterhin die präventiven Zwecken nach Absatz 1 (vgl. zu dieser Erwägung vgl. BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 01. Dezember 2020 - 2 BvR 916/11 -, Rn. 302 f).

Mit Ausnahme der Straftaten nach § 177 Absatz 1 sowie § 238 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 oder 2 oder mit Absatz 3 StGB sind die übrigen Straftatbestände auch bei der strafprozessualen eAÜ im Verweis des § 463a Absatz 4 Satz 2 Nummer 5 StPO auf § 66 Absatz 3 Satz 1 StGB enthalten. Das Bundesverfassungsgericht hat diesbezüglich die zweckändernde Regelung in Anbetracht der Schwere der Straftaten bereits als verhältnismäßig angesehen (BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 01. Dezember 2020 - 2 BvR 916/11 -, Rn. 303 und 308). Hinsichtlich der übrigen Straftaten ist zu beachten, dass die Regelung des § 463a Absatz 4 Satz 2 Nummer 3 StPO die Nutzbarkeit der Daten zur Strafverfolgung wegen des Tatverdachts nach § 145a StGB und damit auch zur Verfolgbarkeit von Weisungsverstößen zulässt. Diesbezüglich hat das Bundesverfassungsgericht (a. a. O. Rn. 302) die weitere zweckändernde Nutzbarkeit im Hinblick auf die Erreichung des gefahrenabwehrenden Zwecks der Anordnung selbst ebenfalls für zulässig angesehen. Dieselbe Wertung greift auch bei Anordnungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2, da diese der Verhinderung der Straftaten nach § 177 Absatz 1 oder § 238 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 oder 2 oder mit Absatz 3 StGB dienen sollen. Im Übrigen handelt es sich dabei bereits um Straftaten mit einer Strafandrohung von bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe und damit um solche von erheblichem Gewicht.

Nach Nummer 2 dürfen die Daten auch zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit oder sexuelle Selbstbestimmung Dritter verarbeitet werden. Derartige Gefahrenlagen können sich zum Beispiel im Zusammenhang mit einer polizeilichen Intervention ergeben, indem ein Täter im Rahmen einer Flucht eine ggf. sogar mobile Geisellage herbeiführt oder zur Verdeckung seiner Handlung ein Opfer schwer zu schädigen droht oder in den Fällen

des Absatzes 1 Nummer 2 oder 3 sich seines Opfers im Wege einer Entführung bemächtigt. Zur Abwehr bereits stattfindender oder unmittelbar bevorstehender Schädigungen hochwertiger Rechtsgüter muss daher die Verarbeitung ohne Beschränkung auf bestimmte strafbare Geschehensabläufe möglich sein. Der verarbeitungsbezogene Grundrechtseingriff ist zu diesem Zweck auch verhältnismäßig (vgl. zum regelungsgleichen § 463a Absatz 4 Satz 2 Nummer 4 BbgPolG: BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 01. Dezember 2020 - 2 BvR 916/11 -, Rn. 302 und 307).

Nach Nummer 3 dürfen die Daten auch zur Feststellung von Verstößen gegen ein gefahrenabwehrrechtliches Rückkehrverbot (§ 16a BbgPolG) oder Kontakt- und Näherungsverbote (§ 16b BbgPolG) verwendet werden. Dies entspricht dem Verwendungszweck nach Absatz 1 Nummer 3.

Nach Nummer 4 dürfen die Daten auch zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der technischen Mittel verwendet werden. Die Regelung gestattet die Verwendung von Daten, die auf eine nicht vom Betroffenen zu vertretende Funktionsbeeinträchtigung hinweisen, um diese – zum Beispiel durch Austausch der vom Betroffenen mitgeführten Geräte – beseitigen zu können. Denn die Überprüfung der Funktionsfähigkeit der eingesetzten Geräte ist Grundvoraussetzung für eine Nutzung der Daten nach den Nummern 1 bis 3.

Die Verwendung der Daten für die vorgenannten Zwecke stellt einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar, der verhältnismäßig ist.

Sie verfolgt allein den Zweck, Gefahren für hochrangige Rechtsgüter (Leib, Leben, sexuelle Selbstbestimmung oder persönliche Freiheit Dritter) abzuwehren oder schwer wiegende Straftaten, die in diese Rechtsgüter eingreifen, zu verhindern bzw. nachrangig auch zu verfolgen und damit einem überragenden Gemeinwohlinteresse.

Satz 3 stellt im Übrigen klar, dass die erhobenen Daten über die in den Nummern 1 bis 4 genannten Fälle hinaus mit Einwilligung der betroffenen Person auch für sonstige Zwecke verwendet werden dürfen. In Betracht kommt etwa eine Verwendung zur Aufklärung anderer Straftaten.

Die Datenerhebung und -speicherung hat automatisiert zu erfolgen. Automatisiert ist eine Datenverarbeitung, wenn sie durch den Einsatz eines gesteuerten technischen Verfahrens selbstständig ablaufen kann (§ 2 Nummer 2 Satz 2 des Brandenburgischen Polizei- Justizvollzugs- und Maßregelvollzugsdatenschutzgesetzes). Dies soll – zusammen mit der Vorgabe in Satz 4 und 5 – die Einhaltung der unterschiedlichen Verwendungszwecke sichern und gewährleisten, dass die Polizei grundsätzlich nur die Daten zur Kenntnis nehmen kann, die für die Erfüllung dieser Zwecke erforderlich sind.

Gemäß Satz 5 sind die nach Satz 1 erhobenen und gespeicherten Daten gegen unbefugte Kenntnisnahme besonders zu sichern, um eine Einhaltung der Zweckbindung nach Satz 3 zu gewährleisten.

Gemäß Satz 6 sind die Daten spätestens zwei Monate nach Beendigung der Maßnahme zu löschen, soweit sie nicht für die in Satz 3 genannten Zwecke verwendet werden. Dabei handelt es sich um eine Höchstfrist und bedeutet nicht, dass sämtli-

che Daten der betroffenen Person noch über das Maßnahmenende hinaus gespeichert werden können. Der konkrete Bedarf zur Speicherung der Daten orientiert sich am taktischen Einsatzszenario. Steht die Abschreckungswirkung im Vordergrund, so werden die Daten nicht dauerhaft gerastert, sondern nur anlassbezogen (zum Beispiel aufgrund eines Notrufes einer gefährdeten Person) zur Lokalisierung für eine polizeiliche Intervention herangezogen.

Die längere Speicherdauer erhöht die abschreckende Wirkung der eAÜ dahingehend, dass der Täter mittels dieser Daten auch nach Beendigung einer Straftat tatsächlich ermittelt werden könnte. Von der Glaubhaftigkeit dieses Verwendungsszenarios her bestimmt sich der Grad der Abschreckung. Müssten die Daten stattdessen unmittelbar nach Abschluss der Maßnahme vollständig gelöscht werden, verlöre die eAÜ zum Ende der angeordneten Laufzeit sukzessive ihre polizeilich intendierte verhaltensbeeinflussende Wirkung, indem der Täter die Entdeckung seiner Tat entsprechend kurzzeitig hinauszögern könnte, bis die Daten gelöscht sind.

Die Sätze 7 und 8 enthalten Regelungen für den Fall, dass innerhalb der Wohnung der betroffenen Person über den Umstand ihrer Anwesenheit hinausgehende Aufenthaltswohnungsdaten erhoben werden. Nach Satz 7 dürfen diese nicht weiterverarbeitet werden. Dies bedeutet, dass die Daten nach der Erhebung nicht geändert, verwendet oder übermittelt werden dürfen und unverzüglich nach Kenntnisnahme zu löschen sind. Satz 8 bestimmt, dass die Tatsache ihrer Erlangung und Löschung zu dokumentieren ist. Diese Dokumentation darf nach Satz 9 ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. Nach Satz 10 sind die Daten nach 24 Monaten oder im Falle einer Datenschutzkontrolle innerhalb dieses Zeitraums nach deren Abschluss zu löschen.

Satz 11 überträgt die Vorgaben der Sätze 2 und 7 bis 10 auf weitere Daten außerhalb der Wohnung, soweit durch die Datenerhebung nach Satz 1 der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen ist.

Absatz 3

Die Maßnahme erfolgt nach Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 1 durch richterliche Anordnung auf Antrag der Behördenleiterin oder des Behördenleiters oder deren Vertretung. Damit sieht die Norm aufgrund der Eingriffstiefe, neben einem Richtervorbehalt, auch einen Behördenleitervorbehalt vor.

Mit Satz 1 Halbsatz 2 wird die notwendige Regelung getroffen, um der Polizei bei Gefahr im Verzug für Ausnahmefälle auch kurzfristig erste Handlungsmöglichkeiten, wie sie auch aus vergleichbaren bestehenden Ermächtigungsgrundlagen bekannt sind, einzuräumen. Die Eilbefugnis steht grundsätzlich nur der jeweiligen Behördenleitung offen; aus Gründen der Praktikabilität und der fachlichen Zuständigkeiten ist jedoch eine Delegation der Befugnis auf die jeweilige Vertretung möglich, die jedoch in engem Benehmen mit der Behördenleitung zu handeln hat. Aufgrund der Eingriffstiefe hebt diese Regelung den Richtervorbehalt nicht vollständig auf, sondern gibt der Polizei lediglich die Möglichkeit, unmittelbar auf dynamische Sachverhalte zu reagieren. Eine Bestätigung des Gerichts bzgl. der Anordnung der Polizei wegen Gefahr im Verzug (§ 33b Absatz 6 Satz 4 Halbsatz 2 BbgPolG) muss anschließend innerhalb einer kurzen Frist erfolgen. Gemäß Satz 5 tritt die erstmalige Anordnung oder deren Verlängerung spätestens mit Ablauf des dritten Tages außer Kraft, wenn sie bis dahin nicht richterlich bestätigt wurde. Die Daten sind in diesem Fall unverzüglich zu löschen und im Übrigen nicht zu verarbeiten (Satz 6).

Für eine effektive Gefahrenabwehr kann nach Satz 4 von einer Anhörung der betroffenen Person abgesehen werden, wenn andernfalls der Zweck der Maßnahme gefährdet werden würde, ohne dass dies durch andere weniger eingriffsintensivere Maßnahmen kompensiert werden kann. Denkbar ist dies zum Beispiel bei potentiellen Straftäterinnen und Straftätern, die aufgrund schwerer psychischer Störungen (zum Beispiel Sadismus) angesichts einer eAÜ ihren Handlungsphantasien erst Recht nachgeben werden, bevor die polizeiliche Überwachung dies verhindern könnte oder bei sog. Stalkern, die sich für die polizeiliche Maßnahme der eAÜ als empfundene Sanktionierung nun beim Stalkingopfer „rächen“ wollen. Ein Absehen von der Anhörung ist dabei im Spannungsverhältnis zur Prognosegrundlage zu betrachten. Je geringer die Tatsachengrundlage ist, desto eher wird eine Anhörung unter Inkaufnahme einer Gefährdung des Zwecks zu erfolgen haben.

Die gerichtliche Anordnung muss schriftlich erfolgen, die vorgegebenen Mindestinhalte aufweisen und hinreichend begründet werden (Satz 7). Unter den Begriff der Anordnung fallen die erstmalige Anordnung der Maßnahme und auch deren Verlängerung. Mit der Begriffskombination der „richterlichen Entscheidung“ in Satz 8 sind sowohl die richterliche erstmalige Anordnung der Maßnahme und deren Verlängerung, als auch die nachträgliche Bestätigung einer polizeilichen Anordnung oder Verlängerung erfasst.

Die Maßnahme ist nach Satz 10 entsprechend § 28c Absatz 4 Satz 2 f. BbgPolG ebenfalls aus Gründen der Verhältnismäßigkeit auf höchstens drei Monate mit der Möglichkeit der Verlängerung (Satz 8 und 9) zu befristen. Die Verlängerung der Maßnahme bedarf einer erneuten richterlichen Anordnung, sodass es zu einer erneuten vollumfänglichen richterlichen Überprüfung der Maßnahme kommt.

Absatz 4

Absatz 4 Satz 1 regelt innerhalb des Schrankenvorbehalts des Artikel 13 Absatz 7 GG klarstellend die Befugnis der Polizei, die Wohnung des Betroffenen zur Aufstellung einer Heimeinheit (sogenannte „Home Unit“) betreten zu dürfen.

Sobald die betroffene Person mit der am Körper getragenen Überwachungseinheit innerhalb des Radius von durchschnittlich 30 Metern um die sog. „Home Unit“ gelangt, nehmen beide Geräte über Radiofrequenz-Technik eine Funkverbindung auf. Die Verbindungsaufnahme bewirkt, dass GPS-Empfang innerhalb der Wohnung blockiert wird und noch die Anwesenheit innerhalb des Radius festgehalten wird.

Nicht in jedem Fall wird der Bedarf für eine Aufenthaltsbestimmung der betroffenen Person in der Wohnung bestehen. Beispielweise wird dies in der Regel zur Überwachung eines Rückkehrverbotes (Absatz 1 Satz 1 Nummer 3) nicht erforderlich sein. Mit dem Wort „kann“ wird weiter sichergestellt, dass von dem Betretungsrecht nur im erforderlichen Umfang Gebrauch gemacht werden kann. Daran kann es fehlen, wenn die betroffene Person befähigt und bereit ist, die „Home-Unit“ selbstständig in ihrer Wohnung einzurichten und die ordnungsgemäße Funktionsfähigkeit auch von außen polizeilich überprüft werden kann.

Satz 2 regelt die Rückgabepflicht der sogenannten „Home-Unit“.

Absatz 5

Absatz 5 regelt die Pflicht, die Wirkung des § 15b BbgPolG für die Abwehr der von den betroffenen Personen angenommene Gefahr sowie die technischen Rahmenbedingungen der elektronischen Aufenthaltsüberwachung in ihren Folgen für die Grundrechtsausübung der Betroffenen zu evaluieren. Damit werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 1. Dezember 2020 - 2 BvR 916/11 -, Rn. 1- 406, Rn. 265 ff.) umgesetzt.

Die Evaluierung wird eine begleitende empirische Beobachtung erfordern. Das Regelungskonzept ist im Lichte dieser Erkenntnisse dann zu bewerten und ggf. anzupassen.

Zu Nummer 4 (§ 16a)

Der mit dem dritten Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes im Jahr 2004 eingeführte § 16a BbgPolG a. F. wird in Ansehung veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, insbesondere zur Rolle und Erwerbstätigkeit von Frauen, und nach Auswertung vergleichbarer Befugnisse in anderen Bundesländern leicht modifiziert, um künftig entsprechenden Maßnahmen polizeilich noch zielgenauer treffen zu können.

Zu Buchstabe a

Absatz 1 war in verschiedener Hinsicht anzupassen.

Zu Unterbuchstabe aa

Die Änderung sieht vor, dass für eine Wohnungsverweisung bzw. ein Rückkehrverbot mit Streichung des Wortes „gegenwärtigen“ künftig eine konkrete (Dauer-)Gefahr ausreicht. Aus § 10 Absatz 1 BbgPolG folgt, dass es sich bei dem in § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG verbliebenen Begriff „Gefahr“ um eine konkrete Gefahr handelt.

Mit Herabstufung der Gefahrenqualität auf die konkrete (Dauer-)Gefahr ist nun eine frühzeitigere Intervention zur Verhinderung einer möglichen Gewaltspirale erreicht. Im Ergebnis wird damit der Empfehlung nach einer konsequenten Anwendung des § 16a Absatz 1 BbgPolG (vgl. Gutachten „Istanbul-Konvention“, Seite 93) gefolgt, indem dessen Anwendbarkeit für die Praxis vereinfacht wurde.

Es reichte daher bislang für eine Maßnahme nach Absatz 1 nicht, dass der Schadenseintritt bei ungehindertem Fortlauf in absehbarer Zeit eintritt. Denn Gegenwartigkeit liegt erst vor, wenn die Einwirkung des schädigenden Ereignisses bereits begonnen hat oder bei der diese Einwirkung unmittelbar oder in allernächster Zukunft mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bevorsteht.

Diese engeren Voraussetzungen werden bei Fällen häuslicher Gewalt häufig nicht erfüllt sein, weil nach Eintreffen der Polizei nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit festgestellt werden kann, dass die Aggression in allernächster Zeit fortgesetzt werden wird. Stattdessen kann die Anwesenheit der Polizei die Lage deeskalieren, ohne damit jedoch an den grundsätzlichen Faktoren, die Ursache einer solchen einsatzauslösenden „Gefahrenspitze“ im Interesse der beteiligten Personen etwas ändern zu können.

Mit Streichung des Wortes „gegenwärtigen“ werden daher die höheren Anforderungen an die Wahrscheinlichkeitsprognose und die zeitliche Dimension des Schadeneintritts herabgesenkt, sodass bereits in einem früheren Stadium häuslicher Gewalt der gefährdeten Person der Raum eingeräumt werden kann, sich zum Beispiel der Möglichkeit zivilrechtlichen Schutzes zu bedienen und sich zu den rechtlichen Folgen und Unterstützungsmöglichkeiten, zum Beispiel einer Trennung, beraten zu lassen. Es bedarf daher keiner konkreten und zugleich erhöhten Wahrscheinlichkeitsprognose zu bestimmten einzelnen Kausalverläufen. Ausreichend ist eine hinreichende Wahrscheinlichkeit dafür, dass die betroffene Person für die gefährdete Person in der Wohnung bei Verbleib bzw. Rückkehr im Hinblick auf ihre in § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG benannten hochrangigen Rechtsgüter dauerhaft gefährlich bleibt.

Um den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung möglichst umfassend vom Anwendungsbereich des § 16a BbgPolG zu erfassen, wird dieses Rechtsgut nun ausdrücklich aufgeführt und nicht länger mit den bisher benannten Rechtsgütern, insbesondere Leib und Freiheit, faktisch mitgeschützt, soweit sich im Konkreten Schnittmengen ergeben.

Zu Unterbuchstabe bb

Mit der ersatzlosen Streichung der Formulierung „insbesondere nach § 16“ in Satz 3 wird klargestellt, dass der Platzverweis nach § 16 BbgPolG nicht als Maßnahme zur Abwehr derselben Gefahrenlage dient. Die bisherige Formulierung des Satzes 3 ist insoweit missverständlich.

§ 16 BbgPolG greift auch bei Fällen sog. häuslicher Gewalt, soweit die der Wohnung zu verweisende Person kein Anwesenheitsrecht für die relevante Wohnung hat. Der damalige Gesetzentwurf (vgl. dazu BB LT-Drucksache Drucksache 3/7213 Seite 20). führt dazu aus, dass die Befugnis zum Platzverweis aus anderen Gründen als der häuslichen Gewalt unberührt bleibt. Der „andere Grund“ ist danach insbesondere die Abwehr eines andauernden Hausfriedensbruchs (§ 123 StGB).

Da Satz 3 sollte dem damaligen Gesetzentwurf nach klarstellen sollte, dass weitere flankierende Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr häuslicher Gewalt durch § 16a Absatz 1 BbgPolG nicht verdrängt werden, ist die Benennung des § 16 BbgPolG missverständlich. Denn entgegen der Maßnahmen wie etwa Sicherstellung von Haus- und Wohnungsschlüsseln, der Wechsel des Türschlosses bzw. Schlüsselzylinders (vgl. dazu BB LT-Drucksache Drucksache 3/7213 Seite 20) betraf der Einschub des § 16 BbgPolG gerade keine flankierende Maßnahme zur Wohnungsverweisung nach § 16a Absatz 1 BbgPolG, sondern ein alternativer Maßnahmen, die sich am Besitzrecht der zu verweisenden Person festmacht. Da nun weitere Maßnahmen zur Absicherung der Wohnungsverweisung selbst und zusätzliche Maßnahmen zur Abwehr der personellen Gefahr im Polizeigesetz aufgenommen sind, war die Betonung auf Eingriffsmaßnahmen nach § 16 BbgPolG in Satz 3 nicht länger angezeigt.

Zu Unterbuchstabe cc

Satz 4 regelt, dass bei der Entscheidung über die Anordnung einer Maßnahme nach § 16a Absatz 1 BbgPolG ein entgegenstehender Wille der gefährdeten Person regelmäßig unbeachtlich ist.

Denkbar ist, dass die betroffene Person durch Drohungen Druck auf die gefährdete Person ausübt oder Abhängigkeiten bestehen, sodass sie aus Angst oder der Befürchtung von gravierenden Nachteilen um ein Absehen von der Wohnungsverweisung bzw. die Rückkehr der betroffenen Person bittet (vgl. hierzu auch die Schilderungen im Gutachten „Istanbul-Konvention“, Seite 90, so auch Stellungnahme des Netzwerkes der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. vom 20.05.2022). Der Polizei wird im Einsatz die Vorgeschichte des Einsatzanlasses und ein gegebenenfalls bestehendes und dauerhaft aktualisiertes Machtgefälle nicht bekannt sein können. Abhängigkeitsverhältnisse können sich auch zu Lasten von Menschen mit Behinderung ergeben.

In einer stabilen Gewaltbeziehung wird das Opfer vielfach im Wege „vorwegeilenden Gehorsams“ auf die Schutzmaßnahmen ihrer Person verzichten und die betroffene Person schützen. Angst oder Scham, die eigene Opferwerdung sich und dem sozialen Umfeld einzugestehen, können ebenfalls Motiv dafür sein, auf den polizeilichen Schutz verzichten zu wollen. Allerdings können auch Fälle nicht ausgeschlossen werden, in denen die gefährdete Person tatsächlich völlig frei von Willensmängeln sich selbst der Gefahrenlage weiter aussetzen will. Die Entscheidung der Polizeikräfte zur Anordnung oder Aufrechterhaltung einer Maßnahme nach § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG ist dabei selbst bei nachvollziehbarer Annahme der Freiwilligkeit zwangsläufig mit dem Restrisiko verbunden, dass für den Amtswalter unerkannt die Willensbildung der gefährdeten Person doch mit Mängeln behaftet war.

Der mit dieser Regelung in Satz 4 verbundene Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Artikel 2 Absatz 1 i. V. m. Artikel 1 Absatz 1 GG) und gegebenenfalls das Recht auf Ehe (Artikel 6 Absatz 1 GG) ist verhältnismäßig. Die Maßnahme ist geeignet und erforderlich, um die damit verfolgten legitimen Zwecke zu erreichen. Die Einschränkungen des jeweiligen grundrechtlichen Freiheitsraums stehen hierzu in angemessenem Verhältnis.

Der Eingriff kann nur für einen relativ kurzen Zeitraum angeordnet werden. Die Entscheidungshoheit der gefährdeten Person hinsichtlich ihrer Selbstgefährdung bleibt nicht auf Dauer und vollständig suspendiert. Indem die gefährdete Person in diesem Zeitraum keine Möglichkeit nach dem Gewaltschutzgesetz ergreift, bleibt ihr letztlich die Entscheidung, ob sie sich in Zukunft einer weiteren Gefahr durch die betroffene Person freiwillig aussetzen möchte, grundsätzlich offen.

Die Regelung dient unter generalpräventiven Gründen dem Schutz der Entscheidungsautonomie der gefährdeten Person vor Repression und unberechtigter Ein-

flussnahme. Sie verhindert bereits im Ansatz das mögliche Bestreben der betroffenen Person, selbst oder über Dritte psychischen Druck auf die zu schützende Person dahingehend auszuüben, dass diese unter dem bloßen Anschein der Freiwilligkeit auf den Schutz ihrer hochwertigen Rechtsgüter bereits bei oder während der Anordnung verzichtet.

Die Regelung dient auch dahingehend dem Schutz des Gemeinwohls, indem das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit staatlicher Einrichtungen als wichtige Voraussetzung dafür, dass sich andere gefährdete Personen unter zur Hilfenahme der Sicherheitsbehörden auch aus solchen Dauergefahrenlagen befreien können, gerechtfertigt wird. Ohne den über die Regelung des Satzes 4 vermittelten langfristigen Autonomieschutz bestünde die Gefahr, dass weitere von durch häusliche Gewalt gefährdete Personen das Institut der Wohnungsverweisung am Beispiel eines erzwungenen Verzichtes im sozialen Umfeld als wirkungsloses Mittel interpretieren und bereits von vornherein auf die Inanspruchnahme der Polizei oder Ordnungsbehörden verzichten werden.

Satz 4 dient im Weiteren auch dazu, das Risiko einer fehlerhaften Annahme der Freiwilligkeit auszuschließen und verhindert in letztlich nicht auflösbaren Zweifelsfällen oder Konstellationen, in denen eine ausreichende Sachverhaltsaufklärung nicht möglich ist, dass der notwendige Schutz einer gefährdeten Person unterbleibt.

Demgegenüber wiegt der nur vorübergehende Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht und gegebenenfalls das Recht auf Ehe geringer.

Durch das Wort „regelmäßig“ bleibt für atypische Ausnahmekonstellationen die Möglichkeit bestehen, weiterhin auch den Willen der gefährdeten Person beachten zu können. Die Einschränkung zielt auf Fallgestaltungen, in denen mit der Wohnungsverweisung für die gefährdete Person in nachvollziehbarer Weise eine weitere von der betroffenen Person unabhängig bestehende Gefahrenquelle entstünde, die mit Anwesenheit der betroffenen Person für die gefährdete Person ausgeschlossen bzw. vermindert wäre. So gibt es Krankheitsbilder, in denen die Abwesenheit eines nahen Angehörigen zu erheblichen Angstzuständen einer erkrankten Person führen können (zum Beispiel gefährdete Person leidet in einem frühen Stadium an Morbus Pick, Gefahrensituation entstand aus irrationalem Verhalten des Opfers bei gleichzeitiger Überforderung des pflegenden Angehörigen). In Situationen, in denen sich die Gefahr häuslicher Gewalt aus einer situativen Überforderung pflegender Angehörige ergeben kann, stellt sich das Mittel der Wohnungsverweisung als staatliche Intervention, insbesondere dann nicht länger als geeignet dar, wenn die gefährdete Person auf die weitere Anwesenheit der gefährdeten Person dringt. Hier bedarf es keiner letztlich über die Mittel des Gewaltschutzgesetzes oder dieses Gesetzentwurfes vermittelten Trennung der Personen, sondern eine Unterstützung des pflegenden Angehörigen mit Maßnahmen des Sozialrechts. Die gleiche Überlegung greift in Bezug auf gefährdende betreute Personen zu, deren Gewalttätigkeit im häuslichen Umfeld Folge einer Erkrankung (Schizophrenie, Psychose) ist. In derartigen Fällen geht die freiwillige Übernahme der Pflege und Betreuung mit der zwangsläufigen Eigengefährdung einher. Zuletzt sind noch Fälle zu nennen, in denen die gefährdenden Personen Kinder bzw. Jugendliche sind, für die die

gefährdete Person das Sorgerecht hat. Die benannten Konstellationen sind von Fällen stabiler Gewaltbeziehungen, die von Satz 4 erfasst werden sollen, zu trennen.

Zu Buchstabe b

Der neu angefügte Satz 2 regelt die Verpflichtung der Polizei, die betroffene Person auf Möglichkeiten zur freiwilligen Teilnahme an einer Gewaltpräventionsberatung hinzuweisen. Ein Anspruch auf Teilnahme besteht hingegen nicht. Im Rahmen eines Erstgesprächs in einer Beratungsstelle kann sich zum Beispiel herausstellen, dass die betroffene Person trotz ihres Interesses und der Bereitschaft zur Teilnahme an einem kognitiv-sozialen Training dennoch ungeeignet ist und daher deren Aufnahme abgelehnt wird.

Diese Hinweispflicht ist einer Maßnahme nach § 16c Absatz 2 BbgPolG (verpflichtende Teilnahme an einer Gewaltpräventionsberatung) vorgelagert. Zeigt sich die betroffene Person aufgrund des Hinweises zur Teilnahme bereit, so kann ggf. der Bedarf für eine Anordnung nach § 16c Absatz 2 BbgPolG gar nicht erst entstehen. Nicht jede betroffene Person ist mit ihrem gefahrenverursachenden Verhalten selbst einverstanden und nicht bereit, freiwillig die notwendigen sozialen Handlungskompetenzen zu erlernen, um innerhalb der häuslichen Gemeinschaft in Zukunft keine Gefahr mehr darzustellen. Die Bereitschaft soll geweckt werden, selbst tätig zu werden.

Zu Buchstabe c

Satz 2 sieht eine Unterrichtungspflicht zu den Anordnungsinhalten einer Wohnungsverweisung oder eines Rückkehrverbotes vor. Die gefährdete Person muss von den gegenüber der gefährdenden Person ausgesprochenen Anordnungsinhalten, die ihrem Schutz dienen, Kenntnis haben. Andernfalls wäre die zu schützende Person nicht in der Lage, etwaige Verstöße gegen die Anordnung festzustellen und der Polizei zu melden. Ein Ermessen ist hier nicht vorgesehen.

Satz 3 sieht eine regelhafte Datenübermittlung zu den Kontaktdaten der gefährdeten Person an externe Beratungsstellen, auf die zuvor gemäß Satz 1 hingewiesen wurde, vor, soweit dies zur Abwehr einer Gefahr erforderlich ist. Die Datenübermittlung ist erforderlich, um vor häuslicher Gewalt, unter Anerkennung der Selbstbestimmtheit gefährdeter Personen, effektiv schützen zu können. Es steht zu vermuten, dass in Teilen besonders hoch belastete und traumatisierte Frauen mit den Eigenaktivitäten, die in den bestehenden Schutzhäusern und Beratungsstellen erforderlich sind, überlastet sind. Infolge der Datenübermittlung können spezialisierte Kräfte zur Krisenintervention im Nachgang zur polizeilichen Erstintervention niederschwellig weiter unterstützend eingreifen. Diese sind im Umgang mit Vorbehalten und Ängsten gefährdeter Personen vertraut und besser in der Lage, auf deren Bedürfnisse und Situation zu reagieren.

Mit der Übermittlungsmöglichkeit werden die Vorgaben aus Artikel 12 Absatz 3 und Artikel 16 der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) sowie Artikel 19 der Istanbul-Konvention noch weitergehender umgesetzt.

Soweit die Datenübermittlung „zur Abwehr einer Gefahr“ erforderlich sein muss, bleibt sichergestellt, dass dieser Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungs-

recht der gefährdeten Person unterbleibt, wenn beispielsweise bereits ein entsprechender Kontakt zu einer Beratungsstelle besteht, zu Gunsten der Person Opfer-schutzmaßnahmen nach § 35a BbgPolG ergriffen werden, eine Gewaltschutzanordnung bereits besteht oder feststeht, dass die gefährdete Person eigenständig die Beratungsstelle kontaktieren wird (z. B. weil diese sich bereits in Vergangenheit dorthin gewandt hatte).

Die Kontaktaufnahme durch die Beratungsstelle dient ebenso wie die Wohnungsverweisung und das Rückkehrverbot nach Absatz 1 auch der Abwehr der nach Absatz 1 Satz 1 bestehenden (Dauer-)Gefahr, die auch nach Ablauf der in Absatz 5 bestimmten Höchstfrist für Maßnahmen nach Absatz 1 nicht zwingend entfallen sein muss.

Die Anordnung von Maßnahmen nach Absatz 1 ist danach auch nicht Voraussetzung für die Datenübermittlung. In Konstellationen, in denen zum Beispiel ein Rückkehrverbot oder eine Wohnungsverweisung mit der Höchstfrist von zwei Wochen mangels Erforderlichkeit nicht bzw. zunächst nicht angeordnet wird, kann weiterhin eine (Erst-)Beratung durch eine Beratungsstelle eine geeignete Maßnahme sein, um eine gleichwohl bestehende (Dauer-) Gefahr durch eine Gewaltschutzanordnung abzuwehren. Sind danach auf der Tatbestandsseite die Voraussetzungen zur Wohnungsverweisung bzw. Rückkehrverbot gegeben, so werden in der Regel auch die Voraussetzungen zur Datenübermittlung nach Absatz 4 Satz 3 vorliegen.

Die Formulierung „zur Abwehr einer Gefahr“ anstelle „zur Abwehr einer Gefahr i. S. d. Absatzes 1“ stellt darüber hinaus sicher, dass sich die Gefahr nicht unmittelbar nur auf die in Absatz 1 aufgeführten hochwertigen Rechtsgüter erstrecken darf, sondern jegliche polizeilichen Schutzgüter einbezieht. Die anschließende Beratungsleistung, für die die Kontaktaufnahme Voraussetzung wäre, dient auch der Unterstützung der gefährdeten Person bei der (Wieder-)Herstellung der notwendigen Entscheidungskraft und stärkt als „Gegengewicht“ gegenüber etwaigen Kontaktaufnahme- und Einflussnahmeversuchen die Resilienz des Opfers bei der Entscheidungsfindung über die Beantragung einer Gewaltschutzanordnung. Für Menschen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind oder solchen mit Behinderung, kann eine adressatengerechte und professionelle Beratung die notwendigen Fähigkeiten und Informationen zur Wahrnehmung der eigenen Rechte vermitteln.

Die gefährdete Person hat dabei die Möglichkeit, der Übermittlung ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen. Liegen Hinweise dafür vor, dass der Widerspruch gegen die Datenübermittlung nicht frei von Zwang bzw. aus Angst vor dem potentiellen Täter getätigt wurde, so wird durch den Verweis auf § 13 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes sichergestellt, dass die Übermittlung im Einzelfall dennoch erfolgen kann (Satz 4).

Lehnt die gefährdete Person die Beratung gegenüber der Beratungsstelle ab, so sind die Daten dort unverzüglich zu löschen, da diese nicht länger benötigt werden. Andernfalls erfolgt die Löschung nach Beratungsabschluss.

Zu Buchstabe d

Die bisherige regelhafte Zehn-Tagesfrist entspricht nicht in jedem Fall dem praktischen Bedarf und berücksichtigt auch nicht ausreichend die heutigen individuellen Rahmenbedingungen, in denen gefährdete Personen, insbesondere Frauen, einge-

bunden sind und die deren tatsächliche psychische, soziale und zeitliche Kapazitäten zu ihrem eigenen Nachteil limitieren können. Die bisherige zehntägige Höchstfrist ist auch verfassungsrechtlich nicht zwingend.

Mit Erweiterung der bisher geltenden regelhaften Zehn-Tagesfrist auf zwei Wochen (Satz 1) und der ergänzenden Möglichkeit zur Verlängerung um bis zu zwei Wochen (Satz 2) wird mehr Flexibilität bei der Anordnung der Wohnungsverweisung sowie des Rückkehrverbotes geschaffen und der entsprechenden Empfehlung zur besseren Umsetzung der Istanbul-Konvention (vgl. Empfehlung Gutachten „Istanbul-Konvention“, Seite 93 („maximale zeitliche Ausdehnung der Wegweisung“) gefolgt.

Im Falle einer Verlängerung nach Satz 2 ergibt sich nun im Einzelfall eine maximale Gesamtdauer von vier Wochen, in der die gefährdete Person eine Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz beantragen kann. Bei der Entscheidung über die fortbestehende Notwendigkeit der Anordnung können Schwierigkeiten aufseiten der gefährdeten Person, die eine Inanspruchnahme von gerichtlichem Schutz verhindern, oder aber eine von dieser verursachte Verzögerung der Inanspruchnahme gerichtlichen Schutzes berücksichtigt werden.

Zu Buchstabe e

Mit Einfügung des Wortes „erneut“ wird klargestellt, dass sich die Informationspflicht nach Absatz 6 nicht durch diejenige nach Absatz 4 Satz 2 ersetzt wird.

Zu Buchstabe f

Dem § 16a BbgPolG werden zwei weitere Absätze angefügt.

Absatz 7

In dem neuen § 16a Absatz 7 BbgPolG ist die Verpflichtung der Polizei aufgenommen, die Einhaltung „eines erteilten Rückkehrverbotes“ mindestens einmal während seiner Geltung zu kontrollieren (Satz 1). Ohne eine solche Kontrolle bestünde die Möglichkeit, dass insbesondere eine besonders rücksichtslose und ggf. gewaltsame Person in einer stabilen Gewaltbeziehung ihr Opfer zum Einverständnis dahingehend bewegt, dass die gewaltausübende Person unmittelbar nach Abschluss eines behördlichen Einsatzes ohne Kenntnis der Polizei entgegen einer wirksamen polizeilichen Anordnung in die gemeinsame Wohnung zurückkehrt.

Zugleich können derartige Sachverhalte, bei denen polizeiliche Anordnungen unterlaufen werden, im Falle ihrer Kenntnisnahme durch Dritte auch deren Vertrauen in die Effektivität polizeilicher Interventionsmöglichkeiten bei Fällen häuslicher Gewalt und damit die Funktionsfähigkeit staatlicher Einrichtungen erschüttern. Dieses Wissen kann im Extremfall als fremde Erfahrung eine ebenfalls von Gewalt betroffene Person dazu verleiten, schon keine Hilfe bei der Polizei zu suchen und sich stattdessen mit einer von Gewalt geprägten Situation zu arrangieren. Insoweit wird auf die Ausführungen zu Absatz 1 Satz 4 verwiesen.

Die dabei gewählte Begriffskombination „eines erteilten Rückkehrverbotes“ macht deutlich, dass sich die polizeiliche Kontrollpflicht auf jedes Rückkehrverbot nach § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG unabhängig davon erstreckt, ob dieses zuvor von der Polizei selbst oder zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr von einer Ordnungsbehörde (Artikel 2) angeordnet wurde.

Darüber hinaus kann die betroffene Person nach Satz 2 zur wirksamen Kontrolle des Rückkehrverbotes verpflichtet werden, der Polizei ihren aktuellen Aufenthaltsort unverzüglich nachzuweisen. Durch die Nachweispflicht besteht für die Polizei erst die Möglichkeit, ohne Mitwirkung der gefährdeten Person und ohne Eingriff in das Wohnungsgrundrecht die Einhaltung des Rückkehrverbotes bzw. die Befolgung der Wohnungsverweisung im Tatsächlichen überprüfen zu können. Der Nachweis ist erbracht, wenn für die Polizei die Richtigkeit der Angabe, ggf. durch Überprüfbarkeit, außer Zweifel steht.

Bei Feststellung eines Verstoßes wird die Polizei während der Anordnungsdauer dann erneute Kontrollen durchführen müssen, was in Satz 1 mit der Begriffskombination „mindestens einmal“ zum Ausdruck kommt.

Diese polizeiliche Verpflichtung einer mindestens einmaligen Kontrolle kann darüber hinaus bei besonders gefährlichen Personen zur Feststellung eines beharrlichen Zuwiderhandelns der gewaltausübenden Person und darauf aufbauend zum polizeilichen Schluss führen, dass zur Aufrechterhaltung der Maßnahmen nach den §§ 16a oder b BbgPolG eine zusätzliche dauerhafte Überwachung mittels eAÜ (§ 15b Absatz 1 Nummer 3 BbgPolG) nötig wird.

Absatz 8

Das soziale Umfeld gewaltbetroffener Frauen ist ein wichtiger Indikator für Hilfe und Prävention bei häuslicher Gewalt, kann sich aber gleichzeitig auch kontraproduktiv auf die Gewaltbeziehung auswirken, soweit sie negative Impulse setzt und dadurch gewaltbefürwortend wirkt. Die Gefahr einer negativen Impulswirkung durch das soziale Umfeld des Opfers macht dabei eine Neuregelung im Absatz 8 erforderlich.

Der Absatz 8 regelt die Möglichkeit der Polizei, die von häuslicher Gewalt gefährdete Person mit deren Einverständnis an einen geeigneten Ort zu verbringen (zum Beispiel in ein Frauenhaus oder eine Zufluchtswohnung), wenn zu erwarten ist, dass diese andernfalls keine unabhängige Entscheidung über die Beantragung des zivilrechtlichen Schutzes gegen Gewalt und Nachstellung treffen kann. Denkbar ist, dass soziale familiäre Bindungen im häuslichen Bereich auf die gefährdete Person dahingehend Einfluss ausüben können, dass diese von ihren gesetzlichen Möglichkeiten nach dem Gewaltschutzgesetz keinen Gebrauch machen wird.

Mit der Neuregelung wird auch eine verbesserte Umsetzung der Artikel 23, 28, 31 und 33 der Istanbul-Konvention sowie Artikel 16 Absatz 4 der UN-BRK verfolgt.

Danach sind erforderliche Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit von Opfern häuslicher Gewalt einschließlich ihrer Kinder sowie die Gefahren der psychischen Gewalt vorzubeugen und Schutzeinrichtungen für Opfer solcher Gewalt bereitzustellen. Auf die Opfer häuslicher Gewalt ist insoweit aktiv zuzugehen (Artikel 23 der Istanbul-Konvention). Indem die Polizei die Verbringung an einen solchen Ort anbietet, wird eine weitere Hürde zur Inanspruchnahme dieses Schutzes für Betroffene häuslicher Gewalt abgesenkt.

Geeignete Orte, an die die Polizei die gefährdete Person verbringen kann, sind insbesondere Frauenhäuser oder, soweit ältere männliche Kinder dort nicht mit untergebracht werden können und mangels finanzieller Mittel der gefährdeten Person die

Anmietung einer Ferienwohnung oder eines Hotelzimmers nicht möglich ist und somit Obdachlosigkeit droht, auch Zufluchtswohnungen bzw. gemeindliche Notunterkünfte.

Das Angebot der Verbringung an einen anderen geeigneten Ort erfolgt „unter den Voraussetzungen des Absatz 1 Satz 1“. Damit bleibt sichergestellt, dass die Verbringung anstelle einer nicht aufschiebend bedingten Wohnungsverweisung erfolgt und damit die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Maßnahme zunächst vorliegen müssen. Lediglich auf Ebene des Auswahlermessens muss sich die unbedingte Maßnahme einer Wohnungsverweisung bzw. eines Rückkehrverbotes gegenüber dem freiwilligen Verlassen der Wohnung durch die gefährdete Person aufgrund des sozialen Umfeldes als weniger geeignet darstellen. In diesem Fall wird parallel zum freiwilligen Verlassen der Wohnung durch die gefährdete Person eine Maßnahme nach § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG unter der aufschiebenden Bedingung (§ 36 Absatz 2 Nummer 2 VwVfG i. V. m. § 1 Absatz 1 VwVfGBbg) anzuordnen sein, dass die gefährdete Person vor Ablauf der Unterbringungsdauer in die gemeinsam genutzte Wohnung zurückkehrt (Satz 6).

Durch die klarstellende Aufnahme des Satz 6 wird dem für dieses Phänomen typische Risiko Rechnung getragen, dass die gefährdete Person gegebenenfalls auch aus Angst vor gefährdenden Person ihr Einverständnis vortäuscht, sich anschließend mit Unterstützung der Polizei in eine andere Unterkunft begibt, um dann ohne Information der Polizei zur gefährdenden Person in die gemeinsam genutzte Wohnung vorzeitig zurückzukehren.

Für die Verbringung zum Beispiel mit einem Streifenwagen oder unter Einbeziehung eines Beliehenen (Taxiunternehmen) entstehen in der Regel Gebühren und Auslagen (Satz 4), da es sich um öffentliche Leistungen handelt. Gemäß Satz 5 hat die nach § 16a Absatz 1 BbgPolG betroffene Person diese letztlich zu tragen. Dies ist Folge des Verursacherprinzips (§ 12 Absatz 1 Nummer 1 Alt. 1 GebBbg). Weder die gefährdete Person noch ihr soziales Umfeld, sondern nur die betroffene Person hat durch ihr Verhalten in zurechenbarer Weise die Gefahrengrenze überschritten. Bei der Gebührenerhebung wird darauf zu achten sein, dass die dortigen Angaben der betroffenen Person keine Rückschlüsse auf die Lage des geeigneten Ortes ermöglicht.

Unter Schutzgesichtspunkten führt dieser Weg der Verbringung durch die Polizei an einen geeigneten Ort dazu, dass die betroffene Person die Adresse einer solchen Unterkunft nicht ohne Einverständnis der gefährdeten Person erhält. Die Verbringung muss dabei nicht bis zur Adresse des geeigneten Ortes erfolgen. Nach Maßgabe der individuellen Schutzkonzepte von Frauenhäusern kann die Verbringung auch an einen mit der Leitung eines Frauenhauses vereinbarten Treffpunktes erfolgen.

Zu Nummer 5 (§ 16b bis d)

§ 16b

Ein überwiegender Teil der (sexuellen) Gewalt gegenüber Frauen geht von den Ex-Partnern als Täterkreis aus (vgl. BMFSFJ 2004, S. 46, 78), die nur in Teilen in einer Wohnung mit dem Opfer zum Tatzeitpunkt zusammenlebten (BMFSFJ 2004, S. 49). Die bisherige Möglichkeit der Wohnungsverweisung und des Rückkehrverbotes

greifen für diese Gefahrenlagen nicht. Nach der bisherigen Rechtslage war die Anordnung eines Kontakt- und Näherungsverbot gestützt zum Beispiel auf die Generalklausel des § 10 Absatz 1 BbgPolG nicht möglich. Mit der Regelung des Kontaktverbotes nach § 28c Absatz 2 BbgPolG bestand diesbezüglich eine Spezialbefugnis für Gefahren des Terrorismus nach § 28a BbgPolG (BB LT-Drs. 6/9821, Begründung Seite 13 zu § 28a Absatz 4 BbgPolG), die einen Rückgriff auf die Generalklausel für andere Gefahren versperrte. Mit der Möglichkeit zur Anordnung eines Kontakt- und Näherungsverbot nach § 16b BbgPolG werden die bestehenden Schutzlücken außerhalb der Abwehr terroristischer Gefahren geschlossen.

§ 16b BbgPolG ermöglicht es nun der Polizei, einer betroffenen Person auch jede persönliche Kontaktaufnahme mit der gefährdeten Person zu untersagen, wobei eine vorherige Zustimmung der verfügenden Behörde hiervon unberührt bleibt.

Hinsichtlich der Gesetzgebungskompetenz des Landes zur Regelung eines Kontakt- und Näherungsverbot trotz des Bestehens einer entsprechenden Regelung im § 1 Absatz 1 Satz 3 GewSchG gilt das eingangs zu Artikel 1 (Änderung des § 16a BbgPolG) Ausgeführte. Die Maßnahme dient zum sofortigen Schutz und als kurzfristiges Mittel der Krisenintervention mit dem Ziel, akute Auseinandersetzungen mit Gefahren für hochwertige Rechtsgüter zu entschärfen und den Beteiligten Wege aus der Krise zu eröffnen und ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, in größerer Ruhe und ohne das Risiko von Gewalttätigkeiten Entscheidungen über ihre künftige Lebensführung sowie gegebenenfalls die Inanspruchnahme gerichtlichen Schutzes nach Maßgabe des Gewaltschutzgesetzes zu treffen (vgl. BVerfG, Nichtannahmebeschluss vom 22. Februar 2002 -1 BvR 300/02 – juris Rn.5 zu § 34a PolG NRW).

Mit der Bezugnahme auf „eine Person“ anstelle der „betroffenen Person“ im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG wird der erweiterte Anwendungsrahmen auf sämtliche Konstellationen von Gewalt gegen insbesondere Frauen auch außerhalb sogenannter „häuslicher Gewalt“ nach § 16a BbgPolG deutlich gemacht.

Nach Satz 2 gelten insoweit die Regelungen des § 16a Absatz 4 bis 7 BbgPolG entsprechend, sodass die Maßnahme von der Polizei anzuordnen und auf höchstens zwei Wochen mit der Möglichkeit zur Verlängerung zu befristen ist (§ 16a Absatz 5 Satz 1 und 2 BbgPolG). Damit wird der wegen des engen Zusammenhanges von Wohnungsverweisung mit Rückkehrverbot und Kontakt- und Näherungsverbot notwendige verfahrensbezogene Gleichklang hergestellt.

Die erforderliche Dauer des Kontaktverbotes soll durch die Polizei unter Berücksichtigung der individuellen Faktoren von Täter- und Opferprofilen (gelebte Rollenbilder, erwerbstätige Alleinerziehende, Ex-Partner etc.) bestimmt werden.

Gemäß Satz 2 i. V. m. § 16a Absatz 4 hat die Polizei die gefährdete Person auf die Möglichkeit der Beantragung zivilrechtlichen Schutzes und die Möglichkeit der Unterstützung durch geeignete Beratungsstellen hinzuweisen und ihr die Dauer und den räumlichen Umfang des Kontakt- und Näherungsverbot mitzuteilen. Außerdem kann sie, sofern die gefährdete Person nicht widerspricht, die zur Kontaktaufnahme zwischen gefährdeter Person und Beratungsstelle erforderlichen Daten übermitteln. Die Polizei kann auch die gefährdete Person auf Möglichkeiten zur freiwilligen Teilnahme an einer Gewaltpräventionsberatung hinweisen.

Das Kontaktverbot wird damit für Fälle häuslicher Gewalt auf die Beantragung einer Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz hin begrenzt (Satz 2 i. V. m. § 16a Absatz 5 Satz 3). Das Gericht hat der Polizei einen entsprechenden Antrag und eine hierauf ergangene Anordnung mitzuteilen. Die Polizei wiederum hat die gefährdete und die gefährdende Person über die Dauer des Kontakt- und Näherungsverbots in Kenntnis zu setzen (Satz 2 i. V. m. § 16a Absatz 6 BbgPolG).

Gemäß Satz 2 i. V. m. § 16a Absatz 7 Satz 1 ist die Einhaltung des Verbots mindestens einmal während seiner Geltung zu überprüfen, um die Effektivität der Anordnung zu steigern. Dies kann zum Beispiel durch Befragung der zu schützenden Personen oder durch Verpflichtung der betroffenen Person zum Nachweis ihres aktuellen Aufenthaltsortes (Satz 2 i. V. m. § 16a Absatz 7 Satz 2) erfolgen.

§ 16c

Gemäß Artikel 51 Absatz 1 der Istanbul-Konvention (Gefährdungsanalyse und Gefahrenmanagement) sind die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass eine Analyse der Gefahr von wiederholter Gewalt von allen einschlägigen Behörden vorgenommen wird, um die Gefahr unter Kontrolle zu bringen und erforderlichenfalls für koordinierte Sicherheit und Unterstützung zu sorgen.

Die neu eingeführte Vorschrift des § 16c BbgPolG regelt in Absatz 1 das Aufenthaltsverbot in alkoholisiertem Zustand in der Wohnung und in deren unmittelbaren Umgebung. In Absatz 2 wird die Befugnis zur Anordnung der Teilnahme an Gewaltpräventionsberatungen in einem Umfang von bis zu zwölf Stunden geregelt. Beide Maßnahmen bilden wichtige Eingriffsmöglichkeiten, die im Ergebnis einer situativen Gefährdungsanalyse (ggf. unter Nutzung von z. B. ODARA) dazu dienen können, erneute Eskalationen zu verhindern.

Mit § 16c BbgPolG wird der Polizei diesbezüglich ein weiteres Mittel zur gezielten Intervention zur Verfügung gestellt, um die wiederholte Gewalt unter Kontrolle zu bringen, indem relevante situationsbestimmende Faktoren für eine Wiederholung der Gewalteskalation bereits frühzeitig positiv verändert werden können.

Absatz 1

Alkoholkonsum des gefährdenden Partners ist ein hoch relevanter Risikofaktor für Gewalt generell und für schwere Gewalt in Paarbeziehungen im Besonderen. Ein erheblicher Teil der Paare, in denen (schwere) Gewalt gegen die Frau verübt wird, ist durch einen erhöhten Alkoholkonsum des gewalttätigen Partners belastet (BMFSFJ, 2014, Seite 39). Dem Problem der gewaltbegünstigenden Wirkung von Alkohol ist daher zum Zwecke der Gefahrenabwehr verbrechensverhütend zu begegnen.

Nach Satz 1 kann die Polizei der betroffenen Person untersagen, sich in alkoholisiertem Zustand in der Wohnung sowie in deren unmittelbaren Umgebung aufzuhalten, wenn bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sich diese Person in absehbarer Zeit erneut in einen solchen Zustand versetzen wird und für die Dauer dieses Zustandes eine Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG besteht.

Mit dem Wort „erneut“ wird klargestellt, dass sich der durch die Mittel hervorgerufene Zustand nach polizeilicher Erkenntnislage zuvor bereits mindestens einmal gefahrenverursachend oder zumindest gefahrenerhöhend ausgewirkt und es in der Folge bereits einmal zu einer Gefahr i. S. d. § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG gekommen sein muss.

Mit dem Erfordernis, dass „bestimmte Tatsachen“ den Gefahrenverdacht rechtfertigen müssen, ist sichergestellt, dass diese Anordnung nicht bei Einsätzen zum Schutz vor häuslicher Gewalt außerhalb einer konkretisierten Gefahr allein auf Basis von Erfahrungswissen getroffen wird.

Die Voraussetzungen werden zum Beispiel in Konstellationen nicht erfüllt sein, in denen die betroffene Person sich erstmalig in einen solchen Zustand versetzt hat und für sich aus der damit erfolgten Gefährdung anderer künftig ihre Lehren zieht, sich nur versehentlich ggf. durch gefahrenerhöhendes Handeln Dritter in diesen enthemmten Zustand versetzt hat oder bereits selbstständig noch während der Dauer der Wohnungsverweisung einen Entzug angetreten hat. Die Anordnung wird im Falle einer zunächst erteilten Wohnungsverweisung bzw. eines Rückkehrverbotes insoweit auch zeitlich nach dem behördlichen Einsatz vor Ort in Auswertung einer personenbezogenen Gefährdungsanalyse ergehen und daher auf eine breitere Erkenntnislage gestützt werden.

Im Rahmen des Ermessens sind gesundheitsbedingte Aspekte (Alkoholabhängigkeit, krankheitsbedingte Entzugserscheinungen) der von dem Verbot betroffenen Person berücksichtigungsfähig. Durch die räumliche Begrenzung auf die Wohnung und den unmittelbar angrenzenden Bereich wird der Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit des Betroffenen auf das zum Schutz der gefährdeten Person erforderliche Mindestmaß abgesenkt.

Da die Anordnung ergeht, wenn „für die Dauer dieses Zustandes eine erneute Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 besteht“, reicht für die Annahme einer Gefahr i. S. d. § 16a Absatz 1 BbgPolG zunächst die Mitteilung an die Polizei zum Anordnungsverstoß aus. Dieser indiziert insoweit zunächst die Annahme einer Gefahr nach § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG. Damit verbessern sich die Interventionsmöglichkeiten der Polizei bei einer sich abzeichnenden Gefahrenspitze. Die gefährdete Person muss nicht abwarten, bis es erst aufgrund einer anordnungswidrigen Alkoholisierung der gefährdenden Person zur Eskalation und damit konkreten Gewalttaten oder entsprechenden Ankündigungen kommt, um sich dann erfolgreich an die Polizei mit der Bitte um Hilfe wenden zu können.

Die Maßnahme ist gemäß Satz 2 auf jeweils höchstens drei Monate hin zu befristen. Bei bestimmten Formen des Alkoholismus (insbesondere sogenannte Quartalstrinker) können zum Beispiel die zeitlichen Spannen zwischen den Phasen hohen Alkoholkonsums und Abstinenz über den zeitlichen Horizont einer maximal möglichen Wohnungsverweisung hinausgreifen. Der nach Satz 1 anzunehmende Zeitraum, innerhalb dessen sich die Person ohne die Anordnung erneut in einen alkoholisierten Zustand versetzen wird, ist damit durch die maximale Anordnungsdauer nach Satz 2 weiter konkretisiert.

Gemäß Satz 3 unterrichtet die Polizei die gefährdete Person unverzüglich über die Dauer und den räumlichen Umfang der Maßnahme. Nur wenn die gefährdete Person Kenntnis von der Existenz und Reichweite der Anordnung hat, kann sie auch

bei alkoholisiertem Zustand der gefährdenden Person einen Verstoß feststellen und diesen der Polizei melden.

Absatz 2

Absatz 2 ermöglicht in Umsetzung einer opferschutzorientierten Täterarbeit die gerichtlich anzuordnende Verpflichtung der betroffenen Person zur Teilnahme an Gewaltpräventionsberatungen und transformiert den in Artikel 16 Absatz 1 und 2 der Istanbul-Konvention angesprochenen Bekämpfungsansatz jenseits strafrechtlicher Reaktionen in das polizeiliche Befugnisarsenal.

Gewaltpräventionsberatungen sind dazu konzipiert, dem Risiko der (häuslichen) Gewalt in seinem Ursprung zu begegnen und stellen eine kognitiv-verhaltensorientierte Maßnahme dar. Sie zielen nicht auf die Behandlung psychischer Krankheiten ab und stellen keine Maßnahme zur Verhütung einer unmittelbaren Gefahr für Dritte im Sinne des § 4 Absatz 4 BbgPsychKG dar.

In einer Gewaltpräventionsberatung kann sich ein potentieller Täter häuslicher Gewalt mit bisherigen Verhaltensmustern in Konfliktsituationen auseinandersetzen und konkrete und alltagstaugliche Ausstiegsmöglichkeiten für zu erwartende kritische Situationen erlernen (sogenannte „Notfallpläne“, vgl. dazu „Arbeit mit Tätern in Fällen häuslicher Gewalt“ – Standard der Bundesarbeitsgemeinschaft „Täterarbeit häusliche Gewalt e.V.“, herausgegeben durch das BMFSFJ, 4. Auflage, 2021, Seite 12) oder zumindest diesbezügliches Wissen entgegennehmen. Dabei ist der Betroffene nicht zur aktiven, sondern lediglich zur passiv-konsumierenden Teilnahme verpflichtet, wie sich aus dem Wort „Beratung“ ergibt. Er muss sich also lediglich beraten lassen und dabei Informationen zur Kenntnis nehmen, wobei eine aktive und freiwillige Mitwirkung das konzeptionelle Ziel der Beratung sein soll. Zu den Inhalten der Beratung zählen auch Informationen zu den rechtlichen Konsequenzen gewalttätigen Handelns.

Der Umstand, dass die Teilnahme zunächst in einen Zwangskontext (vgl. dazu Furttenbach/Wehinger, Juridikum 4/2015, Seite 451 ff. [452]), eingebettet ist, steht ihrer Geeignetheit zur Verhaltensbeeinflussung nicht per se entgegen (vgl. auch § 38a Absatz 8 Sicherheitspolizeigesetzes Österreich), zumal an die Teilnahme selbst keine weiteren negativen Konsequenzen gebunden sind. Die betroffene Person ist hier nicht veranlasst, sozial erwünschte Aussagen zu treffen. Die Verpflichtung ersetzt lediglich die häufig fehlende Motivation solcher Personen, eigenständig ein Beratungsangebot in Anspruch zu nehmen, über das letztlich eine präventive Verhaltensbeeinflussung oder zumindest die weitere Befassung damit initiiert werden soll.

Derartige auf eine Veränderung der Einstellung und Fähigkeiten einer Person gerichtete Maßnahmen sind grundsätzlich geeignet, die bestehende Gefährlichkeit der betroffenen Person zu reduzieren. Die Anordnungsmöglichkeit ist dabei auf Konstellationen beschränkt, in denen von einer betroffenen Person eine erneute „erhebliche Gefahr“ i. S. d. § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG ausgehen kann. Durch diese Beschränkung ist sichergestellt, dass die Maßnahmen zum Ausgleich sozialer Defizite nicht unabhängig von der Schwere einer drohenden Rechtsgutverletzung ergriffen werden. Die Verpflichtung zur Teilnahme ist dabei zumindest für drohende und ihrem Schadensausmaß nach schwere Rechtsgutverletzungen („erhebliche Gefahr“) angemessen. Auch hier eignet sich der Einsatz entsprechender statistischer Prognoseverfahren.

Bislang bestand eine in der Zielstellung vergleichbare Möglichkeit in der verpflichtenden Teilnahme an sozialen Trainingskursen nur im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren und mit Zustimmung des Betroffenen oder ohne Zustimmung im Falle einer Verwarnung mit Strafvorbehalt (§ 153a Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 StPO und § 59a Absatz 2 Nummer 5 StGB).

Unter dem Gesichtspunkt der Gefahrenabwehr reichen die bisherigen Möglichkeiten des Strafrechts für eine gefahrenabwehrende Trainingskursteilnahme oder eine Teilnahme an einer Gewaltpräventionsberatung nicht aus, wenn beispielsweise

- das weiterhin gefährdete Opfer im weiteren Ermittlungsverfahren von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch macht und dadurch weder eine Verwarnung unter Strafvorbehalt noch eine Einstellung unter Auflage möglich ist, da eine Verfahrenseinstellung nach § 153a StPO hinter einer solchen nach § 170 Absatz 2 Satz 1 StPO zurücktritt,
- Gegenstand des Ermittlungsverfahrens kein Vergehen, sondern ein Verbrechen ist und sich der Tatvorwurf zur Überzeugung des Gerichts mit den im Strengbeweisverfahren zugelassenen Beweismitteln im Ergebnis der Verhandlung nicht mit der ausreichenden Sicherheit belegen ließ oder
- bei längerer Verfahrensdauer die Gefahrenlage akut zu entschärfen ist.

In Gefährdungskonstellationen, in denen es zumindest unter dem Gesichtspunkt häuslicher Gewalt bzw. Partnerschaftsgewalt noch gar nicht zu strafbarem Verhalten gekommen ist, jedoch für die Zukunft eine solche Tat aufgrund der konkreten Tatsachen vor Ort nach polizeilicher Erfahrung wahrscheinlich ist, greifen die strafrechtlichen Möglichkeiten zur Einflussnahme auf das künftige Verhalten potentieller Straftäter ebenfalls nicht.

Bei begründetem Verdacht einer von der betroffenen Person ausgehenden erheblichen Gefährlichkeit kann die verpflichtende Teilnahme an der Beratung den Bedarf andernfalls notwendiger schwerer wiegende Eingriffe in der Zukunft entfallen lassen. Der Verzicht auf diese im Vorfeld einer Gefährdungsspitze wirkenden Maßnahme steigert somit die Wahrscheinlichkeit, dass die Polizei zu einem späteren Zeitpunkt gravierendere Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, wie zum Beispiel die Anwendung unmittelbaren Zwangs oder die Ingewahrsamnahme, nicht ergreifen muss.

Die Möglichkeit, eine gefährdende Person zur Teilnahme an der Beratung zu verpflichten, zielt auf Konstellationen ab, die sich mit Maßnahmen nach den §§ 16a oder b BbgPolG oder der Möglichkeit der Beantragung von Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz nicht erfassen lassen.

Hinsichtlich der Gesetzgebungskompetenz des Landes zur Regelung einer Anordnungsmöglichkeit zur Teilnahme an einer Gewaltpräventionsberatung trotz des Bestehens ähnlicher Regelungen auf Bundesebene (insb. § 153 a Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 StPO) wird im Hinblick auf das Gewaltschutzgesetz zunächst auf die Ausführung zu Artikel 1 (Änderung des § 16a BbgPolG) verwiesen. Die Maßnahmen greifen darüber hinaus auch nicht in die Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers nach Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG ein, da die Voraussetzungen für die Teilnahmeverpflichtung als auch die Inhalte und Zielstellung der Gewaltpräventionsberatung selbst von den entsprechenden Regelungen der Strafprozessordnung abweichen. Die Gewaltpräventionsberatung ist eine erweiterte Form der im Polizeirecht bekannten sog. Gefährderansprache (vgl. hierzu § 29 PolG BW, 12a NPOG,

§ 18b Bln ASOG) und soll in präventiver Hinsicht einer Verhaltensbeeinflussung dienen.

Der gegenüber einem sozialen Trainingskurs im Rahmen eines Strafverfahrens geringere zeitliche Ansatz der Gewaltpräventionsberatung begründet sich damit, dass die Beratungsinhalte nach § 16c Absatz 2 BbgPolG auf das Erkennen gefahrengeheuerter Situationen und des sich rechtzeitigen Entziehens zur Vermeidung schädigender Handlungen (sogenannte Notfallpläne) beschränkt bleiben muss. Weitergehende Ziele, die soziale Trainingskurse nach dem sogenannten Täterprogramm der Bundesarbeitsgemeinschaft „Täterarbeit häusliche Gewalt e.V.“ verfolgen, gehen über den Aufgabenbereich der allgemeinen Gefahrenabwehr i. S. d. § 1 Absatz 1 BbgPolG hinaus und sind daher nicht Inhalt einer solchen Beratung. Gegebenenfalls wird sich die Person infolge der Beratung zur freiwilligen Teilnahme an einem solchen sozialen Trainingskurs entscheiden. Im vorgesehenen Zeitrahmen von insgesamt zwölf Zeitstunden über einen Zeitraum von drei Monaten (Satz 1) sind die Teilinhalte der sogenannten Notfallpläne aus dem o. g. Täterprogramm vermittelbar.

Die Teilnahme an der Beratung muss für die Person zur Zielerreichung „grundsätzlich“ geeignet sein. Mit dem Wort „grundsätzlich“ bleibt insoweit auch bei unklarer Lage (zum Beispiel zu geringes kognitives Verständnis, zu geringe Sprachkompetenzen) sichergestellt, dass ohne entgegenstehende Hinweise davon auszugehen ist, dass die Beratungsteilnahme zur Zielerreichung zunächst geeignet ist.

Die Teilnahme an einer solchen Beratung ist zur Zielerreichung, nämlich der Vermittlung bzw. Stärkung entsprechender Kompetenzen und Methoden zur Gewaltvermeidung im Ausnahmefall ungeeignet, wenn das gewalttätige Verhalten der betroffenen Person Folge einer behandlungsbedürftigen Suchtabhängigkeit oder einer Erkrankung (zum Beispiel Schizophrenie, Morbus Pick, Alzheimer) ist oder die Person über keine ausreichenden Sprachkenntnisse oder ein nur unzureichendes kognitives Verständnis verfügen sollte (vgl. BMFSFJ, 4. Auflage, 2021 Seite 10 f.) und daher entsprechendes Verhalten auch trotz Kenntnis von gefahrenabwehrenden Verhaltensstrategien (sogenannte Notfallpläne) für die betroffene Person auch in Zukunft wenig bis gar nicht regulierbar sein wird.

Lehnt die betroffene Person die Beratungsteilnahme trotz ergangener Zwangsmaßnahmen ab, so sind der weitere Vollzug der angeordneten Beratungsteilnahme oder eine erneute Anordnung allerdings ungeeignet. Die Ablehnung der Beratungsteilnahme bzw. deren Inhalte durch die betroffene Person im Zuge des gerichtlichen Verfahrens steht der Geeignetheit einer erstmaligen Anordnung hingegen noch nicht entgegen.

Die Anordnung hat durch das Gericht (Satz 1) zu erfolgen. Der Richtervorbehalt soll garantieren, dass eine ausreichende und auch ausgewogene Prüfung vorhandener Tatsachen und der darauf gestützten Prognose erfolgt. Das Gericht kann ggf. auch ein Sachverständigengutachten anfordern.

Zuständig ist das Amtsgericht (Absatz 2 Satz 2 i. V. m. § 15b Absatz 3 Satz 2 und 3 BbgPolG).

In der Anordnung der Teilnahme an der Gewaltpräventionsberatung liegt kein Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht, welches sich aus Artikel 2 Absatz 1 i. V. m. Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz herleitet und dem Grundrechtsträger

einen abgeschirmten Bereich privater Lebensgestaltung gewährleistet. Die Teilnahmeanordnung führt nicht unmittelbar zur Pflicht, persönliche Details und innere Vorgänge preisgeben zu müssen. Auch werden keine Angelegenheiten, die von dem Grundrechtsträger einer öffentlichen Erörterung oder Zurschaustellung entzogen zu werden pflegen, berührt. Betroffen ist durch die Anordnung zur verpflichtenden Teilnahme hingegen die freie Gestaltung der Freizeit des Betroffenen und damit die in Artikel 2 Absatz 1 GG garantierte allgemeine Handlungs- und Willensfreiheit (zur Gefährderansprache: vgl. VGH Mannheim Ur. V. 07.12.2017 – 1 S 2526/16, BeckRS 2017, 137291, OVG Lüneburg Ur. V. 22.09.2005 – 11 LC 51/04 BeckRS 2005, 30227). Unter Berücksichtigung des Richtervorbehalts, der Begrenzung des zeitlichen Aufwandes auf zwölf Stunden sowie inhaltlich auf die sogenannten „Notfallpläne“ und rechtliche Folgen, der Verpflichtung zur lediglich passiven Teilnahme und schließlich des Zwecks, hochwertige Rechtsgüter möglichst frühzeitig zu schützen, ist dieser Eingriff gerechtfertigt.

Die Angaben darüber, welche Beratungseinheit zu welcher Zeit stattfindet und von der Person zu besuchen ist, werden dem Betroffenen durch die Polizei mitgeteilt. Derartige Beratungen können auch mit mehreren Teilnehmern gleichzeitig durchgeführt werden. Die Beratung hat durch fachlich geeignete Stellen zu erfolgen. Um ein im Anschluss an eine solche Gewaltpräventionsberatung möglicherweise gewecktes Interesse betroffener Personen zur freiwilligen Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs nach dem Täterprogramm der Bundesarbeitsgemeinschaft „Täterarbeit häusliche Gewalt e.V.“ nutzen zu können und um auf bereits aufgebautes Vertrauen zu den Trainingskräften zurückgreifen zu können, sollten die Schwellen zur weiteren Teilnahme niedrig liegen.

Mit Absatz 2 Satz 3 wird die polizeiliche Kontrolle der Teilnahme an der Beratung indirekt dadurch sichergestellt, indem der Nachweis über die Teilnahme i. S. e. Anwesenheitsbescheinigung der Polizei auf Verlangen vorzulegen ist.

§ 16d

Mit § 16d BbgPolG werden im Polizeigesetz Bußgeldtatbestände aufgenommen, um entsprechende Verstöße gegen derartige Anordnungen konsequent ahnden zu können (vgl. Empfehlung Gutachten „Istanbul-Konvention“, Seite 106) und die Wirksamkeit der bußgeldbewehrten Anordnungen zu steigern.

Absatz 1

Zu widerhandlungen gegen eine Anordnung nach den §§ 16a bis § 16c Absatz 1 BbgPolG sind mit § 16d Absatz 1 BbgPolG als Ordnungswidrigkeiten eingestuft. Diese Einstufung sichert eine unmittelbare Reaktionsmöglichkeit durch die anordnende Behörde ab und soll die Hemmschwelle für Verstöße gegen entsprechende Anordnung anheben.

Etwaige Verstöße stellen wichtige Informationen im Rahmen der fortzusetzenden Gefährdungseinschätzung dar und lassen Rückschlüsse auf das Gefahrenpotential der betroffenen Person zu.

Absatz 2

Absatz 2 Satz 1 sieht bei Zu widerhandlungen oder Verstößen ein Bußgeld in einer Höhe bis zu fünftausend Euro vor und weicht insoweit vom Höchstbetrag nach

§ 17 Absatz 1 OWiG (tausend Euro) nach oben hin ab. Da sich häusliche Gewalt und Gewalt in Partnerschaftsbeziehungen in sämtlichen Gesellschaftsschichten und unabhängig vom Grad der Bildung der Betroffenen findet, ist ein höherer Festsetzungsspielraum nötig, um eine verhaltensbeeinflussende Wirkung in möglichst vielen Täterkonstellationen auch unter Beachtung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erreichen zu können.

Die Bußgeldtatbestände liegen vom Unrechtsgehalt unterhalb der Strafvorschrift des § 4 GewSchG. Der vorgesehene Höchstbetrag fügt sich dabei in das Gesamtgefüge vergleichbarer Bußgeldandrohungen in anderen Bundesländern ein. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt liegt der Höchstbetrag ebenfalls bei fünftausend Euro. Er entspricht dabei auch dem maximal festsetzbaren Betrag eines Zwangsgeldes (§ 56 Absatz 1 BbgPolG). Da die Bußgeldtatbestände die einem Zwangsgeld vergleichbare verhaltensbeeinflussende Wirkung erzielen sollen, muss auch der zulässige Höchstbetrag einen vergleichbaren Sanktionsrahmen aufspannen.

Mit Absatz 2 Satz 2 wird das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung dazu ermächtigt, per Rechtsverordnung Regelsätze für Geldbußen für eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 festzulegen. Entsprechende Regelsätze dienen der Vereinfachung des Verwaltungshandelns und sichern ein gleichmäßiges Entscheidungsverhalten zwischen verschiedenen Behörden ab.

Absatz 3 bestimmt die Verwaltungsbehörde, die die Anordnung nach §§ 16a bis 16c Absatz 1 BbgPolG erlassen hat, als nach § 36 Absatz 1 Nummer 1 OWiG zuständige Behörde.

Zu Nummer 6 (§ 17)

Zu Buchstabe a

Mit Aufnahme des Bußgeldtatbestandes des § 16d Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG in § 17 Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG wird der erforderliche Gleichlauf bei der Durchsetzung eines Kontaktverbotes nach § 28c Absatz 2 BbgPolG geschaffen, sodass die Ingewahrsamnahme zur Verhinderung eines unmittelbar bevorstehenden Verstoßes und dessen Fortsetzung gegen ein Kontakt- und Näherungsverbot nach § 16b BbgPolG zulässig ist.

Die hier neu erfasste und nun bußgeldbewehrte Verhaltensweise entspricht im Wesentlichen solchen, die im Falle einer vollstreckbaren gerichtlichen Anordnung als Straftat nach § 4 Gewaltschutzgesetz oder im Fall der Zuwiderhandlung gegen eine Anordnung nach § 28c Absatz 2 BbgPolG als Straftat nach § 28e BbgPolG eingestuft sind. Die Aufnahme dieser Ordnungswidrigkeit neben solchen, die hinsichtlich ihrer Art und Dauer geeignet sind, den Rechtsfrieden nachhaltig zu beeinträchtigen, ist wertungsmäßig angemessen.

Zu Buchstabe b

Soweit in § 17 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe c BbgPolG als Beweisanzeichen zusätzlich auch Verstöße gegen eine vorherige Wohnungsverweisung, ein Rückkehrverbot oder die Verhaltensaufgabe nach § 16c Absatz 1 Satz 1 BbgPolG aufgeführt werden, begründet sich dies damit, dass es sich um vergleichbare Verhaltensweisen mit gleicher Schutzrichtung handelt. Entsprechende Verstöße rechtfertigen den

Schluss, dass dann auch einem Kontakt- und Näherungsverbot tatsächlich nicht entsprochen werden wird.

Zu Nummer 7 (§ 31a)

Zu Buchstabe a

In Absatz 2 Satz 1 wird die Einsatzmöglichkeit in Abgrenzung zur nachfolgenden Regelung in Satz 2 nun ausdrücklich auf Personen- und Fahrzeugkontrollen „im öffentlich zugänglichen Raum“ konkretisiert und insoweit das der Regelung zu Grunde liegende Verständnis zum räumlichen Einsatzbereich (vgl. BB LT-6/9821 Seite 30 der Begründung) auch im Gesetzestext klargestellt. Die Begriffskombination erfasst sowohl die öffentlich zugänglichen Straßen und Plätze (§ 31 Absatz 2 Satz 1 Bbg-PolG) als auch Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume sowie andere Räume und Grundstücke, soweit diese zeitlich und räumlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht sind (§ 23 Absatz 4 BbgPolG).

Zu Buchstabe b

Siehe Begründung zu Buchstabe a)

Zu Nummer 8 (§ 35a und b)

Die Nutzung der zivilrechtlichen Möglichkeit nach dem Gewaltschutzgesetz wird regelmäßig mit Trennung und ggf. einer Scheidung von der gefährdenden Person einhergehen und kann als Kränkung oder Zurückweisung empfunden werden. Derartige Empfindungen können bei Hinzutreten weiterer Faktoren (zum Beispiel psychotischer oder psychischer Störungen oder stark narzisstische Persönlichkeiten) bei der gefährdenden Person bis zum Intimidid führen oder in Abhängigkeit kultureller Hintergründe Auslöser für sogenannte Ehrenmorde sein (vergleiche dazu auch Gutachten „Istanbul-Konvention“ zu sogenannten Hochrisikofällen, Seite 35, 91 und 107). Denkbar sind Fallkonstellationen, in denen die Gefahrenquelle nicht bei einer einzelnen Person verortet werden kann, sondern im sozialen Umfeld zu verorten ist.

Charakteristisch für diese Situation ist, dass mit der Gefahrensituation noch kein strafrechtlicher Vorwurf verbunden sein muss. Eine Zeugenstellung der gefährdeten Person lässt sich in diesem Stadium nicht immer begründen. Das Zeugenschutz-Harmonisierungsgesetzes (ZSHG) greift dann nicht ein, obwohl die Gefährdung im Einzelfall gleich oder sogar höher liegen kann und die Möglichkeiten nach dem ZSHG zur Abwehr der Gefahr in taktischer Hinsicht zielführend wären. Demnach sind auch in den vorgenannten Konstellationen herausragende Gefährdungslagen denkbar, die die Möglichkeit von zusätzlichen (Opfer-)Schutzmaßnahmen erforderlich machen. Insoweit besteht kein sachlicher Grund, die Möglichkeit von Schutzmaßnahmen nur auf die Fälle der Zeugenstellung bzw. des Anwendungsbereichs des ZSHG zu beschränken, da auch außerhalb dessen eine Gefahr für Leib, Leben, Gesundheit, Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung einer Person vorliegen kann, die entsprechende Schutzmaßnahmen erfordern können.

Gemäß Artikel 56 Absatz 1 Buchstabe a der Istanbul-Konvention ist durch geeignete Maßnahmen für den Schutz der Opfer von Gewalt sowie den Schutz ihrer Familien und der Zeuginnen und Zeugen vor Einschüchterung, Vergeltung und davor, erneut Opfer zu werden, Sorge zu tragen. In diesen wenigen sogenannten „Hochrisikofällen“ bedarf es besonderer polizeilicher Schutzmaßnahmen, die sinnvoll nicht

störer-, sondern nur opferbezogen ergriffen werden können und bereits im Rahmen des Zeugenschutzharmonisierungsgesetzes (ZSHG) polizeilich erprobt sind.

Die neu eingefügten §§ 35a und b BbgPolG sollen diese Schutzlücke (vgl. zu der Schutzlücke auch die „Empfehlungen an Politik und Gesellschaft“ des Fachkreises „Sexualisierte Gewalt in Organisierten und rituellen Gewaltstrukturen“ beim BMFSFJ vom April 2018, Seite 13) im Bereich der Gefahrenabwehr schließen.

Vergleichbare Gefahrenlagen können sich für sogenannte Vertrauenspersonen (§ 34 BbgPolG) und bei Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten ergeben, die als verdeckt Ermittelnde nach § 35 BbgPolG oder § 110b StPO eingesetzt waren. Auch diese können Schutzperson sein. Aufgrund dieser Sachnähe sind diese Regelungen über Opferschutzmaßnahmen bei der Befugnis des § 35 BbgPolG verortet

§ 35a

Die neu eingeführten Regelungen in § 35a BbgPolG beinhalten weitere Befugnisse zum Zwecke eines effektiven Opferschutzes.

Absatz 1

Absatz 1 eröffnet bei herausragenden Gefährdungslagen für Personen, die Opfer einer Straftat wurden oder bei denen davon auszugehen ist, dass sie in absehbarer Zeit Opfer einer Straftat werden (Schutzpersonen), den Aufbau einer vorübergehenden Tarnidentität. Voraussetzung für den gefahrenabwehrrechtlichen operativen Opferschutz ist das Bestehen einer konkreten, auf einer kriminalistischen Einschätzung des Einzelfalls beruhenden Wahrscheinlichkeit, dass die Person gefährdet ist und dieser Zustand wahrscheinlich längerfristig fortbestehen wird. Begrenzt wird der Anwendungsbereich über die Anforderungen an das gefährdete Rechtsgut (Leib, Leben oder Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung) und den Grad deren konkreter Gefährdung.

Nach Satz 1 Nummer 1 erfolgt die Ausstattung mit einer vorübergehenden Tarnidentität, wenn dies zum Schutz vor einer Gefahr für die dort genannten Rechtsgüter erforderlich ist und die Person nach Satz 1 Nummer 2 für die Durchführung der Schutzmaßnahme geeignet ist und ihr zustimmt, auf Anordnung der Behördenleitung (Absatz 4). Die Regelung in Satz 1 befreit im Falle der Anordnung die Polizeibeamten oder andere Stellen von der Strafbarkeit derartiger Maßnahmen (§ 267 ff. StGB) und stellt damit einen strafrechtlichen Rechtfertigungsgrund dar (vgl. zu Artikel 91 Bay PAG: BeckOK PolR Bayern/Unterreitmeier PAG Art. 91 Rn. 17). Der Begriff der „Geeignetheit“ ist in diesem Zusammenhang bereits durch Rechtsprechung zum § 1 Absatz 1 ZSHG ausreichend geklärt, auf die hier zurückgegriffen wird. An der Eignung einer Person für Schutzmaßnahmen fehlt es insbesondere auch dann, wenn sie mit derartigen Maßnahmen, wie zum Beispiel auch solchen nach den § 35b BbgPolG, nicht einverstanden wäre. Im Hinblick auf die Regelungen zur Datenverarbeitung in § 35b BbgPolG und zur diesbezüglichen Klarstellung wurde das Zustimmungserfordernis hier ausdrücklich aufgenommen.

Gemäß Satz 2 ist es der zu schützenden Person erlaubt, am Rechtsverkehr unter der vorübergehend geänderten Identität teilzunehmen. Die Möglichkeit schließt allerdings nicht aus, in einzelnen Verwaltungsverfahren und in bestehenden Rechtsverhältnissen weiterhin auch unter der Klaridentität erreichbar zu sein und unter dieser Identität am Rechtsverkehr auch teilnehmen zu können. In solchen Fällen wird

es dabei polizeitaktisch auf die Aufrechterhaltung der klaren Trennung zwischen Legende und Klaridentität ankommen.

Satz 3 regelt, dass bei Schutzpersonen die Polizei staatliche Stelle i. S. d. § 20 Absatz 9 Satz 1 Nummer 3 Infektionsschutzgesetz (IfSG) ist. Sie kann somit Nachweise über das Vorliegen der notwendigen Impfdokumentation oder ärztlichen Bescheinigungen ausstellen. Dies ist im Zusammenhang mit der Vorlagepflicht nach § 11a Absatz 3 Satz 1 KitaG oder bei der Schulgesundheitspflege nach § 45 Bbg-SchulG für die Vorlagepflicht nach § 20 Absatz 9 Satz 1 IfSG von Relevanz. Unter Schutzpersonen fallen danach nicht nur Personen nach § 35a Absatz 1 Satz 1 Bbg-PolG, sondern auch Personen nach Absatz 2 (zum Beispiel Angehörige nahestehender Personen), auf die der Schutz im Rahmen von Opferschutzmaßnahmen zwangsläufig zu erstrecken ist.

Absatz 2

Nach Absatz 2 können die Schutzmaßnahmen im Einzelfall auch auf Angehörige oder der zu schützenden Person sonst nahestehenden Personen erstreckt werden, soweit dies erforderlich ist (Satz 1). Von Besonderheit ist, dass die Einbeziehung der Angehörigen oder nahestehenden Personen gerade nicht unter der Voraussetzung erfolgt, dass diese auch gefährdet sind. Im Interesse eines umfassenden Opferschutzes erstrecken sich die Schutzmaßnahmen des § 35a BbgPolG auch auf Personengruppen, die der zu schützenden Person nahestehen, ihrerseits allerdings nicht gefährdet sind. Von Bedeutung ist der Absatz 2 insbesondere bei Wohnsitzverlagerungen einer ganzen Familie aus Gründen des Opferschutzes. Satz 2 stellt klar, dass mit Einbeziehung auch die sonstigen Folgen einer Maßnahme nach Absatz 1 für den hier benannten Personenkreis gelten sollen.

Absatz 3

Absatz 3 ermöglicht die Einbeziehung der mit dem Schutz der gefährdeten Person betrauten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Sinn und Zweck davon ist es, dass ein offenes Auftreten der Polizeibeamten nach außen das Risiko für die schützende Person oder die Beamten erhöht und zu einer Gefahrenlage führen könnte. Um Risiken bei der Durchführung von Opferschutzmaßnahmen vorzubeugen, findet Absatz 3 auch auf die mit der Vorbereitung des Opferschutzes betrauten Polizeivollzugsbeamten Anwendung. Die Einbeziehung dieser Beamtinnen und Beamten ist etwa dann zur Absicherung erforderlich, wenn es darum geht, eine vorübergehende Wohnung oder sonstige Unterkunft der zu schützenden Person zu organisieren.

Absatz 4

Nach Absatz 4 dürfen die Maßnahmen nur von dem Behördenleiter oder der jeweiligen Vertretung angeordnet und beendet werden.

Absatz 5

Absatz 5 regelt die Mitteilungspflichten der Polizei zwecks Beendigung entsprechender Opferschutzmaßnahmen anderer öffentlicher Stellen sowie die Verpflichtung der Polizei zum Einzug nicht länger benötigter Tarndokumente.

§ 35b

Die Person muss den Opferschutzmaßnahmen zuvor zugestimmt haben, denn nur dann ist die Person geeignet i. S. d. § 35a Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG. Damit ist sichergestellt, dass die in § 35b BbgPolG geregelten Verarbeitungen der personenbezogenen Daten der gefährdeten Person für diese transparent sind und nicht gegen ihren Willen erfolgen, sodass deren Rechte gewahrt werden.

Absatz 1

Mit jeder Bekanntgabe von personenbezogenen Daten über Auskunftersuchen kommt es zu einer erhöhten Gefährdung für die gefährdete Person. Dieser Gefahr ist durch Absatz 1 zu begegnen, indem der Polizei das Ermessen eingeräumt wird, Auskünfte über personenbezogene Daten einer zu schützenden Person zu verweigern, sofern dies aus Gründen des Opferschutzes erforderlich ist. § 44 Absatz 3 Nummer 1 BbgPolG ermöglicht bislang die Auskunftsverweigerung nur gegenüber Personen und Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs. Absatz 1 erweitert diese Möglichkeit auch auf öffentliche Stellen. Diese bereichsspezifische Regelung gilt damit auch im Verhältnis zu datenschutzrechtlichen Regelungen der Strafprozessordnung (§ 160 Absatz 4 StPO).

Absatz 2

Um einen effektiven Opferschutz zu gewährleisten, sind öffentliche Stellen berechtigt, auf Ersuchen der Polizei personenbezogene Daten einer zu schützenden Person zu sperren oder nicht zu übermitteln (Satz 1). Durch ein Auskunftersuchen bei diesen Stellen kann unter Umständen der Aufenthaltsort der zu schützenden Person festgestellt werden. Dies gilt es aus Gründen des Opferschutzes zu vermeiden. Soweit nicht bereits Übermittlungssperren in den Fachgesetzen geregelt sind (zum Beispiel Bundesmelde-, Pass- oder Personalausweisgesetz), kann zur Gefahrenabwehr auf diese Befugnis im Falle eines polizeilichen Ersuchens zurückgegriffen werden.

Absatz 2 kommt bei Auskünften aus Fahrerlaubnis- sowie Fahrzeugregistern praktische Bedeutung zu.

Die Regelung des § 35b Absatz 2 BbgPolG stellt auch eine landesgesetzliche Verwendungsregelung i. S. d. § 479 Absatz 1 Variante 3 StPO und damit eine nach Landesrecht zuständige Stelle i. S. d. § 43 Absatz 1 FZV dar.

Die Prüfung der Erforderlichkeit der Verweigerung der Auskunft erfolgt gemäß Satz 3 durch die Polizei und entlastet insoweit die ersuchten öffentlichen Stellen. Das Verhältnis zwischen der Polizei und anderen öffentlichen Stellen bestimmt sich nach den Regeln der Amtshilfe.

Absatz 2 erfasst auch den Ausschluss eines automatisierten Abrufs.

Für das Verhältnis zwischen der Polizei und der ersuchten öffentlichen Stelle gilt Satz 3. Danach kann eine Datenübermittlung trotz eines Ersuchens der Polizei erfolgen, wenn genannte öffentliche Interessen oder schutzwürdige Interessen Dritter (zu denen beispielsweise Beschuldigte in anderen Verfahren zählen können) überwiegen, was bei der Begründung des Auskunftersuchens dargelegt werden sollte.

Mit einem solchen Ersuchen sind keine zusätzlichen Belastungen für die öffentlichen Stellen zu besorgen, weil entsprechende Umsetzungsmaßnahmen auch bislang zumindest bei Zeugenschutzsachverhalten auf Basis des § 4 Absatz 2 ZSHG sicherzustellen waren.

Absatz 3

Auf Anordnung der Polizei sind nicht öffentliche Stellen verpflichtet, personenbezogene Daten einer zu schützenden Person zu sperren oder nicht zu übermitteln. Der nicht öffentliche Bereich umfasst unter anderem den privaten Bereich der Datenverarbeitung, zum Beispiel Telekommunikationsanbieter, Banken oder Versicherungen. Die technischen Möglichkeiten eröffnen spezifische Gefahren, wie etwa die Ausspähung von personenbezogenen Daten, so dass es mit Blick auf einen effektiven Opferschutz erforderlich ist, den Schutz auf den nicht öffentlichen Bereich auszuweiten.

Diese Verfahrensweise ist bereits aktuell nach dem ZSHG geregelt, sodass für die Wirtschaftsteilnehmer hier kein anpassungsbedingter Zusatzaufwand verbunden ist.

Absatz 4

Der Opferschutz ist auch innerhalb der öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen sicherzustellen. Die Regelung in Absatz 4 verpflichtet den jeweils datenschutzrechtlich Verantwortlichen und dient als Erweiterung der Absätze 2 und 3, indem sie sich auch auf den Bereich der internen Datenverarbeitung innerhalb der benannten Stellen bezieht.

Absatz 5

Die öffentlichen Stellen sind verpflichtet, der Polizei jedes Ersuchen um Bekanntgabe von in ihrer Verarbeitung eingeschränkten und mithin gesperrten (vgl. zu Artikel 92 BayPAG: BeckOK PolR Bayern/Unterreitmeier PAG Art. 92 Rn. 14) oder sonst von ihr bestimmten Daten unverzüglich mitzuteilen. Sinn und Zweck der Regelung aus Absatz 5 ist es, Ausspähversuche frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Die Datenübermittlung dient daher der polizeilichen Aufgabenerfüllung. Gleichzeitig wird damit der Polizei die Möglichkeit eingeräumt, ihre Rolle bei der Durchsetzung von Ansprüchen Dritter gegen die zu schützende Person wahrzunehmen. Unter die Begriffskombination der „sonst von ihr bestimmten Daten“ fallen insbesondere solche Daten, die die Polizei landesrechtlich nicht sperren lassen kann oder bei denen eine Sperrung nicht erforderlich ist, jedoch polizeitaktisch Erkenntnisse über Abfrage der Daten für die Gefährdungsbeurteilung oder -abwehr von Relevanz sind.

Nach der Mitteilung prüft die Polizei im Einzelfall, ob eine Weitergabe der personenbezogenen Daten zulässig ist oder ein zeitlich befristeter Sperrvermerk in Betracht kommt.

Absatz 6

Absatz 6 regelt die notwendige Geheimhaltung mit dem Zeugenschutz befasster Personen, wozu auch die zu schützenden Personen selbst zählen. Die Zustimmung zur Verpflichtung ist notwendig, um von der nach § 35a Absatz 1 Nummer 2 Bbg-PolG erforderlichen Geeignetheit auszugehen.

Sie dürfen die ihnen bekannt gewordenen Erkenntnisse über Opferschutzmaßnahmen auch über den Zeitpunkt der Beendigung des Opferschutzes hinaus nicht unbefugt offenbaren. Um bei Personen, die nicht Amtsträger (§ 11 Absatz 1 Nummer 2 StGB) sind, den gleichen Verbindlichkeitsgrad zu erreichen, sollen diese, sofern es geboten ist, nach dem Verpflichtungsgesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547), das durch § 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) geändert worden ist, verpflichtet werden.

Die Regelung schafft den notwendigen Gleichlauf zu § 3 ZSHG und berücksichtigt, dass bei den speziellen Opferschutzmaßnahmen, zu denen der Zeugenschutz letztlich nur ein Unterfall bildet, häufig auf dieselben polizeilichen Taktiken, sächlichen als auch personellen Ressourcen, Verfahren und Kontaktstellen zurückzugreifen sein wird. Daher ist die Geheimhaltung entsprechender Taktiken und diesbezüglicher Einrichtungen umfassend nötig und nicht nur für den Fall des Zeugenschutzes. Absatz 6 stellt dies sicher und begründet danach die Strafbarkeit wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht nach § 353b Absatz 1 Nummer 1 (im Fall des Satz 1) bzw. Absatz 2 Nummer 2 StGB (im Fall des Satzes 2).

Zu Artikel 2 (Änderung des Ordnungsbehördengesetzes)

Gemäß Artikel 51 Absatz 1 der Istanbul-Konvention sind die erforderlichen gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass eine Analyse der Gefahr für Leib und Leben und der Schwere der Situation sowie der Gefahr von wiederholter Gewalt von allen einschlägigen Behörden vorgenommen wird, um die Gefahr unter Kontrolle zu bringen und erforderlichenfalls für koordinierte Sicherheit und Unterstützung zu sorgen. Zu den einschlägigen Behörden gehören auch die Ordnungsbehörden im Rahmen ihrer Aufgabe zur allgemeinen Gefahrenabwehr, wozu auch die Abwehr konkreter Gefahren häuslicher Gewalt zählen. Sie benötigen daher auch in der Praxis möglichst einfache und rechtsklar anwendbare Befugnisse, um die Gefahr im Rahmen ihrer Aufgabenzuständigkeit unter Kontrolle bringen zu können.

Zu Nummer 1 (§ 23)

Mit Aufnahme der Befugnis des § 16a in das Brandenburgische Polizeigesetz a. F. im Jahr 2004 sollte ursprünglich nur die Polizei die Befugnis nutzen können (vgl. BB LT-Drucksache 3/7213). Die damals tragenden Erwägungen überwiegen im Lichte der Lageentwicklung nicht länger den zu erwartenden Sicherheitsgewinn für die Opfer.

In stabilen Gewaltbeziehungen, bei denen unter Umständen auch Kindswohlgefährdungen mit verbunden sein können und die Kommunen auch unter anderen Gesichtspunkten der sozialen Fürsorge oder der Gefahrenabwehr (Ruhestörungen) für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Sorge tragen, kann die Befugnis des § 16a BbgPolG auch eine sinnvolle Ergänzung ordnungsbehördlichen Handelns sein, wenn entsprechend gefahrenbegründende Feststellungen behördlich gemacht werden und die Behörden in diesen Fällen bislang zur Abwehr diesbezüglicher Dauererfahren nur auf die Rechtsgrundlagen nach § 13 Absatz 1 OBG oder § 23 Nummer 2 Buchstabe e und f OBG a.F. zurückgreifen konnten.

Aus der gesetzgeberischen Entscheidung aus dem Jahr 2004, den Ordnungsbehörden die Befugnis nach § 16a BbgPolG vorzuenthalten, folgte keine Beschränkung

ihrer Zuständigkeit zur Abwehr konkreter Gefahren häuslicher Gewalt, da behördliche Aufgabe und diesbezügliche Befugnisse zur Aufgabenerfüllung zu trennen sind. Die damalige Begründung orientierte sich am geringen praktischen Bedarf für die Ordnungsbehörden, soweit Voraussetzung für den § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG a. F. eine gegenwärtige Gefahr war und daher ein Einschreiten in der Regel auf vorherige Notrufe zu Zeiten zurückzuführen waren, in denen Kräfte der Ordnungsbehörden häufig gar nicht zur Verfügung stehen.

Gem. § 23 Nummer 1 Buchstabe f OBG konnte die Ordnungsbehörde in Fällen einer gegenwärtigen Gefahr, wie sie in § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG a. F. gefordert war, die betroffene Person bislang zwecks Verbringung aus der Wohnung nur in Gewahrsam nehmen (§ 17 Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG), soweit anzunehmen war, dass sich mit den übrigen ordnungsbehördlichen Möglichkeiten die unmittelbare Gefahr strafbewehrter Verletzungen von Leib, Leben oder Freiheit nicht abwehren ließ. Soweit der Gesetzgeber in seiner allgemeinen Begründung seines Gesetzentwurfs zur 3. Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes ausgeführt hat, dass durch die Ausweitung der Befugnis der Polizei auf den § 16a BbgPolG ein milderer Mittel gegenüber einer im Einzelfall in Frage kommenden Ingewahrsamnahme geschaffen werde (vgl. BB LT-Drucksache 3/7213), so hatte die damalige Beschränkung der neuen Befugnis allein auf die Polizei zur Konsequenz, dass einer Ordnungsbehörde in vergleichbarer Situation dann weiterhin nur die Ingewahrsamnahme der betroffenen Person zur Abwehr der Gefahr durch unmittelbare Begehung von Straftaten (§ 23 Nummer 1 Buchstabe f OBG i. V. m. § 17 Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG) blieb und zugleich der bis dahin noch erfolgte Rückgriff auf § 16 Absatz 1 BbgPolG entsprechend der Intention des historischen Gesetzgebers ausschied.

Die organisatorische Umsetzbarkeit der Ingewahrsamnahme stellt die Ordnungsbehörden allerdings vor erhebliche Probleme. Teilweise bestehen gar keine ausreichenden Räumlichkeiten, um eine Ingewahrsamnahme durchzusetzen.

Die damalige Anwendungsbeschränkung für die spezielle Befugnis des § 16a BbgPolG a. F. auf die Polizei beinhaltet darüber hinaus die Gefahr von Missverständnissen dahingehend, dass im Einzelfall eine weiterhin zuständige Ordnungsbehörde mit dem Fehlen der speziellen Befugnis nach § 16a BbgPolG zugleich vom Wegfall der diesbezüglichen sachlichen Zuständigkeit zur Abwehr konkreter Gefahren häuslicher Gewalt ausgehen könnte. In der Folge könnte eine solche Behörde entsprechend gefahrenindizierende Tatsachen bereits im Ansatz nicht bzw. nicht mehr im gebotenen Umfang bewerten und sukzessive die entsprechende Befähigung zur Gefahrenerkennung verlieren.

Im Hinblick auf Artikel 51 Absatz 1 der Istanbul-Konvention müssen die Ordnungsbehörden die Fähigkeit zur Gefahrenbeurteilung aufweisen. Andernfalls könnten sie auch bei Annahme eigener Unzuständigkeit diejenige der Polizei nicht erkennen und diese informieren. Soweit danach etwaiger Schulungsaufwand bei der Beurteilung solcher Gefahrenlagen in den Ordnungsbehörden erst im Zuge dieses Gesetzes gesehen werden sollte, kann dies Folge mangelnder Praxis in der Vergangenheit und ein Indiz für die skizzierte Verlagerung der Aufgabenwahrnehmung in der Praxis sein. Aus einem diesbezüglich erkannten Nachschulungsbedarf folgt insoweit noch keine Kostenausgleichspflicht nach Artikel 97 Absatz 3 der Verfassung des Landes Brandenburg.

Zu Buchstabe a

Bislang verweist das Ordnungsbehördengesetz nur auf die Befugnis zum Platzverweis nach § 16 BbgPolG, so dass eine Erweiterung des § 23 Nr. 1 Buchstabe e OBG in Bezug auf die § 16a BbgPolG, mit Ausnahme des Absatzes 7, sowie § 16b und 16d BbgPolG erforderlich ist, um sicherzustellen, dass den Ordnungsbehörden im Rahmen ihrer bestehenden örtlichen und sachlichen Zuständigkeit weiterhin ein geeignetes Befugnisarsenal bereitgestellt bleibt.

Der Verweis auf § 16a BbgPolG beschränkt sich dabei allerdings nur auf Fälle gegenwärtiger Gefahr und wirkt sich für die betroffene Person bei Eingreifen der Ordnungsbehörden letztlich grundrechtsschonender aus, weil die jeweils zum Handeln verpflichtete Behörde damit ein erweitertes Ermessen hinsichtlich der Auswahl ihrer Maßnahmen eingeräumt wird.

Zwischen der Anordnung als ggf. mündlicher und sofort vollziehbarer Verwaltungsakt und dessen zwangsweisen Durchsetzung (Vollzugshilfe) ist zu unterscheiden. Aus dem Umstand, dass Mitarbeiter von Ordnungsbehörden in der Praxis häufig polizeiliche Hilfe anfordern werden, sofern die betroffene Person Widerstandshandlungen wegen der Wohnungsverweisung und des Rückkehrverbotes leisten wird, folgt nicht, dass es nicht auch Anwendungsfälle geben kann, in denen es der Polizei eben nicht bedarf, zum Beispiel weil die gefährdende Person sich gar nicht mehr in der Wohnung befindet oder sich die Ordnungsbehörde bereits vor Ort befindet und bereits aus eigener Zuständigkeit zur Gefahrenabwehr handeln muss.

Aus Sicht gefährdeter Personen erhöht sich mit der Befugniszuweisung für die Ordnungsbehörden die Gelegenheit, auch außerhalb einer Gefährdungsspitze und eines erfolgten Notrufs ggf. durch Nachbarn, geeignete Hilfe zu erhalten. Denn Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Ordnungsamtes können auch aus völlig anderen Gründen im häuslichen Umfeld die Erkenntnis zum Bestehen einer gegenwärtigen Gefahr wegen häuslicher Gewalt gewinnen und dann ein Rückkehrverbot ggf. auch fernmündlich aussprechen, ohne dass sich die betroffene Person noch in der Wohnung aufhält. Nur für das Einsatzszenario eines notrufbedingten Polizeieinsatzes in der Wohnung wird es in der Praxis allein die Polizei sein, die auf diese Befugnisse zugreifen muss. Häusliche Gewalt wird zwar häufig erst in solchen Situationen akuter Gefährdungsspitzen nach außen sichtbar, dies muss allerdings nicht so sein.

Die Erweiterung des Verweises auf Befugnisse nach dem Polizeigesetz erzeugt keinen Bedarf für eine Regelung zur Kostendeckung.

Gem. Artikel 97 Absatz 3 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg sind Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen, wenn die Gemeinden und Gemeindeverbände durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes zur Erfüllung neuer öffentlicher Aufgaben verpflichtet werden. Die grundsätzliche Aufgabe zur Gefahrenabwehr obliegt bereits den Ordnungsbehörden.

Die Befugnisse des § 16a BbgPolG ergänzt die ordnungsbehördlichen Möglichkeiten zur bislang allein bestehenden Möglichkeit der Ingewahrsamnahme oder des Angebotes der Unterbringung der gefährdeten Person in einer kommunalen Zufluchtswohnung. Die diesbezüglich nach der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes bestehenden gewahrsamsbezogenen Kapazitätsproblemen dürften mit der weniger eingreifenden Möglichkeit zur Anordnung einer Wohnungsverweisung bzw. eines Rückkehrverbotes entschärft werden. Der Anwendungsbedarf für die kostenintensive Ingewahrsamnahme zur Abwehr gegenwärtiger Gefahren durch

unmittelbar bevorstehende Straftaten im häuslichen Umfeld dürfte mit dieser alternativen Interventionsmöglichkeit somit eher zurückgehen.

Vor diesem Hintergrund führt die Änderung in § 23 Nummer 1 Buchstabe f OBG ebenfalls nicht zu einer Zunahme an Ingewahrsamnahmen. Mit der Beschränkung des Verweises auf gegenwärtige Gefahren wird der alternative Anwendungsbereich für die bisherige Interventionsmöglichkeit der Ordnungsbehörden zur Ingewahrsamnahme auch nicht verlassen. Im Wesentlichen dürften von dieser Ergänzung nur solche Personen betroffen sein, die ohne die Erweiterung der ordnungsbehördlichen Befugnis auf den § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG bislang mit der Ingewahrsamnahme nach § 17 Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG belastet worden wären. Nachträgliche Feststellungen von Verstößen im Zuge der Kontrollen nach § 16a Absatz 7 BbgPolG bearbeitet alleine die Polizei. Insoweit entstünden den Ordnungsbehörden keine zusätzlichen Kosten

Ein erhöhter Schulungsbedarf für Ordnungsbehördenmitarbeiter dürfte sich nicht ergeben. Bis zur Einführung des § 16a BbgPolG im Jahr 2004 wurden sowohl die Wohnungsverweisung als auch das diesbezügliche Rückkehrverbot auf § 16 Absatz 1 BbgPolG gestützt. Demnach verfügten die Ordnungsbehörden bereits bisher über diese Handlungsoption, zumal die Behörden auch stets zur Abwehr konkreter Gefahren im Kontext häuslicher Gewalt sachlich zuständig sind. So wären Gefährderansprachen, Kontakt- und Näherungsverbote nach § 13 Absatz 1 OBG, Ingewahrsamnahmen, Informationsbereitstellung an Betroffene oder Platzverweise im Kontext der Abwehr von Gefahren durch häusliche Gewalt Möglichkeiten, von denen die Ordnungsbehörden nach pflichtgemäßem Ermessen zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch bislang Gebrauch machen können und im Bedarfsfall auch müssen. Es werden daher keine neuen Standards gesetzt, sondern die Möglichkeiten der Ordnungsbehörden zur diesbezüglichen Gefahrenabwehr vereinfacht. Dies zeigt sich insbesondere daran, wenn es gilt, im Kontext häuslicher Gewalt zugleich eine Kindswohlgefährdung abzuwehren.

Der Verweis auf die Befugnis nach § 16b BbgPolG ist nicht auf gegenwärtige Gefahren beschränkt, sondern er dient insoweit der Klarstellung und vereinfacht die Rechtsanwendung für die Ordnungsbehörden. Ein Kontakt- und Näherungsverbot war bereits im Polizeigesetz bis zum Inkrafttreten des § 28c BbgPolG im Jahr 2019 gestützt auf § 10 Absatz 1 BbgPolG möglich (vgl. z. B. VGH München, Beschluss vom 1. Februar 2016 – 10 CS 15.2689. NJW 2016, S. 2968 ff. zu Artikel 7 des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes Bayerns (LStVG)). Dem § 10 Absatz 1 BbgPolG entspricht § 13 Absatz 1 OBG, sodass für die Ordnungsbehörden zumindest bis zum Jahr 2019 ebenfalls eine solche Befugnis nach § 13 Absatz 1 OBG bestand. Darüber hinaus bestand auch bislang für die Ordnungsbehörden die Möglichkeit des Rückgriffs auf § 23 Nummer 1 Buchstabe e OBG a. F. i. V. m. § 16 BbgPolG, soweit Ziel des ordnungsbehördlichen Einschreitens die Verhinderung einer Kontaktaufnahme an der Wohnadresse einer gefährdeten Person war. Ob die erfolgte Ausdifferenzierung der Eingriffsmaßnahme des Kontakt- und Näherungsverbot im Polizeigesetz in systematischer Hinsicht eine Sperrwirkung für eine vergleichbare Maßnahme in einem anderen Gefahrenkontext nicht nur im Polizeigesetz, sondern auch im Ordnungsbehördengesetz bedingt, ist fraglich. Dagegen spricht, dass der damalige Gesetzgeber mit der Gesetzesänderung außerhalb von Gefahren des Terrorismus keine Beschränkung ordnungsbehördlicher Befugnisse anstrebte und das Ordnungsbehördengesetz zu den Eingriffsbefugnissen nicht vollständig auf das BbgPolG verweist, sondern mit § 13 Absatz 1 OBG auch originär

Eingriffsbefugnisse im OBG regelt. Für Maßnahmen, die demnach auf die gefahrenabwehrende Generalklausel gestützt werden können, bedarf es daher keines Verweises auf Befugnisse in das Polizeigesetz, sodass insoweit Regelungsinhalte des Polizeigesetzes auch keine Sperrwirkung im OBG erzeugen können. Spätestens jedoch mit Aufnahme dieser gesonderten Befugnis des § 16b BbgPolG außerhalb terroristischer Gefahren würde sich die Frage der Anwendungsreichweite des § 13 Absatz 1 OBG weiter verschärfen. Über den Verweis in § 23 Nummer 1 Buchstabe e OBG wird daher in dieser für die Rechtsanwendung relevanten Frage die notwendige Klarheit aufrechterhalten und ein indirektes Absenken der nach dem OBG geltenden Standards verhindert. Die einheitliche Bündelung bislang einerseits auf § 13 Absatz 1 OBG und andererseits auf § 23 Nummer 1 Buchstabe e OBG a. F. i. V. m. § 16 BbgPolG zu stützender Maßnahmen in einer einheitlichen Befugnis vereinfacht darüber hinaus den Ordnungsbehörden nun die diesbezügliche Rechtsanwendung. Soweit § 16b BbgPolG auf die Voraussetzungen des § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG verweist, dürften sich keine Rechtsanwendungsprobleme ergeben. Die Voraussetzung einer konkreten Gefahr im § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG n. F. gleicht der Voraussetzungen des § 16 Absatz 1 BbgPolG, der ebenfalls eine konkrete Gefahr vorsieht und auf den § 23 Nummer 1 Buchstabe e OBG bereits bislang verweist.

Ein Ausgleichsbedarf ergibt sich auch nicht für den Verweis auf die Regelung des § 16d BbgPolG. Die Geldbußen einschließlich der Gebühren und Auslagen (§ 107 OWiG) fließen gemäß § 2 AGOWiG den Ordnungsbehörden wieder zu. Indem der Landesgesetzgeber vom Regelungsvorbehalt des § 90 Absatz 2 OWiG zu Gunsten der Gebietskörperschaften Gebrauch gemacht hat, sollte der Mehraufwand aus der Verfolgung und Ahndung entsprechender Ordnungswidrigkeiten ausgeglichen werden (vgl. BB LT Drs. 1/1650).

§ 23 OBG verweist weiterhin nicht auf § 16a Absatz 7 BbgPolG, sodass entsprechende Kontrollen künftig allein durch die Polizei durchgeführt werden. Diese Einschränkung betrifft auch die Anwendung des § 16b BbgPolG durch die Ordnungsbehörden, soweit § 16b Satz 2 BbgPolG auf § 16a Absatz 7 BbgPolG verweist. Die Pflicht zur mindestens einmaligen Überprüfung entsprechender Anordnungen obliegt allein der Polizei.

Grund ist, dass bei entsprechenden Verstößen mit höherer Wahrscheinlichkeit die Anwendung unmittelbaren Zwangs zwecks Durchsetzung des Rückkehrverbotes zu rechnen sein wird und derartige Kontrollen der Anwesenheit im häuslichen Umfeld regelmäßig nicht zur typischen Arbeitszeit, sondern in den Abendstunden sinnvoll sind. Darüber hinaus sind diesbezügliche Erkenntnisse über Verstöße relevant für Maßnahmen nach § 15b Absatz 1 Nummer 3 BbgPolG. Diese kann weiterhin nur die Polizei anordnen bzw. bei Gericht beantragen, denn deren Datenverarbeitung zur Überwachung erfordert eine dauerhafte behördliche Reaktionsfähigkeit.

Indem die Kontrollverpflichtung bei der Polizei verbleibt, ist auch sichergestellt, dass die Ordnungsbehörde die Polizei über ein ihrerseits bekanntgegebenes Rückkehrverbot nach § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG von sich aus informiert (§ 23 Nummer 2 Buchstabe e OBG i. V. m. § 43 Absatz 2 BbgPolG). Denn die Kenntnis dieser Anordnung ist für die Polizei als Datenempfänger bereits zur Erfüllung ihrer Aufgabe, nämlich der mindestens einmaligen Kontrolle „eines erteilten Rückkehrverbotes“ nach § 16a Absatz 7 Satz 1 BbgPolG, erforderlich. Soweit die Ordnungsbehörden bereits bislang Hinweise zu konkreten Gefahren häuslicher Gewalt im Zuge

ihrer Aufgabenwahrnehmung erhielten, bestanden dieselben Datenübermittlungsobliegenheiten. Die Gesetzesänderung führt insoweit zu keinem Mehraufwand bei der Datenübermittlung in Richtung der Polizei.

Zu Buchstabe b

Die Streichung der Wörter „mit Ausnahme des Absatzes 1 Nr. 4“ in § 23 Nummer 1 Buchstabe f OBG ist die Konsequenz der Erweiterung der Befugnisse mit Änderung in § 23 Nummer 1 Buchstabe e OBG. Da Ordnungsbehörden Wohnungsverweisungen und Rückkehrverbote anordnen können, muss die Behörde zu deren zwangsweisen Durchsetzung auch über die Möglichkeit zur Ingewahrsamnahme nach § 17 Absatz 1 Nummer 4 BbgPolG verfügen, wenn sie nicht auf das zur Durchsetzung in diesen Fällen häufig zu langwierige Verfahren des Zwangsgeldes zurückgreifen will. Bislang kann die Ordnungsbehörde eine Ingewahrsamnahme bereits zur Durchsetzung eines Platzverweises oder eines Aufenthaltsverbotes anordnen (§ 23 Nummer 1 Buchstabe f OBG a. F.i. V. m. § 17 Absatz 1 Nummer 3 BbgPolG). Soweit danach unmittelbarer Zwang anzuwenden ist und die zuständige Behörde über die hierzu erforderlichen Dienstkräfte (§ 8 VwVG Bbg) nicht verfügen sollte, leistet die Polizei Vollzugshilfe (§ 50 BbgPolG, § 10 Absatz 3 Satz 3 VwVG Bbg). Ohne den Verweis auf § 17 Absatz 1 Nummer 4 BbgPolG verbliebe es dennoch bei der Ingewahrsamnahmemöglichkeit nach § 17 Absatz 1 Nummer 2 BbgPolG, da es sich zugleich um eine Zuwiderhandlung gegen eine Anordnung und damit um eine Ordnungswidrigkeit i. S. d. § 16d BbgPolG handeln würde. Der Verweis auf § 17 Absatz 1 Nummer 4 BbgPolG vereinfacht insoweit nur die Rechtsanwendung und führt daher ebenfalls zu keiner ausgleichspflichtigen Standarderhöhung.

Zu Nummer 2 (§ 43)

Die Änderungen in § 23 OBG haben aufgrund des Zitiergebotes eine entsprechende Ergänzung in § 43 OBG zur Folge.

Zu Artikel 3 (Änderung des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Die Inhaltsübersicht wird entsprechend den weiteren Änderungen in Artikel 3 angepasst.

Zu Nummer 2 (§ 19a)

Das BbgRettG ist um den § 19a erweitert worden, der Informationen zu erheblichen Gefahrenlagen regelt und der Umsetzung der Ziele des Artikels 28 der Istanbul-Konvention und des Artikels 16 Absatz 5 der UN-BRK dient.

Medizinischem Personal in Krankenhäusern, Praxen oder Rettungsdiensten kommt eine besondere Bedeutung in der Erkennung und Bezeugung von den Folgen häuslicher Gewalt zu. Sie sind oft die ersten, die die Spuren sehen und einordnen. Berufsheimnisträgerinnen und -träger wenden sich aktuell zum Teil anonym an die Frauenschutzeinrichtungen und lassen sich beraten, wie sie Betroffene unterstützen können, ohne ihre Schweigepflicht zu brechen (Stellungnahme des Netzwerkes der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. vom 22.05.2022). Gerade Betroffene in sehr lange anhaltenden Gewaltbeziehungen sind darauf angewiesen, dass Menschen von außen intervenieren, da ihnen als Folge der Gewalt häufig die Kraft und

Selbstwirksamkeit fehlt, sich allein aus der Beziehung zu befreien. § 19a kann die Rechtssicherheit für medizinisches Personal erhöhen und die Hemmschwelle beträchtlich senken, in Fällen von häuslicher Gewalt aktiv zu werden (Stellungnahme des Netzwerkes der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. vom 22.05.2022). Je höher die Gewaltbereitschaft und intensiver die diesbezüglichen Erfahrungen einer gefährdeten Person bereits sind, desto weniger wahrscheinlich ist die Annahme, dass ein sich in einer stabilen Gewaltbeziehung befindendes Opfer von selbst externe Hilfe, zum Beispiel bei der Polizei, suchen wird. Die Annahme, dass Opfer sei in ihrem Willen frei darin, sich selbst Hilfe zu holen, entspricht im Phänomen der häuslichen Gewalt nicht in jedem Fall der sozialen Lebenswirklichkeit. Im Kontext häuslicher Gewalt steht daher stets die Möglichkeit einer losgelöst vom Rettungsdiensteinsatz weiterhin andauernden Bedrohungssituation im Raum, bei der eine Entscheidung zur Einwilligungserteilung über die Datenverarbeitung durch die gefährdete Person unter Zwang stehen kann.

Absatz 1

Die Regelung in Absatz 1 überträgt die bereits bisher bestehenden Informationsbefugnisse der Ärztinnen oder Ärzte zum Schutz von Kindern bei Kindswohlgefährdung, wozu auch Situationen andauernder häuslicher Gewalt zu zählen sind, nach § 4 Absatz 3 Satz 2 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) auf den Schutz anderer Personen und erweitert den Kreis der Berechtigten auch auf Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter sowie Rettungsassistentinnen und -assistenten, soweit sie zeitlich befristet anstelle von Notfallsanitäterinnen und -sanitäter gemäß § 6 Absatz 7 der Landesrettungsdienstplanverordnung (LRDPV) eingesetzt werden

Die in Satz 1 BbgRettG genannten Berufsgruppen sind daher, soweit ihnen in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit gewichtige Anhaltspunkte bekannt werden, die einen Verdachtsmoment zum Bestehen einer konkreten (Dauer-)Gefahr für die in § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG benannten hochwertigen Rechtsgüter Leib, Leben, Freiheit und sexuelle Selbstbestimmung begründen, berechtigt, die Polizei zu informieren und zur Abwehr dieser erheblichen Gefahr personenbezogene Daten an die Polizei zu übermitteln. Die Empfehlung Jugendamtsmitarbeitende zur Kooperation und achtsamen Aufmerksamkeit zu motivieren (Gutachten „Istanbul-Konvention“, Seite 80) wird in ihrer Zielrichtung auf den Rettungsdienst übertragen.

Gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g DSGVO ist eine aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses erforderliche Verarbeitung von Gesundheitsdaten auf Grundlage des Rechts eines Mitgliedstaates zulässig, das in angemessenem Verhältnis zu dem verfolgten Ziel steht, den Wesensgehalt des Rechts auf Datenschutz wahrt und angemessene und spezifische Maßnahmen zur Wahrung der Grundrechte und Interessen der betroffenen Person vorsieht.

Absatz 1 BbgRettG stellt eine solche Regelung dar, mit der zugleich die andernfalls zu erfolgenden Abwägung nach § 19 Absatz 9 Satz 1 Alternative 1 i. V. m. § 34 StGB für die hier in Rede stehenden Fallkonstellationen konkretisiert wird (vgl. zum diesbezüglichen Vorteil des § 4 KKG gegenüber § 34 StGB: BeckOGK/Jox, 1.10.2022, KKG § 4 Rn. 60 und 71)

Satz 1

Die Abwehr einer konkreten (Dauer-)Gefahr für die hochwertigen Rechtsgüter Leib, Leben, Freiheit und die sexuelle Selbstbestimmung stellt ein erhebliches öffentliches Interesse dar (vgl. dazu Simitis/Hornung/Spiecker//Döhm, Datenschutzrecht 1. Auflage 2019 Rn. 69, und 72 mit weiteren Nachweisen) und geht als Voraussetzung für die Datenübermittlung aus dem Absatz 1 Satz 1 der Regelung selbst klar und eindeutig hervor. Die dort benannten Rechtsgüter sind nach Bundesverfassungsgerichtlicher Rechtsprechung höchsten Ranges (vgl. BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 20. April 2016, - 1 BvR 966/09 -, Rn. 108, 312) sowie die sexuelle Selbstbestimmung (vgl. BVerfG, Beschluss des Zweiten Senats vom 01. Dezember 2020 - 2 BvR 916/11 -, Rn. 277), sodass das Interesse an der Abwehr diesbezüglich bestehender Gefahren dasjenige am Schutz des Patientengeheimnisses (Artikel 2 Absatz 1 i. V. m. Artikel 1 Absatz 1 GG regelmäßig i. S. d. § 34 StGB überwiegt. Durch Aufführung des Rechtsgutes der sexuellen Selbstbestimmung wird die in § 34 StGB genutzte Begriffskombination „oder ein anderes Rechtsgut“ im Interesse einer einfacheren Rechtsanwendung konkretisiert. Zugleich wird damit klargestellt, dass eine auch gegenwärtige Gefahr für die in § 34 StGB benannten Rechtsgüter Eigentum und Ehre eine Durchbrechung des Patientengeheimnisses nicht rechtfertigt.

Der Kreis an Normadressaten wird auch präzise bestimmt, sodass für diese die Möglichkeit der Datenübermittlung grundsätzlich vorhersehbar ist.

Der Anwendungsbereich dieser Vorschrift ist auf Berufsgeheimnisträger im Rettungsdienst beschränkt (Satz 1), die von ihrer beruflichen Tätigkeit her in unmittelbarem Kontakt zu Opfern aber auch Tätern von (häuslicher) Gewalt stehen und aufgrund ihrer medizinischen Fähigkeit ggf. in Kombination mit Spontanäußerungen der gefährdeten als auch gefährdeten Personen zum Erkennen und Erörtern der einschlägigen Problemlagen und spezifischen Verletzungsfolgen in der Lage sind.

In den hier nach Satz 1 erfassten Sachverhaltskonstellationen steht der Eingriff in das Recht auf Datenschutz auch in einem angemessenen Verhältnis zum Ziel der Abwehr von Gefahren. Gewaltsame Übergriffe durch (häusliche) Gewalt sind vorrangig Hinweise auf eine bestehende erhebliche und auch noch andauernde Gefahrenlage und nicht nur Anhaltspunkte einer vergangenen Straftat. Häusliche Gewalt als Phänomen führt im zeitlichen Verlauf regelmäßig zur Bildung einer Gewaltspirale und beruht selten auf einem einmaligen Ereignis, zu dem im Nachgang zum Beispiel der Rettungsdienst zum Einsatz kommt. Konstellationen, in denen der Rettungsdienst zu einem Opfer häuslicher Gewalt gerufen wird, markieren somit in dieser Gewaltspirale regelmäßig bereits ein fortgeschrittenes Stadium dieser Gewaltspirale, in dem auch in der Zukunft mit erheblichen Schädigungen der in § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG benannten Rechtsgütern zu rechnen ist.

Die Regelung ist auch grundsätzlich geeignet, um bestehende Gefahren durch häusliche Gewalt abzuwehren. Für Berufsgeheimnisträger im Rettungsdienst können sich im Zuge ihrer Einsatzbewältigung grundsätzlich Anhaltspunkte für eine bestehende Gefahr häuslicher Gewalt zeigen. Aufgrund der spezifischen Verletzungsfolgen ist dabei die äußere Gewaltanwendung und ihre Ursache anhand des Verletzungsbildes und ggf. älterer Prellmarken oder sonstiger Verletzungen durch fachkundiges Personal, losgelöst von den Erläuterungen der gefährdeten oder betroffenen Person zur verletzungsbegründenden Kausalkette (zum Beispiel Treppensturz), leichter erkennbar. Die spezifischen Verletzungsfolgen treten häufig in Kombination miteinander auf, so dass im Rahmen einer Gesamtwürdigung des Verletzungsbildes ein Rückschluss auf die Gewalteinwirkung als Ursache möglich ist. Ausgehend von diesem Rückschluss und dem Verhalten der gefährdeten als auch

der betroffenen Person lassen sich Annahmen zu einer fortgesetzten erheblichen Gefährdungslage im Sinne einer polizeilichen Dauergefahr für die hochwertigen Rechtsgüter der gefährdeten Person treffen.

Die Datenübermittlung an die Polizei ist in diesen Situationen zur Abwehr der Gefahr auch erforderlich. Die Abwehr dieser Gefahr i. S. d. § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG obliegt nicht den Berufsgeheimnisträgern im Rettungsdienst, sondern nach dem Jugendamt in den Fällen des § 4 Absatz 3 KKG zunächst der Polizei, die zu diesem Zweck über die entsprechenden Eingriffsbefugnisse zur Abwehr einer solchen Gefahr verfügt.

Die Datenübermittlung an die Polizei als Information zu einer bestehenden Gefahrenlage ist daher notwendige Grundvoraussetzung für den diesbezüglich staatlich vermittelten Schutz. Die Informationsmöglichkeit an die Polizei nach Satz 1 umfasst die Übermittlung sämtlicher Tatsachen, auf denen sich die seitens der benannten Berufsgeheimnisträger getroffene Annahme einer konkreten (Dauer-)Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG stützt. Gewichtig sind die Anhaltspunkte, wenn diese nach polizeirechtlichen Maßstäben den Verdacht („Annahme“) einer Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG rechtfertigen. Es reicht danach die Möglichkeit anstelle der hinreichenden Wahrscheinlichkeit zum Bestehen einer konkreten (Dauer-)Gefahr aus.

Ein Abstellen auf einen diesbezüglichen Gefahrenverdacht transferiert die Rechtsprechung zu § 34 StGB in eine für die Rechtsanwendung klarere Form.

Im strafrechtlichen Kontext wird zur Annahme einer Gefahr im Sinne des rechtfertigenden Notstandes nach § 34 StGB ein im polizeirechtlichen Sinn diesbezüglicher Gefahrenverdacht als ausreichend angesehen. So hat das Kammergericht Berlin (KG, Urteil vom 27.6.2013 – 20 U 19/12, NJW 2014, Seite 640 f) im Zusammenhang mit der Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht zur Abwehr einer Wiederholungsgefahr der Kindeswohlgefährdung festgestellt, dass es nicht Aufgabe der Ärzte sei, einen Verdacht auszuermitteln. Ausreichend sei, dass die festgestellten Verletzungen typischerweise durch eine Kindesmisshandlung hervorgerufen werden können, so dass ein „begründeter Verdacht“ vorliegt. Der Polizei obliegt es daher auf Basis des Hinweises zu einem Gefahrenverdacht festzustellen, ob eine konkrete Dauergefahr tatsächlich vorliegt. Ausgehend davon ist der Wortlaut des § 19a Absatz 1 Satz 1 BbgRettG-E für die Rechtsanwender klarer, als der Wortlaut des § 34 StGB.

Die gesetzgeberische Wendung „gewichtige Anhaltspunkte, die die Annahme [...] begründen“ oder auch die in § 19a Absatz 1 Satz 1 BbgRettG-E genutzte Formulierung „gewichtige Anhaltspunkte, die die Annahme [...] begründen“ sind der Rechtsordnung durchaus bekannt und dienen der Abgrenzung zur Voraussetzung des Vorliegens einer konkreten Gefahr“, indem der Wahrscheinlichkeitsmaßstab auf einen Gefahrenverdacht hin abgesenkt wird. Derartige Formulierungen sind inzwischen weit im Polizei- und Ordnungsrecht verbreitet und werden zur Kennzeichnung des Gefahrenverdachts genutzt (vgl. Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts 7. Auflage 2021 Abschnitt E Rn. 134, Götz/Geis, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, 17. Aufl. 2022, § 12 Rn. 39; Poscher/Kingreen, Polizei- und Ordnungsrecht, 11. Aufl. 2020, § 8 Rn. 53; Schenke, Polizei- und Ordnungsrecht, 11. Aufl. 2021, Rn. 91).

Satz 2

Die Datenübermittlungsmöglichkeit zu den gewichtigen Anhaltspunkten (Satz 1) betrifft dabei zwangsläufig neben sonstigen Angaben z. B. zum Schadenshergang, zu Spontanäußerungen bei Eintreffen der Kräfte oder zur gefährdenden Person auch Gesundheitsdaten als Daten besonderer Kategorie (Satz 2). Um eine sichere Handhabung der Regelung zu gewährleisten und etwaiger Unsicherheiten in den benannten Berufsgruppen auszuschließen, wird das Nähere in einer Verwaltungsvorschrift ausgeführt werden.

Die Regelung sieht angemessene und spezifische Maßnahmen zur Wahrung der Grundrechte und Interessen der betroffenen Person vor.

Satz 3

Die Datenübermittlung kann in einem gestuften Verfahren erfolgen (Satz 3).

In Abhängigkeit entsprechender Anhaltspunkte können zunächst die relevanten Daten zur gefährdeten Person pseudonymisiert und zur gefährdenden Person offen übermittelt werden, sodass diese Anhaltspunkte auf polizeilicher Seite unter Einbeziehung polizeilicher Daten einer behördlichen Gefährdungsbewertung unterzogen werden können. Hierbei kann das Bewertungsergebnis insbesondere durch eigene Daten zur gefährdenden Person aus polizeilichen Systemen verdichtet werden. Zeigt sich zum Beispiel, dass die vor Ort angetroffene gefährdende Person einer noch wirksamen Wohnungsverweisung oder einem wirksamen Kontakt- und Näherungsverbot unterstand oder die Person bereits zuvor in strafbarer Weise das Opfer geschädigt hat, die Person als gewalttätig bekannt ist oder es bereits zuvor einschlägige Polizeieinsätze wegen häuslicher Gewalt gegeben hat und nach kriminalistischer Erfahrung das geschilderte Verletzungsbild mit geschilderten Schadenshergang unter keinen Umständen vereinbar ist, so kann sich daraus nach polizeilicher Prognose die Annahme einer weiterhin bestehenden konkreten Gefahr i. S. d. § 16a Absatz 1 Satz 1 BbgPolG ergeben.

Satz 4

Bestätigt sich danach die Einschätzung des Rettungsdienstes, so werden erst in einem zweiten Schritt die personenbezogenen Daten der gefährdeten Person vollständig übermittelt. Dieses Verfahren sichert in Zweifelsfällen zum Schutz der Grundrechte der betroffenen Personen ab, dass die Übermittlung der Daten besonderer Kategorie nur unter den Voraussetzungen des Satzes 1 erfolgt. Ist hingegen die Sachlage vor Ort aus Sicht der Übermittlungsberechtigten klar, so bedarf es keines gestuften Verfahrens. Die Daten können sofort übermittelt werden, um eine schnelle polizeiliche Reaktion sicherzustellen.

Hinzu kommt, dass die Datenübermittlung direkt zwischen dem Berufsgeheimnisträger und der Polizei erfolgt und die weitere Einbindung von Personen des Trägers des Rettungsdienstes nicht vorgesehen ist, womit der notwendige Gleichlauf zum Informationsverfahren nach § 4 Absatz 3 KKG erreicht wird. In einer relevanten Anzahl an Sachverhalten häuslicher Gewalt wird es in der Wohnung auch Kinder geben, deren Kindwohl durch die Gefahrenlage zugleich mitgefährdet ist (dazu Satz 5).

Die weitere Datenverarbeitung bei der Polizei ist durch eine klare Zweckbindung auf das erforderliche Maß beschränkt.

Die Datenübermittlung nach § 19a BbgRettG dient dabei allein der Gefahrenabwehr und diesbezüglich anzunehmenden Zwangssituation. Sie wirkt sich auf das Bestehen der Zeugnisverweigerungsrechte (§§ 53 und 53a StPO) im Rahmen eines strafprozessualen Ermittlungsverfahrens nicht aus. Diese strikte Zweckbindung wird in Satz 1 mit der Begriffskombination „zur Abwehr dieser Gefahr“ unterstrichen und damit bezüglich der Gesundheitsdaten die gesetzlich vorgesehene Verarbeitungsbereichweite klargestellt. Die Polizei kann die Gesundheitsdaten nach § 19a BbgRettG daher zunächst nur zur Gefahrenabwehr in diesem Verfahren verarbeiten. Es handelt sich bei der Information der Berufsheimnisträger damit auch nicht um eine Strafanzeige.

Die Verarbeitung ist auch nur insoweit unerlässlich, wie die Gefahrenlage besteht. Mit der polizeilichen (Wieder-)Herstellung der objektiven Sicherheitslage kann die gefährdete Person bei etwaigem Straftatenverdacht selbst über eine Befreiung des Berufsheimnisträgers von dessen ärztlicher Schweigepflicht entscheiden. Eine zweckändernde Nutzbarkeit der Angaben des Berufsheimnisträgers, die bereits mit der Datenübermittlung nach § 19a BbgRettG verbunden wäre, besteht insoweit nicht.

Ein Verzicht auf das Zeugnisverweigerungsrecht verbindet sich mit Datenübermittlung nach § 19a BbgRettG daher nicht, zumal es sich um keine strafprozessuale Vernehmung oder eine Strafanzeige handelt. Ob bzw. inwieweit die Daten auch zweckgeändert zur Strafverfolgung genutzt werden können, ist im Übrigen durch den Bundesgesetzgeber im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenz für das Strafrecht ggf. in der Strafprozessordnung zu bestimmen (vgl. zum sog. Doppeltürmodell: BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 27. Mai 2020 - 1 BvR 1873/13). In dem strafprozessualen Verfahren steht den Berufsheimnisträgern zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung der Patientin bzw. des Patienten daher losgelöst von § 19a BbgRettG weiterhin das Zeugnisverweigerungsrecht zu. Die Datenverarbeitung bei der Polizei erfolgt auf Basis der bereichsspezifischen datenschutzrechtlichen Vorgaben.

§ 19a BbgRettG regelt nur eine Befugnis zur Datenübermittlung.

Eine Informationsmöglichkeit, wie sie z. B. zuletzt mit dem durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) vom 1. Juni 2021 neu eingefügten § 4 Absatz 3 Satz 3 KKG erfolgt ist, und sich im Falle einer sog. Ermessensreduktion auf Null zur Übermittlungspflicht (vgl. BeckOGK/Jox, 1.10.2022, KKG § 4 Rn. 68, Hahn, NZFam 2021 Seite 860 ff, [862], wonach in aller Regel im Rahmen des § 4 Absatz 3 Satz 3 KKG von einer Übermittlungspflicht auszugehen ist) verstärken kann, wurde hier nicht übernommen, da die Ausgangslage nicht vollständig übertragbar ist. Im Vergleich zu Kindern sind bei erwachsenen gefährdeten Personen die Handlungsmöglichkeiten zur Information Dritter bzw. zur eigenständigen Information der Polizei größer.

Hinzu kommt, dass die Ausgangsbedingungen, unter denen Notärztinnen und Notärzte bzw. Notfallsanitäterinnen und -sanitäter (aufgrund von § 6 Absatz 7 LRDPV auch Rettungsassistentinnen und –assistenten) in den Kontakt zu gefährdeten Personen treten, gegenüber der Situation, die § 4 Absatz 3 Satz 3 KKG zu Grunde liegt, verschieden sind. Der Rettungsdienst wird regelmäßig durch die betroffene Person oder bei insbesondere schwersten Verletzung des Opfers durch die gefährdende Person alarmiert werden müssen. Muss diese bei Alarmierung sicher damit rechnen, dass bereits beim geringsten Verdacht eine Mitteilung an die Polizei erfolgen

wird, so besteht die Gefahr, dass aus Verdeckungs- bzw. Verdunkelungsabsicht heraus die Inanspruchnahme notwendiger medizinischer Hilfe zu Lasten des Opfers in einer größeren Anzahl an Fällen unterbleiben könnte. Den Bereichen sozialer Interaktion, die von den Konstellationen (Kindertagesstätten, Schulen, Pflichtuntersuchungen) des § 4 Absatz 3 Satz 3 KKG erfasst sind, lassen sich die dort gefährdeten Personen nicht in gleicher Weise sozial unauffällig entziehen, als dies mit der Nichtinanspruchnahme des Rettungsdienstes möglich wäre.

Mit § 19a BbgRettG wird dem Täter häuslicher Gewalt daher noch Raum gelassen, über den tatsächlichen Hergang einer Verletzung die Unwahrheit in der Erwartung äußern zu können, die Täuschung führe trotz des Verletzungsbildes des Opfers zur entsprechenden Fehlvorstellung bei den eintreffenden Kräften des Rettungsdienstes, sodass keine Information an die Polizei erfolgen wird. Insoweit wird durch die Nichtübernahme der Datenübermittlungspflicht aus § 4 Absatz 3 Satz 3 KKG ein verbesserter Schutz der gefährdeten Person verfolgt.

Satz 5

Satz 5 enthält eine Vorrangregelung für die Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung. Im Anwendungsbereich des KKG findet § 19a BbgRettG (siehe auch § 34 Brandenburgisches Krankenhausentwicklungsgesetz) insoweit keine Anwendung. Handelt es sich bei der gefährdeten Person um ein Kind oder Jugendlichen, so gehen damit Offenbarungsbefugnisse und ggf. Pflichten der Regelung des § 19a BbgRettG vor. Danach hat eine Übermittlung gewichtiger Anhaltspunkte an das Jugendamt und nicht an die Polizei zu erfolgen. Von einer Kindeswohlgefährdung ist bereits dann auszugehen, wenn Anhaltspunkte für die konkrete Gefahr häuslicher Gewalt zu Lasten einer vom Kind oder Jugendlichen verschiedenen Person anzunehmen sind, und das Kind oder die jugendliche Person dieselbe Wohnung bewohnt.

Absatz 2

Die Befugnisnorm des § 19a Absatz 1 Satz 1 BbgRettG knüpft in den Fällen einer Gefährdung wegen häuslicher Gewalt soweit es um Daten der gefährdeten Person als Patient geht, einerseits an datenschutzrechtliche Vorgaben an.

Andererseits betrifft die Weitergabe personenbezogener Daten, soweit es sich zugleich um ein Geheimnis handelt, auch die strafbewährte Schweigepflicht von Berufsgeheimnisträgern nach § 203 StGB. Danach kann eine Ärztin oder ein Arzt oder eine sonstige Berufsgeheimnisträgerin oder ein sonstiger Berufsgeheimnisträger, die oder der die ihr oder ihm anvertrauten, fremden Privatgeheimnisse unbefugt offenbart, mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft werden. Diese Strafbarkeit betrifft auch die Notallsanitäterinnen und –sanitäter (Rettungsassistentinnen und –assistenten aufgrund der Bezugsnorm § 6 Absatz 7 LRDPV), die eine Notärztin oder einen Notarzt vor Ort bei deren oder dessen Tätigkeit unterstützt haben (§ 203 Absatz 4 StGB).

Mit Absatz 2, der dem § 32 Absatz 5 Satz 1 des Gesetzes über den Rettungsdienst (RDG) des Landes Baden-Württemberg nachgebildet ist, wird nochmals klargestellt, dass die Weitergabe personenbezogener Daten, auch wenn diese andernfalls als Geheimnis einzustufen gewesen wären, nicht länger „unbefugt“ i. S. d. § 203 StGB ist, wenn sie aufgrund einer konkreten und aufgrund der Wertigkeit betroffener Rechtsgüter auch erheblichen Gefährdungssituation auf der Grundlage von § 19a

Absatz 1 Satz 1 BbgRettG zur Abwehr der Gefahr erfolgt. Personenbezogene Daten, die Ärzten, Rettungsassistenten oder deren Hilfspersonal bei der Durchführung des Rettungsdienstes bekanntwerden, sind regelmäßig auch Patientengeheimnisse im Sinne des § 203 StGB (vgl. Güntert/Alber/Lottermann Rettungsdienstgesetz Baden-Württemberg, Kommentar, Stand: 4. Nachlieferung, Dezember 2011, zu § 32 Absatz 2 Satz 3 RDG, S. 4). Die hier maßgebende Bestimmung des § 203 Strafgesetzbuch (Berufsgeheimnis von Ärzten und anderen Berufen des Gesundheitswesens) enthält keine abschließende inhaltliche Umschreibung der Schweigepflicht. Sie knüpft an bestehende Verpflichtungen an und setzt durch das Merkmal der „unbefugten Offenbarung“ rechtliche Regeln voraus, aus denen sich die Befugnis oder das Verbot einer Offenbarung ergibt. Diese Regeln können auch durch Landesrecht gesetzt werden (vgl. bereits den Gesetzentwurf der Landesregierung des Landes Baden-Württemberg für ein Gesetz über den Rettungsdienst (Rettungsdienstgesetz — RDG) vom 05.09.1991, BW LT-Drs. 10/5187, S. 39, Güntert/Alber/Lottermann Rettungsdienstgesetz Baden-Württemberg, Kommentar, Stand: 4. Nachlieferung, Dezember 2011, zu § 32 Absatz 2 Satz 3 RDG, S. 4).

Wegen der Spezialität des § 19a Absatz 1 Satz 1 BbgRettG ist der Rückgriff auf die allgemeinen strafrechtlichen Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe (§ 19 Absatz 9 Satz 2 Alternative 1 i. V. m. § 34 StGB) entbehrlich.

§ 19a BbgRettG erreicht insoweit ein höheres Maß an Rechtssicherheit für die im Rettungsdienst tätigen Personen und senkt zugleich die Voraussetzungen zur Datenübermittlung.

Notfallsanitäterinnen und –sanitäter bzw. Rettungsassistentinnen und -assistenten, die nach dem BbgRettG (i.V.m. mit § 6 Absatz 7 LRDPV) tätig werden, handeln als Amtsträger. Die Anwendbarkeit des § 34 StGB als Ermächtigungsgrundlage für eine auch datenschutzrechtlich konforme Datenübermittlung und damit quasi Erweiterung der Datenverarbeitungsregeln des § 19 BbgRettG lässt die Frage unbeantwortet, wie weit eine Rechtfertigung über § 34 StGB zu Gunsten des Handelnden und der Körperschaft, in deren Auftrag die Person im Rettungsdienst tätig ist, reicht. § 19 Absatz 9 Satz 2 Alternative 1 BbgRettG regelt, dass eine Offenbarung nur zulässig ist, soweit eine Rechtsvorschrift dies erlaubt. Da der sog. Erlaubnistatbestandsirrtum nicht unmittelbar auf einer die Offenbarung erlaubenden Rechtsvorschrift beruht, trägt die offenbarende Person insoweit weiter das datenschutzrechtliche Risiko einer objektiv nach § 34 StGB nicht gerechtfertigten Offenbarung.

§ 34 StGB als Bundesnorm ist bereits unter Kompetenzgründen keine geeignete Rechtsgrundlage für eine öffentlich-rechtliche Zulässigkeit der Datenübermittlung im landesrechtlichen und insbesondere im datenschutzrechtlichen Kontext. Eine Rechtfertigung über § 34 StGB, soweit diese für behördliches Handeln als zulässig erachtet wird (vgl. zum Streitstand MüKoStGB/Erb, 4. Aufl. 2020, StGB § 32 Rn. 189 ff.), deckt zunächst nur strafrechtliche (vgl. zur Anwendbarkeit des § 32 StGB beim pol. Schusswaffengebrauch: BGH Urt. v. 8.7.1958 – 1 StR 218/58, BeckRS 1958, 31194879) und ggf. zivilrechtlichen Konsequenzen ab.

§ 19a Absatz 1 und 2 BbgRettG erfassen nun auch mögliche Konsequenzen, die sich andernfalls aus einer öffentlich-rechtlich betrachtet weiterhin rechtswidrigen Handlung zum Beispiel nach dem Disziplinarrecht ergeben kann (vgl. zur Frage der Ahndung als Disziplinarangelegenheit trotz Rechtfertigung nach § 34 StGB: MüKoStGB/Erb, 4. Aufl. 2020, StGB § 34 Rn. 50), sodass durch diese Rechtsfrage

ausgelöste Unsicherheiten im Interesse der zur Gefahrenabwehr notwendigen Information an die Polizei zu Gunsten dieser gefährdeten Personen nunmehr im Rettungsdienst für die Datenübermittlung unbeachtlich sind.

Darüber hinaus ist der Rückgriff auf strafrechtliche Rechtfertigungsgründe für hoheitliches Handeln allenfalls zur Überbrückung andernfalls nicht hinnehmbarer Lücken denkbar. Mit Aufnahme des § 19a Absatz 1 BbgRettG ist damit zugleich der Wille des Gesetzgebers perpetuiert, dass in solchen erheblichen Gefahrenkonstellationen bei entsprechendem Gefahrenverdacht gehandelt werden soll.

Ein weiterer Vorteil des § 19a Absatz 2 BbgRettG gegenüber einer Datenübermittlung gestützt auf § 19 Absatz 9 Satz 2 Alternative 1 BbgRettG i. V. m. § 34 StGB besteht darin, dass die strafrechtliche Rechtswidrigkeit bereits dann entfällt, wenn gewichtige Anhaltspunkte für die Annahme einer Gefahr sprechen und die Prognose daher auch weiterhin mit Unsicherheit behaftet sein kann. Die Rechtfertigung nach § 34 StGB erfordert hingegen das tatsächliche Vorliegen einer solchen Gefahr, die zusätzlich auch noch in zeitlicher Hinsicht gegenwärtig sein muss. Hinzu kommt, dass die Rechtfertigung über § 34 StGB eine im Einzelfall komplexe und damit fehleranfällige Interessenabwägung erfordert (vgl. BT-Drs. 17/6256 Seite 20). Sollte danach z. B. die handelnde Person bereits selbst Zweifel haben, so kann die Annahme eines Erlaubnistatbestandsirrtums mangels Fehlvorstellung über das Bestehen einer rechtfertigenden Pflichtenkollision ausscheiden. Die Rechtfertigung nach § 19a BbgRettG greift hingegen zu Gunsten der Handelnden bereits dann ein, wenn die Annahme einer solchen Gefahrenlage trotz Unsicherheiten objektiv vertretbar ist.

§ 19a BbgRettG reduziert daher die rechtlichen Voraussetzungen zur Datenübermittlung an die Polizei in Fällen eines Gefahrenverdachts und diesbezügliche Strafbarkeitsrisiken der Berufsheimnisträger.

Zu Nummer 3 (§ 22)

Die Änderung des § 22 BbgRettG geht auf die Einführung des § 19a BbgRettG zurück. Die neu eingefügte Befugnis ermöglicht Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sowie in das auf Datenschutz.

Zu Artikel 4 (Änderung des Kindertagesstättengesetzes)

Opferschutzmaßnahmen, zum Beispiel nach § 35a BbgPolG oder dem Zeugenschutzharmonisierungsgesetz (ZSHG), können einen sofortigen Wohnsitzwechsel der gefährdeten Personen und ihrer Angehörigen erforderlich machen. Dies kann in der Praxis ganze Familien betreffen und tangiert somit auch Kinder, selbst wenn diese selbst nicht unmittelbar gefährdet sein müssen. Der plötzliche Wechsel aus dem gewohnten Umfeld, verbunden mit sicherheitsbedingten Einschränkungen und sogar Verlusten sozialer Kontakte (Freunde, Spielkameraden), ggf. sogar der Änderung des eigenen Namens, stellen eine erhebliche Belastung für diese Kinder dar.

Auch die Sorgeberechtigten, denen die Opferschutzmaßnahmen in der Praxis häufig vorrangig gelten, sind durch die Gefahrensituationen, den Wechsel des Arbeitsplatzes und den Verlust der eigenen Heimat einem erheblichen psychischen Stress ausgesetzt, der sich auf die innerfamiliäre Situation belastend auswirken kann. In

dieser Lage benötigen die Familien besonderen Schutz und spezielle staatliche Unterstützung.

Zum Schutz der Entwicklung der Kinder sind daher die negativen Folgen eines solchen erzwungenen Wohnortwechsels dadurch abzuschwächen, dass die Kinderbetreuung am neuen Wohnort möglichst schnell sichergestellt wird. Die Kinderbetreuung ermöglicht den Kontakt mit anderen Kindern und entlastet zugleich die Familie.

Die Änderungen im Kindertagesstättengesetz zielen darauf ab, diese Konfliktsituation zwischen dem Wohl und dem Recht auf Entwicklung von Kindern einerseits und den Erfordernissen in Umsetzung von Opferschutzmaßnahmen andererseits organisatorisch zu vereinfachen und im Interesse der Kinder in diesen wenigen Ausnahmefällen zu beschleunigen.

Mit Neufassung des § 11a Absatz 3 Satz 1 KitaG wird daher eine zusätzliche Nummer 4 eingefügt. Der plötzliche Ortswechsel, verbunden mit einer vorübergehend geänderten Identität, macht eine Änderung bzw. Neuausstellung der ggf. bereits vorhandenen und in Satz 1 benannten Nachweise erforderlich. Dies kann Zeit in Anspruch nehmen. Um insoweit keine Verzögerung bei der Inanspruchnahme der Kinderbetreuung zu erzeugen, wird in diesen Fällen die Kontrolle der Nachweise, denen die Klaridentität zu entnehmen ist, im Rahmen von Opferschutzmaßnahmen nach § 35a Absatz 1 BbgPolG auf die Polizei als staatliche Stelle i. S. d. § 20 Absatz 9 Satz 1 Nummer 3 IfSG verlagert. Die polizeiliche Bestätigung stellt für sich ebenfalls einen Nachweis i. S. d. § 20 Absatz 9 Satz 1 Nummer 3 IfSG dar. Damit ist sichergestellt, dass der Leitung der Einrichtung nicht die Klaridentität bekannt gemacht werden muss.

Zu Artikel 5 (Einschränkung von Grundrechten)

Zahlreiche Änderungen nach Artikel 1 bis 3 stellen Eingriffe in die in Artikel 5 aufgeführten Grundrechte dar. Für derartige Eingriffe gilt das Zitiergebot gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 3 der Verfassung des Landes Brandenburg sowie Artikel 19 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes. Diesem Zitiergebot wird mit der Vorschrift entsprochen.

Zu Artikel 6

Der Artikel regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.